

Erster Verhandlungstag.

Montag, den 14. September 1908 — Vormittags-Sitzung.

Im Herules-Saalbau wurde heute mit den Arbeiten des Parteitagcs begonnen. Neben der Inschrift „Sozialdemokratischer Parteitag Nürnberg 1908“ weist auch die Statue der Freiheit, die auf dem offenen Altan des schlichten Holz- und Fachwerkbauces unter Blumenschmuck steht, auf das Kongresslokal hin. Der geräumige Saal, der keine Gallerien hat, ist geteilt. vorn sitzen unter der Bühne, auf der das Präsidium Platz genommen hat, vor der Rednertribüne die Delegierten an langen Tischen. Der hintere Teil ist für die Zuhörer bestimmt. Der Saal ist einfach geschmückt: Zwei alte Parteifahnen am Eingang, daneben die Bilder von Grillenberger und Liebknecht, an den Wänden Tafeln mit Sinnsprüchen, vor allem der Ruf „Proletarier aller Länder, vereinigt euch“, und im Hintergrunde auf der Bühne wieder die Statue der Freiheit, und rechts und links von ihr Postamente mit den Büsten von Marx und Lassalle.

Singer eröffnet um 9 Uhr die Sitzung. Die Konstituierung des Parteitages wird fortgesetzt.

Zu Schriftführern werden auf Vorschlag von Dr. Frank-Mannheim gewählt: Fräulein Baader-Berlin, Engler-Freiburg, Knieriem-München, Lejche-Hamburg, Liepmann-Berlin, Milenz-Stettin, Pollender-Leipzig, Westmayer-Stuttgart und Schüh-Breslau.

In die Mandatsprüfungskommission werden auf Vorschlag von Sachse-Bochum gewählt: Leopold-Heiz, Mehrlein-Breslau, Schadow-Kottbus, Eduard Schmitt-München, Sindermann-Dresden, Trinks-Karlsruhe, Woldersky-Berlin, Frau Ziege-Hamburg und Zorn-Fürth.

Entsprechend der Anregung des Essener Parteitages wird auch eine besondere Beschwerdekommission eingesetzt. Nach dem Vorschlage von Scheidemann-Kassel wird sie zusammengesetzt aus den Genossen: Frau Baumann-Hamburg, Faber-Frankfurt a. d. O., Fahrow-Berlin, Hohrath-Nachen, Meher-Heidelberg, Raab-Darmstadt, Raifh-München, Seeger-Leipzig und Wich-Mühlhausen.

Die vorgeschlagene Geschäftsordnung wird genehmigt.

Die Tagungszeit wird festgelegt auf 9 bis 1 Uhr und von 3 bis 7 Uhr.

Es folgt die Festsetzung der Tagesordnung.

Die vom Parteivorstand vorgeschlagene Tagesordnung lautet:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes:

a) Allgemeines.

b) Organisation und zwar:

I. Frauenorganisation.

II. Jugendorganisation.

Berichterstatter: S. Müller.

c) Kasse und Presse.

Berichterstatter: A. Gerisch.

d) Bildungsausschuß.

Berichterstatter: S. Schulz.

2. Bericht der Kontrollkommission.

Berichterstatter: A. Raden.

3. Parlamentarischer Bericht.

Berichterstatter: E. Eichhorn.

4. Mailfeier.

Berichterstatter: H. Fischer.

5. Sozialpolitik und der neue Kurs.

Berichterstatter: H. Molkenbuhr.

6. Die Reichsfinanzreform.

Berichterstatter: F. Geher

7. Sonstige Anträge.

8. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, an dem der nächste Parteitag stattfinden soll.

Hierzu liegen die Anträge 1 bis 5 vor.

Brücker-Berlin zieht mit Rücksicht auf die Geschäftslage die Anträge 2 und 3 zurück.

Singer: Antrag 1 deckt sich mit einem Vorschlage, den ich machen wollte, nämlich daß wir die Frage der Budgetbewilligung als besonderen Punkt behandeln und zwar im Anschluß an den parlamentarischen Bericht. Parteivorstand und Kontrollkommission werden Ihnen hierzu eine Resolution unterbreiten, die Bebel begründet wird. Im Anschluß daran würde ich vorschlagen, einem bayerischen und einem badischen Genossen das Wort mit unbedingtem Rederecht zu erteilen, damit sie die Möglichkeit haben, ihre Gründe ausgiebig darzulegen. Damit wäre die Frage des Korreferenten erledigt, weil ja dann eigentlich zwei Korreferenten ernannt sind. (Zustimmung.)

Zu dieser Frage liegt noch folgender Antrag Walter-Kugsburg vor, der jedoch nicht genügend unterstützt wird.

Der Parteitag wolle beschließen:

1. Die Frage der Budgetbewilligung wird als besonderer Beratungsgegenstand als Punkt 3 behandelt.

2. Es wird eine Kommission von 15 Delegierten ernannt, welcher die Vorberatung dieses Punktes übertragen wird. Bei der Wahl dieser Kommission sollen nicht allein die an der Frage direkt Beteiligten, sondern auch solche Berücksichtigung finden, welche sich in der Polemik noch nicht festgelegt haben.

3. Zu der Berichterstattung der Kommission sind ein Referent und ein Korreferent von dieser zu bestellen und wird erst nach dem Referat im Plenum verhandelt.

Der Parteitag stimmt dem Vorschlag von Singer ohne Debatte zu. Dadurch erledigt sich der Antrag 1.

Den Antrag 4 begründet

Mühs-Magdeburg: Sie wissen, daß Bebel bereits in Briefen nach England eine Stellung eingenommen hat, die sich nicht ganz deckt mit Maßnahmen des Berliner Aktionsausschusses. Wir müssen die Frage einmal verhandeln, und zwar soll dabei nicht nur die gegenwärtige Kriegsbege besprochen, sondern überhaupt erörtert werden, was die Partei zu tun hat, um die öffentliche Aufmerksamkeit mehr auf die auswärtige Politik zu lenken.

Wührer-Berlin zieht mit Rücksicht darauf, daß der Parteivorstand die Absicht hat, eine Resolution über die auswärtige Politik vorzulegen, den Antrag 5 zurück.

Singer: Ich kann bestätigen, daß der Parteivorstand und die Kontrollkommission dem Parteitag eine Resolution über die auswärtige Politik unter-

breiten werden, bei deren Beratung ja auf das eingegangen werden kann, was der Antrag bezweckt.

Antrag 4 wird abgelehnt.

Singer teilt weiter mit, daß beim Geschäftsbericht des Vorstandes über die verschiedenen Materien getrennt verhandelt werden soll, und zwar soll Müller über die Organisation referieren, Ebert über die Lokalkostenfrage, Gerlich über die Klassenverhältnisse und die Presse und Schulz über den Bildungsausschuß.

Der Parteitag stimmt auch diesem Vorschlage zu und genehmigt die Tagesordnung entsprechend den Vorschlägen von Singer.

Singer: Wir haben auch in diesem Jahre die Freude, Genossen aus den ausländischen Bruderparteien bei uns begrüßen zu können, und zwar zu meiner großen Freude in verstärkter Anzahl gegenüber den Vorjahren. Als Delegierter der englischen Sozialdemokratischen Föderation ist Genosse Duclach erschienen, der ja diesen von uns schon persönlich bekannt ist, ferner Genosse Sanders, der die Labour Party, die Independent Labour Party und die Fabian Society vertritt. Die deutsche Sozialdemokratie Oesterreichs sendet uns die Genossen Schumierer, Minarsky und die Genossin Popp. Ferner ist von der niederösterreichischen Landspartei der Genosse David-Wien anwesend, Belgien delegiert den Genossen Hussmans, den Sekretär des Internationalen Bureaus, den Genossen Müller für den deutschen Verein in Brüssel und den Genossen Muclebroff für die Junge Garde in Belgien. Die Schweiz sendet den Genossen Mohr als Vertreter der Partei. Das ausländische Komitee des Allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes in Rußland delegiert die Genossin Schönberg.

Ich heiße alle diese Gäste aufs herzlichste willkommen und spreche den Dank und die Freude des Parteitages aus, eine so zahlreiche Delegation der Bruderparteien des Auslandes hier begrüßen zu können. Ich hoffe, daß unsere werthen Gäste mit unseren brüderlichen Grüßen an die ausländischen Parteien die Ueberzeugung aus den Verhandlungen des Parteitages mitnehmen werden, daß die deutsche Sozialdemokratie nach wie vor ihrer internationalen Solidarität und Verpflichtungen sich bewußt bleibt, daß die deutsche Sozialdemokratie in ihrer Organisation und in ihren Verhandlungen sich als Mitglied der proletarischen Parteien aller Länder fühlend, durch ihre Verhandlungen aufs neue beweisen wird, daß die Einheit und Geschlossenheit der Partei nach wie vor besteht und daß die deutsche Sozialdemokratie es sich nicht nehmen lassen wird, sowohl in der prinzipiellen Vertretung der sozialdemokratischen Grundsätze, als auch in der praktischen Politik, die sie zur Bekräftigung und Erfüllung dieser Grundsätze eingeschlagen hat, als wichtiges Glied im Kampfe für die Befreiung des internationalen Proletariats nach wie vor ihre Pflicht erfüllen wird. (Bravo!)

Es nehmen hierauf die ausländischen Delegierten zur Begrüßung des Parteitages das Wort.

Duclach-London hält folgende von Ledebour übersetzte Ansprache: Es ist nicht meine Absicht, hier auf innere Parteifragen Deutschlands einzugehen, die ja in jedem Lande von den Parteigenossen des Landes selbst für sich geregelt werden müssen. Mir kommt es darauf an, die großen, gemeinsamen Gesichtspunkte hervorzuheben, die uns verbinden in dem Kampfe gegen die kapitalistische Gesellschaft. Wir haben Gelegenheit gehabt, in Deutschland die Tätigkeit der sozialdemokratischen Partei sowohl auf ökonomischem wie auf politischem Gebiete kennen zu lernen. Wir haben auf unserer Reise Gelegenheit gehabt, die außerordentliche Energie der deutschen Werkerschaften zu sehen, wir haben ihre prächtigen Gebäude bewundert und freuen uns über diese Entwicklung. Wir

haben gleichzeitig, wie schon früher, die politische Tätigkeit der deutschen Sozialdemokratie studiert, und da kommt es mir vor allem darauf an, auf diejenige Frage einzugehen, die gemeinsam im Interesse der internationalen Sozialdemokratie von Parteigenossen aller Länder erledigt werden muß: die Sicherung des internationalen Friedens. (Beifall.) Wir haben in der letzten Zeit so viel gehört in allen europäischen Ländern, besonders in England und Deutschland, von der Kriegshetze. Ich brauche deutschen Parteigenossen nicht zu versichern, daß wir englischen Parteigenossen ebenso wie Sie mit aller Energie für die Aufrechterhaltung des Friedens eintreten. Wir werden alles tun, was in unserer Macht steht, um internationale Konflikte zwischen England und Deutschland im Keime zu ersticken. Denn wir sind uns wohl alle darüber klar: Wenn internationale Konflikte entstehen, wenn Kriege zwischen Völkern ausbrechen, so sind es nicht die Völker, die sie verursacht haben. Die Völker sind alle friedlich gesinnt in ihrer ganz überwiegenden Mehrheit. Die Ursache solcher Kriege ist zu suchen bei den herrschenden Klassen. Man sagt mit Recht, daß wir in England ein demokratisches Verfassungsleben haben, daß in England das Volk in letzter Linie über seine eigenen Geschicke entscheidet. Das ist zutreffend, sofern man bloß die inneren Angelegenheiten des Landes in Betracht zieht; aber es trifft nicht zu in bezug auf die äußeren Angelegenheiten. Auch in England wird über den Kopf des Volkes hinweg durch die herrschenden Klassen, durch ihre Vertreter in der Regierung die Kriegshetze gefördert. Auch in England erfährt das Volk nicht alles, was es wissen müßte über den Gang der sogenannten auswärtigen Politik; auch in England werden durch die Diplomatie, durch die Kabinette hinter den Kulissen des öffentlichen Lebens die Fäden gesponnen, die unter Umständen zu Kriegen führen können. Eigentliche Kriegsparteien im wirklichen Sinne des Wortes gibt es in den europäischen Ländern nicht. Auch die bürgerlichen Parteien treten nicht als eigentliche Kriegsparteien auf. Aber wir wissen, daß es Interessenten gibt, Interessensverbände, die in allen Nationen auf den Ausbruch eines Krieges lauern, weil sie ihren Nutzen davon ziehen. Die Vertreter dieser Kriegsinteressen sind es, die gleich den Geiern über den blutigen Schlachtfeldern schweben, um aus dem Gemetzel, aus der Schlächterei ihre Beute zu erraffen, und gegen diese Kriegsinteressenten vorzugehen bei jeder Gelegenheit, haben wir nicht bloß jetzt, das haben wir im ganzen Laufe der Entwicklung stets für unsere Pflicht gehalten. Als der Burenkrieg auszubrechen drohte, haben wir englischen Sozialdemokraten von Anfang an unter großen Schwierigkeiten, entgegen der öffentlichen Meinung, gegen die Kriegshetze gewirkt; wäre damals das englische Volk unserem Räte gefolgt, so hätte sich das Sprichwort bewährt: Vorher gewarnt, ist vorher geschützt! Leider sind wir damals nicht durchgedrungen, erst nachher hat sich auch der Mehrheit des englischen Volkes die Ueberzeugung von der unglaublichen Torheit des Krieges aufgedrungen. Und auch in der letzten Zeit, als auch bei uns die Kriegshetze gegen Deutschland entstand, haben wir bei jeder Gelegenheit, wo irgendwo Komplikationen zu entstehen drohten, uns dagegen gewandt. Wir haben protestiert gegen die Entsendung der englischen Flotte nach Kronstadt, weil wir darin eine Demonstration gegen Deutschland sahen. Wir haben protestiert gegen die Reise des Königs Eduard nach Reval, wir haben protestiert gegen diesen Besuch nicht bloß deswegen, weil wir auch darin eine jener diplomatischen Machenschaften erblickten, die bis zu einem gewissen Grade gegen Deutschland gerichtet sind, sondern wir haben auch dagegen protestiert, daß der Vertreter des englischen Reiches sich so weit erniedrigte, die Hände des Zaren zu drücken, die noch triefen vom Blut seiner eigenen Untertanen. (Beifall.) Und, Parteigenossen, wenn wir in diesem Geiste handeln, wenn wir in diesem Geiste bei jeder Ge-

iegenheit für die Aufrechterhaltung des Friedens gewirkt haben, so fühlen wir uns bei dieser Friedensaktion nicht als Engländer, wie auch Ihr Euch bei solchen Gelegenheiten nicht als Deutsche fühlt; wir fühlen uns als internationale Sozialdemokraten, als Vertreter der Macht, die die künftigen Geschicke der Menschheit in ihren Händen trägt. Parteigenossen! Lassen Sie uns darauf hinwirken, daß die Beziehungen der Völker nicht mehr geregelt werden durch geheime Verträge der Diplomaten, durch geheime Abmachungen der einen Regierung gegen andere, gegen andere Völker, sondern daß überall die Völker selber über ihre Geschicke bestimmen, daß sie in voller Offenheit ihre Beziehungen zueinander regeln, dann wird es dahin kommen, daß wirklich Frieden und Freundschaft unter den Völkern der ganzen Welt herrscht. (Lebhafter Beifall.)

Sanders - London: Werte Genossen und Genossinnen! Ich habe die Ehre, dem Parteitag die brüderlichen Grüße der englischen Labour Party, der Independent Labour Party und der Fabian Society zu überbringen. Diese drei englischen Organisationen beglückwünschen die deutsche Sozialdemokratie zu ihrem schönen Erfolg bei den letzten Wahlen zum preussischen Landtag und zu dem unaufhörlichen Wachstum ihrer Bewegung. Gleichzeitig soll ich der aufrichtigen Dankbarkeit und Bewunderung Ausdruck verleihen für die Art, wie die deutsche Sozialdemokratie gegen die Versuche angekämpft hat, Feindschaft zwischen unseren beiden Völkern zu säen und einen Krieg zwischen Deutschland und England zu entzweifeln. (Lebhafter Beifall.) Die Interessen der Arbeiter der ganzen Welt, besonders aber die des englischen und des deutschen Volkes, sind aus die engste mit der Fortdauer des Friedens verknüpft, sie erscheinen gebieterisch, daß internationale Streitigkeiten anders beigelegt werden als durch die Anwendung barbarischer physischer Kraft. Was die deutschen Sozialdemokraten hierzulande getan haben, um den Arbeitern die Wahrheit dieses Satzes klarzumachen, das wird die Labour Party auch in England fertigbringen. Sie wird mit der äußersten Energie alle Versuche bekämpfen, einen Krieg zwischen Deutschland und England als unermesslich hinzustellen. Schon jetzt hat sie zu diesem Zwecke Maßnahmen getroffen, die nicht ohne Erfolg geblieben sind. Je besser die organisierten Arbeiter der Welt einander kennen lernen, je genauer sie ihre Bestrebungen verstehen, um so schwieriger wird es für die Herrschenden werden, einen Krieg zu beginnen. Möge dieser Parteitag nicht nur zur Stärkung der sozialistischen Bewegung in Deutschland beitragen, sondern möge er auch das Band enger knüpfen zwischen den Arbeitern dieses Landes und anderer Länder, so daß sie Schulter an Schulter vorwärts schreiten auf ihrem Wege zum sozialistischen Ideal und zum dauernden Weltfrieden. Das ist der Wunsch, den ich von England hierher in das alte Nürnberg zu tragen habe. (Lebhafter Beifall.)

Winarski: Ich habe den ehrenvollen Auftrag, Sie im Namen der österreichischen Sozialdemokratie zu begrüßen. Schon auf dem 5. Vereinstag der deutschen Arbeitervereine vor 40 Jahren waren Delegierte der jungen österreichischen Arbeiterbewegung anwesend. Mit ihnen gemeinsam ist damals die Selbstständigkeit der Arbeiterbewegung und ihre Unabhängigkeit von der Bourgeoisie beschlossen worden. Seit dieser Zeit haben wir stets in enger Gemeinschaft mit der deutschen Bruderpartei gewirkt. Mit Bewunderung und Hochachtung haben wir den glänzenden Aufstieg der deutschen Sozialdemokratie beobachtet, und auf allen Parteitagen haben wir von Euch gelernt. Auch dieser Parteitag wird uns Gelegenheit dazu geben, und wir haben das um so notwendiger, weil wir sehen, daß auch die bürgerlichen Parteien Oesterreichs von den bürgerlichen Parteien Deutschlands zu lernen suchen. Die Parole des Zusammenschlusses aller gegen die Sozialdemokratie wird auch in Oester-

reich ausgegeben, und seitdem das neugewählte Parlament, für das wir in schweren Kämpfen eine größere Zahl von Sitzen errungen haben, zusammengetreten ist, haben wir auch eine mächtige Koalition aller bürgerlichen Parteien innerhalb des Parlaments gegen die Sozialdemokratie. Dieser Parteitag wird uns vor allem deshalb interessieren, weil wichtige taktische und organisatorische Fragen auf ihm erörtert werden. Wir sind fest überzeugt, daß die Hoffnungen der Gegner wieder einmal zuschanden werden, wir sehen in der öffentlichen Behandlung dieser wichtigen Fragen nur einen neuen Beweis für die innere Stärke der deutschen Sozialdemokratie. (Beifall.) Uns interessiert besonders auch das Problem der Jugendorganisationen. Wir Sozialdemokraten in Oesterreich haben seit langen Jahren eine Jugendorganisation, die in enger Gemeinschaft mit der Partei arbeitet und von der Partei- und der Gewerkschaftskommission materiell und ideell unterstützt wird und mit der wir die besten Erfahrungen gemacht haben. Wir hoffen, daß diese wichtige Frage auch hier in Deutschland zum Wohle der Gesamtpartei nutzbringend gelöst werden wird. So haben wir seit 40 Jahren in enger Bruderschaft und Waffengemeinschaft gegen den gemeinsamen Feind trotz der trennenden Grenzen zusammengestanden, so wollen wir auch weiter mit Ihnen zusammenwirken. Wir hoffen neues zu lernen aus Ihrer Tagung und Gelegenheit zu gemeinsamer Arbeit in späterer Zeit zu finden. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen im Namen der österreichischen Sozialdemokratie den besten Erfolg zu Ihren Verhandlungen und begrüße Sie mit dem alten Parteiambruse: „Es lebe die internationale, die revolutionäre Sozialdemokratie.“ (Lebhafter Beifall.)

Guymans - Belgien: Die belgische Arbeiterpartei schließt sich den Friedenskundgebungen unserer englischen und österreichischen Genossen an und begrüßt Sie brüderlich. Zwei Ereignisse haben die Politik unseres Landes in der letzten Zeit charakterisiert. Erstens die Wahlen und zweitens die Uebnahme des Kongostaates. In den Wahlen haben wir als einzige Partei gestiftet und haben zwei Mandate den Liberalen abgenommen und drei den Liberalen. Unsere Mandatenzahl hat sich um 6 Proz. erhöht. In der Kolonialfrage haben wir mit einer Ausnahme im Sinne der Stuttgarter Resolution gehandelt. Belgien hat den Kongostaat annektiert, nicht weil Belgien das wollte, sondern weil die Großmächte und zwar England und die Vereinigten Staaten es wollten, und auch weil unser sehr verliebter, aber sehr wenig geliebter König (Weiterkeit und Sehr gut!) es zu bunt gemacht hat. England und die Vereinigten Staaten haben Belgien aufmerksam gemacht auf die Grausamkeiten im Kongostaat; Deutschland hat das leider nicht getan. (Hört, hört!) Wir haben im letzten Jahr die Miswirtschaft Leopolds kennen gelernt. Gegenüber den Großmächten versprach er 1884 die Freiheit des Handels und was tat er? Er monopolisierte den Handel. Den Großmächten versprach er, den Schwarzen ein Vater zu sein, und was tat er? Er nahm die Peitsche und martysierte die Neger des Kongostaates. Weiter versprach er Belgien, daß man den Kongostaat unentgeltlich übernehmen kann, und was tat er? Er bat um 45 Millionen Tringeld. (Sehr gut!) Belgien hat also den Kongostaat nicht annektiert. Es ist der Kongostaat, welcher Belgien annektiert. Die Korruption im In- und Auslande haben sie auch kennen gelernt, sie haben gehört von den intrigierenden belgischen Konsuln in Deutschland, von den bestochenen Parlamentariern in Italien und auch von den Dupinegen in den Vereinigten Staaten. Also ist Belgien hineingetricben in den englisch-deutschen Gegensatz, und unsere sehr glückliche Neutralität ist dadurch sehr gefährdet worden. Neue Opfer müssen wir bringen für den Militarismus und vielleicht auch für den Marinismus. Aber wir werden weiterkämpfen mit Ihrer Unterstützung für den internationalen Frieden, für die Entwicklung

unserer Macht. Wir nehmen zur Devise die Worte, die dort stehen: Troßig kämpfen, nicht verzagen, kalten Blutes alles wagen. (Bravo!)

Genossin **Schönberg-Rußland**: Im Auftrage des ausländischen Komitees des allgemeinen jüdischen Arbeiterbundes in Rußland, Litauen und Polen überbringe ich dem Nürnberger Parteitag und damit der gesamten deutschen Sozialdemokratie die herzlichsten Grüße und Glückwünsche. Wir haben stets mit lebhaftem Interesse alle Schritte der deutschen Bruderpartei verfolgt, ihre Kämpfe haben unseren Mut und unsere Energie gestählt. Das jüdische Proletariat hat zu leiden unter der wüsten nationalitätlichen Heße, die von dem Schwarzen Hundert unter der offenen Billigung der Regierung veranstaltet wird. Schon kommt es in einigen Städten wieder zu Ausschreitungen gegen die jüdische Bevölkerung, und wer weiß, ob nicht binnen kurzem das jüdische Proletariat wieder wird zu den Waffen greifen müssen, um sein Leben und seine Ehre zu verteidigen, deshalb läßt es aber seinen Mut nicht sinken, denn es weiß, es kommt die Stunde, wo die Revolution, die jetzt scheinbar zu Tode getroffen am Boden liegt, sich wie der Riese Antäus mit neuen Kräften erhebt und dem Zarisismus den Gnadenstoß verfehen wird. Dieser Sieg der russischen Revolution wird der Sieg des Proletariats der ganzen Welt sein. Wenn über Rußland die goldene Morgenröte der politischen Freiheit aufsteigt, so ist es wiederum die deutsche revolutionäre Sozialdemokratie, zu der wir aufschauen werden, um aus ihren Kämpfen und ihren Siegen zu lernen. Möge dieser Sieg nicht mehr fern sein. (Lebhafter Beifall.)

Singer: Ich habe dem Parteitag mitzuteilen, daß uns von der dänischen Sozialdemokratie in Kopenhagen sowie vom Zentralbureau der russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei warme Begrüßungsschreiben zugegangen sind. Die russischen Genossen danken insbesondere für die Unterstützung, die ihnen die deutsche Sozialdemokratie in ihrem Kampfe gegen den Zarisismus hat zuteil werden lassen. Ferner ist wie immer ein Schreiben von unserem alten Genossen **Lejner** aus London eingegangen, der leider durch seinen körperlichen Zustand verhindert ist, selbst zu schreiben, es sich aber nicht hat nehmen lassen, durch eins seiner Familienmitglieder dem Parteitag seine Grüße und Wünsche zu übermitteln. Ferner sind Begrüßungen eingegangen aus dem 17. württembergischen Kreise, aus Almenau, aus Breslau usw. Ich danke all den Einsendern dieser freundlichen Begrüßungen.

Der Parteitag tritt hierauf in die Tagesordnung ein.

Den allgemeinen

Geschäftsbericht

erstattet Parteisekretär **Müller-Berlin**: Sie haben den ausführlichen gedruckten Bericht über die Tätigkeit des Parteivorstandes und der Partei im allgemeinen vor sich. Ich werde mich daher auf einige statistische Nachweise und Ergänzungen beschränken. Der Bericht ergibt, daß die Tätigkeit der Partei eine rege gewesen ist. Wenn die Zahl der Ausgänge im Bureau einen Rückgang erfahren hat gegen das Vorjahr, so liegt das daran, weil wir diesmal ein Geschäftsjahr von nur 11 Monaten hatten. Trotz der Krisis haben sich die Organisationsverhältnisse gebessert, wenn auch nicht ein gleicher Zuwachs an Mitgliedern zu verzeichnen war wie im Vorjahre; er beträgt nur 10,7 Proz. gegen vorher 38 Proz. Nur mit 12 Wahlkreisen haben wir keine Verbindung. Besonders erfreulich ist, daß auch in der Zeit der Krise die Zahl der Wahlkreise zugenommen hat, die ihre Beiträge erhöht haben. Es erheben jetzt 66 Wahlkreise einen Beitrag von 10 Pf. wöchentlich resp. 40 Pf. monatlich. Die Beitragserhöhung ist notwendig, weil die Ausgaben der Organisationen immer mehr wachsen. Vor allem werden in vielen Wahlkreisen immer mehr Anforde-

rungen für Bildungsbestrebungen gestellt, als das früher üblich war. Unsere Gegner, insbesondere der Reichsverband, behaupten immer, daß die sozialdemokratische Partei von den Mitgliedern Jahresbeiträge von 36,80 Mk., 52, ja sogar 66 Mk. erhebe. Demgegenüber wollen wir feststellen, wie gering eigentlich die Beiträge sind. Was das Organisationsverhältnis anlangt, sind in 26 Kreisen über 25 Proz. der Wähler organisiert. An der Spitze steht Leipzig-Land mit 41,7 Proz. Es folgt Hannover mit 39,5 Proz., Nürnberg mit 37,8 Proz., Erlangen mit 37,6 Proz., Binneberg mit 36,9 Proz., Offenbach mit 36,6 Proz., Bremen mit 35,7 Proz., Hamburg III mit 33,4 Proz., Altona mit 33,2 Proz., Hamm-Sooest mit 33 Proz., Westhavelland mit 32,5 Proz., Dresden-Land mit 30,7 Proz., Viefefeld mit 30,5 Proz., Verden mit 29,4 Proz., Garburg mit 29,2 Proz., Dresden-Nachts mit 28,3 Proz., Lübeck mit 28,1 Proz., ebenso Neuf j. L., Delmenhorst mit 27,9 Proz., Hamburg I mit 27,6 Proz., Hamburg II mit 27,4 Proz., Friedberg mit 26,9 Proz., Speyer mit 26,6 Proz., Weifen mit 26,1 Proz., Berlin VI mit 25,9 Proz. und Geestemünde mit 25,1 Proz. Es ist dabei zu berücksichtigen, daß hier nur die großen Wahlkreise genannt sind. Selbstverständlich kann in kleinen Wahlkreisen mit sehr geringer Wählerzahl unter Umständen auch ein hoher Prozentsatz erreicht werden, der aber wenig beweisen würde. Die Zahl der Wähler läßt sich nicht absolut vergleichen mit der Zahl der Organisierten, weil unter diesen auch die unter 25 Jahren und die Frauen enthalten sind. Dadurch werden z. B. die Bezirke günstiger gestellt, in denen bereits früher Frauen organisiert werden konnten. Weiter haben wir statistische Auszüge gemacht über die Zahl der Organisierten in den einzelnen Wahlkreisen. Diese Statistik ist von Bedeutung, wenn wir über die Anträge auf Einführung des Proportionalwahlrechts beraten werden. Nach der Statistik haben wir 83 Wahlkreise unter 100 Mitgliedern, 41 Wahlkreise mit 100—200 Mitgliedern, 21 Kreise mit 200—300 Mitgliedern, 27 Kreise mit 300 bis 400 Mitgliedern, 18 mit 400—500, 10 mit 500—600, 9 mit 600—700, 12 mit 700—800, 11 mit 800—900, 6 mit 900—1000, 51 mit 1000—2000, 26 mit 2000—3000, 16 mit 3000—4000, 7 mit 4000—5000, ebenso viele mit 5000 bis 6000, 3 mit 6000—7000, 4 mit 7000—8000, 2 mit 8000—9000, 3 mit 9000 bis 10 000, 2 mit 10 000—11 000, 1 mit 13 000—14 000, 1 mit 14 000—15 000, 1 mit 19 000—20 000, 1 mit 20 000—21 000, 1 mit 21 000—22 000, 1 mit 23 000 bis 24 000 und 1 mit 25 000—26 000.

Die Agitation gegen das Reichsvereinsgesetz haben wir von vornherein mit den Gewerkschaften gemeinsam betrieben. Natürlich mußte die Agitation spezialisiert werden, weil unsere Genossen in Süddeutschland und den gemischt-sprachlichen Gegenden sehr viel mehr von den neuen reaktionären Bestimmungen getroffen wurden, als die Genossen in Preußen und Sachsen. Es kam dazu, daß in einer Reihe von Bundesstaaten die Agitation auf die Wahlrechtsbewegung konzentriert werden mußte. Wir haben daher in diesem Falle nicht Versammlungen über ganz Deutschland an einem Tage angeregt. Es ist auch notwendig, daß nach dieser Richtung sich nicht eine Schablone einbürgert. In der nächsten Zeit wird es nur vor allem darauf ankommen, zu kontrollieren, wie das Reichsvereinsgesetz tatsächlich in Deutschland gehandhabt wird. Wir haben ja in dieser Richtung in der kurzen Zeit seines Bestehens schon die aller- schlechtesten Erfahrungen gemacht, ich erinnere vor allem an Breslau und Ragdeburg, wo man die Versammlungen geschlossener politischer Vereine ebenso behandeln will wie Versammlungen, die als öffentliche politische Versammlungen nach dem Vereinsgesetz zu betrachten sind. Es muß den Behörden immer wieder klargemacht werden, wie nach den Erklärungen im Reichstag und den auf Grund dieser Erklärungen erlassenen Verordnungen das Reichsvereinsgesetz aufzufassen ist. Ich erinnere an die bekannte Verordnung, die

die Landräte in Preußen im Auftrage des Ministers des Innern erlassen haben, und in der es ausdrücklich heißt: „Es darf deshalb auch, soweit das Gesetz für ein behördliches Einschreiten gegenüber Vereinen und Versammlungen Raum läßt, ein solches doch niemals in kleinlicher und unnötig rügender Weise erfolgen, sondern nur dann eintreten, wenn es zum Schutze eines erheblichen staatlichen Interesses tatsächlich nötig ist, und nur in dem zur Erreichung dieses Zweckes gebotenen Umfang. Auch auf Umwegen soll das gesetzliche Vereins- und Versammlungsrecht durch die Behörden nicht beeinträchtigt werden.“ Eine ähnliche Erklärung ist auch für Sachsen von dem Minister Höpenthal erlassen worden. Es wird deshalb Aufgabe der Fraktionen im Reichstag und den Landtagen sein, die behördlichen Organe, die sich um diese Erklärungen nicht kümmern, Spiekruten laufen zu lassen.

Eine andere Frage, die noch nicht abschließend verhandelt werden konnte, ist die Frage der Organisierung der Land- und Waldarbeiter. Diese Arbeiter hat bisher der Verband der Fabrik- und Landarbeiter für sich reklamiert. Dagegen wurde seit längerer Zeit geltend gemacht, daß dieser Verband in den Fabriken, namentlich der chemischen Industrie, noch ein sehr großes Organisationsgebiet hat, so daß es ihm einfach unmöglich ist, auch noch die Organisierung der Landarbeiter vorzunehmen. Wir haben ja auf dem Gewerkschaftskongress schon von Legien gehört, daß beabsichtigt ist, eine besondere Organisation der Land- und Waldarbeiter zu gründen, und inzwischen hat auch der Verbandstag der Fabrikarbeiter mit 75 Stimmen gegen 31 Stimmen beschlossen, daß er in Zukunft auf die Landarbeiter verzichtet und daß diese einer besonderen Organisation zugeführt werden sollen. Selbstverständlich wird auch ein besonderes Landarbeiterorgan gegründet werden. Daß diese Organisation vielfach anders zu behandeln ist als die übrigen Gewerkschaften, ergibt sich schon aus den besonderen gesetzlichen Verhältnissen, unter denen die Landarbeiter insbesondere in Preußen leben. Es ist erfreulich, daß wir uns von jetzt ab auch im preussischen Landtage der Landarbeiter ganz besonders werden annehmen können. Wir können uns der Erklärung des Vertreters der Generalkommission, Sabbath, auf dem Verbandstage der Fabrikarbeiter nur anschließen, nach der die Gründung eines besonderen Landarbeiterverbandes höchst dringend ist. Partei und Gewerkschaften haben ein großes Interesse, diese Aufgabe gemeinsam im Interesse der Landarbeiter und im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung zu lösen. In einer ganzen Reihe von Orten sind bereits Verbindungen mit den Landarbeitern angeknüpft: es werden dort politische Organe schon von Landarbeitern geleitet, und das gemeinsame Arbeiten wird sicher die besten Früchte tragen.

Wir haben weiter im Bericht darauf hingewiesen, wie bei den preussischen Landtagswahlen Partei und Gewerkschaften in innigster Fühlung gestanden haben, und daß wir der Gewerkschaftspresse eine Reihe von Artikeln zur Verfügung stellten, in denen auf die Bedeutung hingewiesen wurde, die diese preussischen Landtagswahlen insbesondere für die Gewerkschaftsbewegung hatten. Es waren 6 Artikel allgemeinen Charakters und einer, der ganz besonders für die Bauberufe zusammengestellt war. Diese Artikel fanden insgesamt 159 Nachdrücke. 57 Gewerkschaftsblätter haben Artikel über die Bedeutung der preussischen Landtagswahlen gebracht.

Auch in bezug auf die Parteischule sind wir neuerdings mit den Gewerkschaften in Beziehung getreten. Die Darstellung in der Presse über eine Vereinbarung mit der Generalkommission ist nicht ganz richtig, schon weil diese nach ihren Satzungen und Mitteln dazu nicht in der Lage war. Die Zusage von Gewerkschaftern erledigen die einzelnen Zentralverbände. Wir haben der Generalkommission erklärt, daß wir bereit sind, einzelne Sitzungen auch an Mit-

glieder der Gewerkschaften zu überweisen, und so werden wir auf dem am 1. Oktober beginnenden Kursus je einen Vertreter des Bergarbeiter- und Maurerverbandes begrüßen können, und zum nächsten Jahre hat uns der Transportarbeiterverband die Zuweisung von einem oder mehreren Kollegen zugesagt, so daß wir hoffen, daß auch in bezug auf die Parteischule eine innigere Verbindung zwischen Partei und Gewerkschaft stattfinden wird. Die Unterhaltungskosten für die Familie der Parteischüler werden nicht mehr von der Zentrale, sondern von den Bezirken getragen werden; natürlich werden Bezirke mit geringeren Mitteln Zuschüsse erhalten. Die Parteischule ist kritisiert worden. Es ist aber gar nicht daran zu denken, sie etwa eingehen zu lassen. (Sehr richtig!) Das kritische Material und die Erfahrungen genügen in keiner Weise, um irgendeine Aenderung eintreten zu lassen. Es ist eine bessere Auswahl der Schüler empfohlen worden. Aber wie geschieht denn die Auswahl? Zunächst durch Vorschläge der einzelnen Agitationsbezirke, die dort geprüft sind; dann wird ein Ausschuß des Lehrerkollegiums eingesetzt, der das eingesandte Material prüft und für die engere Auswahl Vorschläge macht; dann erfolgt eine erneute Prüfung nach der Richtung, daß die einzelnen Bezirke Deutschlands in der Parteischule Vertretung finden. Wir wollen in keiner Weise etwas gemein haben mit der Art und Weise, wie der Reichsverband seine Agitatoren heranzieht, dessen Mednerschulen ja nichts als ein verächtlicherer Abklatsch der München-Gladbacher Jesuitenschule sind, nur in das Evangelische überfetzt. Gewiß wäre für viele, ja die meisten Schüler ein einjähriger, statt des halbjährigen Kursus sehr gut; aber auch in einem ganzen Jahre läßt sich all das notwendige Wissen nicht beibringen; worauf es ankommt, ist, dem Schüler die Methode des Denkens und Arbeitens beizubringen, damit er, wenn er in seinen Beruf zurückkehrt oder ein Parteiamt bekleidet, sich selbst weiterhelfen kann. Wir haben in der letzten Zeit infolge einer Enquete gehört, wie die einzelnen Schüler über die Erfahrungen auf der Parteischule denken. Aber wir haben ja da ein besseres Material; wenn der Kursus zu Ende ist, halten Mitglieder des Parteivorstandes ohne Hinzuziehung der Lehrer eine gemeinsame Sitzung mit den Schülern ab, in der die Schüler ihr Herz ausschütten und in der protokolliert wird, was der einzelne an Aenderungen für nötig hält. Die Aussicht, etwa jedem nach Abschluß des Kursus eine Stelle in der Partei zu geben, können wir nicht gewähren, schon weil die meisten Stellen in der Partei durch die örtlichen und Bezirksorganisationen besetzt werden. Aber von den 64 Schülern der ersten beiden Kurse sind heute schon zwei Drittel in festen Anstellungen in der Partei oder in den Gewerkschaften. In der Parteischule nehmen ja auch eine Reihe von Agitatoren teil, die einen bürgerlichen Beruf haben, selbständig sind und gar keine Parteistelle wollen.

Nach Abschluß des Berichts ist auch das vom Essener Parteitag beschlossene Preßbureau am 15. Juni in Kraft getreten. Die kurze Zeit seines Bestehens hat schon seine Notwendigkeit bezeugt. Insbesondere hat die kleinere Parteipresse mehrfach ihre Befriedigung über das Arbeiten des Bureaus ausgesprochen. Gewiß ist noch vieles besser zu machen und nachzuholen mit Rücksicht auf die Verschiedenartigkeit der Bedürfnisse bei der großen, der mittleren und kleinen Parteipresse. Für die Uebernahme auch der telephonischen Nachrichten auf die Generalunkosten des Bureaus müssen erst noch weitere finanzielle Erfahrungen gemacht werden; die Kosten sollen ja zum Teil auf die Parteiblätter repartiert werden. Ebenjowenig war es bisher möglich, den gewerkschaftlichen Dienst einzuführen. In der Kontrolle der Pressegeschäfte haben wir einen Schritt vorwärts getan; mit der Revision der Geschäfte im westlichen Industriegebiet ist Genosse Heinrich beauftragt. Wir denken ähnlich auch in anderen Bezirken vorzugehen.

Ein Jahr intensiver Arbeit liegt hinter uns. In den einzelnen Bundesstaaten hatten wir Wahlrechtskämpfe. Der preussische Landtagswahlkampf hat bewiesen, was zu erreichen ist, wenn die Organisation gut ist und zielbewusste Kleinarbeit geleistet wird. 1908 sind in Berlin allein mehr Stimmen für uns abgegeben worden, als 1903 in ganz Preußen. (Hört! hört!) Selbstverständlich ist mit den Wahlen die Wahlrechtsbewegung nicht beendet. Wir werden auf diesem Gebiete noch viel Arbeit zu leisten haben. Natürlich dürfen wir darüber die anderen großen Aufgaben der Partei nicht vernachlässigen. Sie können sicher sein, daß auch das neue Jahr ein Jahr sein wird, in dem es für uns keine Ruhe gibt. (Beifall.)

Ich komme nun zu den Vorschlägen über die Frauenorganisation. Diese Vorschläge sind zunächst nur als Provisorium zu betrachten, eine endgültige Regelung wird erfolgen, wenn sich der Parteitag mit der Revision des Organisationsstatuts befassen wird, was ja voraussichtlich schon in dem nächsten Jahre geschieht. Ich kann mich in dieser Beziehung kurz fassen, weil ja bereits die Frauenkonferenz den vereinbarten Vorschlägen die Zustimmung erteilt hat, ich beziehe mich da auf die trefflichen Ausführungen der Genossin Biez, die Ihnen ja durch die Presse bekannt sind. Wir haben bisher schon in einer Reihe von Bundesstaaten die Möglichkeit gehabt, die Frauen der Organisation einzugliedern. Und da, wo diese Möglichkeit durch das Gesetz beschränkt war, verstanden die Frauen, sich der losen Organisation so gut anzupassen, daß man mit Recht sagen kann, sie haben auf die reaktionären Bestimmungen gepfiffen und getan, was im Interesse der Frauenbewegung im besonderen notwendig war. (Sehr richtig!) Das Vereinsgesetz bedeutet ja nur einen unwesentlichen Fortschritt nach dieser Richtung, es ist bekanntlich nur deshalb zustande gekommen, weil es den Agrariern nicht mehr paßte, alljährlich ohne ihre Frauen die Vorstellungen des Bundes der Landwirte im Zirkus Wajach zu besuchen. (Weiterkeit.) Wir schlagen zunächst vor, daß keine Sonderorganisationen der Frauen gegründet werden sollen. Wir halten das für selbstverständlich, die deutsche Sozialdemokratie steht ja seit langem auf dem Standpunkt, daß vor allem die Einheitslichkeit der Bewegung notwendig ist. Frauenbildungsvereine sollen nur dort als Ausnahmen bestehen bleiben können, wo die Genossinnen des Ortes mit den Genossen dies wünschen. Aber die Mitgliedschaft in solchen Bildungsvereinen darf unter keinen Umständen einen Ersatz für die Zugehörigkeit zur Organisation bilden, in erster Linie sind die Frauen verpflichtet, der Wahlkreisorganisation beizutreten. Es liegt kein unbedingtes Bedürfnis vor, alle Frauenbildungsvereine unmöglich zu machen. In einer ganzen Reihe von Orten haben die Bildungsvereine ausgezeichnetes zur Aufklärung der Frauen geleistet und deshalb ist das Weiterbestehen dieser Vereine empfehlenswert, aber dringend muß daran festgehalten werden, daß die Frauen in diesen Vereinen nur diskutieren, daß sie sich über die Probleme des Sozialismus aufklären, aber unter keinen Umständen in Sachen der Organisation bindende Beschlüsse hier fassen können. Wir schlagen ferner vor, daß die Beiträge für die Frauen niedriger sein können als für die Männer. Man hat daraus geschlossen, daß dadurch Sonderrechte für die Frauen statuiert werden. Ich halte diesen Vorwurf für unberechtigt. In erster Linie haben wir die Frauen in Massen zur Organisation heranzuziehen, und wir haben ja auch bei der Beratung der Beiträge für die Frauen in letzter Zeit in einer ganzen Reihe von Organisationen die Erfahrung gemacht, daß tatsächlich die Beiträge niedriger festgesetzt sind, als die Frauen es selbst wollen. Es besteht zweifellos ein Bedürfnis, die Möglichkeit niedrigerer Beiträge für die Frauen zu schaffen. Es sollen dann entsprechend ihrer Zahl die weiblichen Mitglieder im Vorstand vertreten sein, zum mindesten aber soll eine Genossin dem Vorstand angehören.

Ich halte das für selbstverständlich. Wir wollen dadurch einen Ersatz schaffen für die Vertrauenspersonen, wir müssen im Vorstand Frauen haben, die in Führung bleiben mit der Gesamtheit und die das Notwendige tun, um bei der Agitation der Eigenart der Frauen Rechnung zu tragen. Es ist gesagt worden, daß dieser Passus teilweise undurchführbar sei, weil es eine Reihe von Orten gibt, wo Genossinnen nicht vorhanden sind, die dem Vorstand angegliedert werden können. Die Frage braucht uns nicht zu berühren. Wir haben den Grundsatz aufzustellen, was zu geschehen hat; wo keine Frauen sind oder wo sich keine Frauen bereiterklären, in den Vorstand einzutreten, da können selbstverständlich keine gewählt werden.

Absatz 5 unserer Vorschläge legt fest, daß die Frauen die für die Frau notwendige Agitation gemeinsam mit dem Gesamtvorstand der Vereine zu betreiben haben. Selbstverständlich muß der Gesamtvorstand die Gelder zur Agitation bewilligen, eine getrennte Kassensführung ist nicht mehr gestattet. Gegen Absatz 6, der zunächst Bezug nimmt auf die Frage der Delegationen, hat sich Widerspruch erhoben. Ursprünglich hatten die Frauen das Recht, besondere Delegierte zu dem Parteitage zu wählen. Dies Recht wurde ihnen auf dem Berliner Parteitage auf Antrag der Genossin Waaber genommen, aber auf Grund der Erfahrungen wurde die Bestimmung auf dem Frankfurter Parteitag wieder eingeführt, und auch bei der Beratung des Organisationsstatuts in Mainz und Jena hat man die Sonderbestimmung stehen lassen. Die ganzen Vorschläge sind als Provisorium zu betrachten, es wird sich ja zeigen, inwieweit bei der Neuregelung des Organisationsstatuts eine Änderung Platz zu greifen hat. Wenn durch das Proportionalwahlrecht die Vertretung überhaupt anders geregelt wird, dann wird es natürlich nicht notwendig sein, besondere Rechte für die Frauen zu statuieren. Sollte die Praxis etwa ergeben, was wir nicht wünschen wollen, nämlich, daß Frauen in bezug auf die Delegation nicht zu ihrem Recht kommen, dann wären wir ja immer noch in der Lage, besondere politische Frauenschutzbestimmungen einzuführen (Weiterkeit), die es den Frauen ermöglichen, unter allen Umständen auf Parteitag vertreten zu sein. Ziffer 6 bestimmt, daß das Zentralbureau der Frauen bestehen bleiben soll. Auch das empfehlen wir aus Zweckmäßigkeitsgründen. Das Bureau hat bereits Fühlung mit den meisten Wahlkreisen, und es liegt noch keine Veranlassung vor, daß sich der Gesamtvorstand der Partei in seinen Sitzungen mit allen Einzelheiten der Frauenagitation befaßt; wichtige Angelegenheiten muß er natürlich in der Gesamtheit erledigen. Das ist schon deshalb selbstverständlich, weil ja auch in der Zentralkasse keine getrennte Kassensführung vorgeesehen ist, sondern weil die Bewilligung der Mittel durch den gesamten Parteivorstand zu erfolgen hat. Die Bestimmung, daß die Vertreterin der Genossinnen im Zentralbureau dem Parteivorstand angegliedert werden soll, ist mißverständlich worden. Das ist nicht etwa so auszulegen, daß aus dem Bureau eine Frau zu den Sitzungen des Parteivorstandes delegiert wird. Die Frauenkonferenz hat ja beschlossen, daß zwei Genossinnen mit gleichen Rechten in das Zentralbureau der Genossinnen hineinkommen sollen, die in Zukunft die Frauenagitation für Deutschland zu betreiben haben. Wir wünschen auch, daß diese Genossin vom Parteitag gewählt werden soll. Sache des Parteitages ist es, selbst zu entscheiden, wen er wählen will, er ist souverän, aber die Wahl soll nicht auf Grund eines indirekten Wahlmodus erfolgen. Keine Bestimmung sieht unser Vorschlag vor, über die Frage des Weiterbestehens der Frauenkonferenzen. Ich halte es für selbstverständlich, daß die Frauenkonferenzen auch in Zukunft abgehalten werden, sie haben sich durchaus bewährt, und es geht nicht an, daß der Parteitag der Gesamtpartei mit diesen Detailfragen der Frauen befaßt wird, denn sonst würde es dahin kommen,

daß wir entweder länger als eine Woche tagen oder aber den ganzen Parteitag nur mit geschäftlichen Angelegenheiten belasten müssen, und das liegt doch gewiß nicht in dem Interesse der Partei. Mit Rücksicht darauf, daß die Frauenkonferenz sich mit den Vereinbarungen einverstanden erklärt hat, und mit Rücksicht darauf, daß es sich nur um ein Provisorium handelt, können wir den Vereinbarungen sehr wohl zustimmen, bis eine endgültige Regelung erfolgt. (Sehr richtig!)

Nun zur Frage der Jugendorganisation. Ein Antrag wünscht freilich, daß wir aus tatsächlichen Gründen diese ganze Frage nicht behandeln. Ich glaube aber, daß es nicht nötig ist, von einer Behandlung der Frage abzusehen, wenn ich es auch für unbedingt erforderlich halte, sie einer Kommission zu überweisen, die dem Parteitag geeignete Vorschläge zu unterbreiten hat. Allerdings erscheint es mir nicht angängig, auf alle Fragen einzugehen, die in den letzten Wochen und Monaten im Zusammenhang mit der Frage der Jugendorganisation in der Parteipresse erörtert worden sind. Sie wissen alle, daß unsere Jugendorganisationen in Deutschland keine Gründungen der Partei oder der Gewerkschaften sind. In dem Bericht, der feinerzeit der ersten Jugendkonferenz der Jungen Garde gestellt ist, ist ja auch ausgesprochen, daß man erwartet hätte, daß der Parteitag in Bremen der Frage der Gründung von Jugendorganisationen näher treten wird, daß er es aber nicht getan hat, und kurz nach dem Bremer Parteitag sind Jugendorganisationen gegründet worden, aus der Jugend heraus unter Anteilnahme einer Reihe erwachsener Genossen, die sich dafür interessieren, die aber nicht im Auftrage der zuständigen Instanzen handelten. Im September 1904 wurde die Junge Garde gegründet, in Offenbach war schon ein Jahr vorher die Gründung eines Jugendvereins erfolgt, und bald darauf wurden auch in Berlin Jugendorganisationen gegründet. Aus der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse ergab es sich, daß diese Organisationen in Norddeutschland unpolitisch, in Süddeutschland politisch waren. Der Parteivorstand hat ihnen gegenüber eine abwartende Stellung eingenommen. Es ist zwar behauptet worden, daß die Art und Weise, wie die Frage behandelt wurde, in Widerspruch steht mit den Beschlüssen der internationalen Kongresse von Paris und Stuttgart. Das ist nicht der Fall. Auch im Ausland haben wir lose Jugendorganisationen, und es ist noch niemand eingefallen zu behaupten, daß diese in Widerspruch zu den Beschlüssen der internationalen Kongresse stehen. Auch der Essener Parteitag hat ja einen Beschluß gefaßt, der sich prinzipiell mit der Frage der Jugendorganisationen befaßt und der zunächst die intensivere Betreibung der Schaffung von Jugendorganisationen verlangt. Wir haben keine Veranlassung genommen, diesen Beschluß sofort auszuführen, wir hätten es nicht verantworten können, in einem Moment, wo das Reichsvereinsgesetz bereits in der Schwebe war, wo die Reaktion bereit war, jede Jugendorganisation unmöglich zu machen, in einem solchen Moment eine intensive Agitation zur Schaffung von Jugendorganisationen einzuleiten. Der Antrag war aber auch noch nach anderer Richtung hin undurchführbar. Wir waren nicht in der Lage, offizielle Agitatoren hinauszuschicken, um Jugendorganisationen zu gründen. Denn dann wäre auch der dümmste Staatsanwalt instande gewesen, zu konstruieren, daß es sich um politische Agitationen handelt. Wir haben nicht geglaubt, daß ein tatsächl. so unkluger Antrag vom Parteitag angenommen wird. (Sehr richtig!) Auch über die Verhandlungen zwischen Parteivorstand und Gewerkschaften sind Unrichtigkeiten verbreitet. Von einem Geheimkonferenzen der Gewerkschaftsvorstände kann gar keine Rede sein, der Parteivorstand war zu der Sitzung der Zentralvorstände eingeladen, er hätte auch ein Mitglied dorthin delegiert. Wir waren vollkommen informiert über das, was dort vorging. Andererseits kann man es doch den Gewerkschaften

aus Gründen der Gewerkschaftstaktik nicht zumuten, über alles, was in den Konferenzen der Zentralvorstände beraten wird, der Öffentlichkeit Mitteilung zu machen. (Sehr richtig!) Ich habe schon auf der Darmstädter Konferenz der Jungen Garde erklärt, daß wir im Prinzip in dieser Frage mit der Generalkommission einverstanden waren. Aber ich stelle ausdrücklich fest, daß eine Uebereinstimmung tatsächlich erst erfolgt ist, nachdem das Reichsvereinsgesetz angenommen war. Wenn wir auch im Prinzip einig waren, so haben wir uns doch erst am 24. April 1908 auf gemeinsame Grundsätze festgelegt. Wir hatten aus tatsächlichen Gründen vereinbart, daß, wenn das Reichsvereinsgesetz noch nicht erledigt wäre, auch der Gewerkschaftskongreß über die Abmachungen nicht verhandeln sollte. Auch aus der Bekanntgabe unserer Stellung kann uns kein Vorwurf gemacht werden. Am 24. April erfolgte die Zustimmung, und bereits acht Tage später auf der außerordentlichen Generalversammlung der Jungen Garde in Darmstadt gab Robert Schmidt im Auftrage der Generalkommission und ich im Auftrage des Parteivorstandes Erklärungen ab. Wir haben damals bereits gar keinen Zweifel über die Stellung des Parteivorstandes gelassen. Wenn uns von der „Leipziger Volkszeitung“ der Vorwurf gemacht ist, wir hätten hinter dem Berge gehalten, so ist das nur dadurch zu erklären, daß die Reaktionen selbst unfexer großen Blätter so schwach besetzt sind, daß so etwas mal in der Höhe passieren kann. Sie wissen ja, daß selbst die „Leipziger Volkszeitung“ im vorigen Jahre monatelang einen akademischen Redakteur zur Erweiterung ihres Redaktionsstabes gesucht hat. Doch nicht etwa, damit Genosse Lensch einen satisfaktionsfähigen Kollegen hat (große Geiterkeit), sondern aus Mangel an Kräften. In bezug auf unsere Haltung gegenüber den Jugendorganisationen kann uns kein Vorwurf gemacht werden. Parteivorstand und Generalkommission haben alles getan, was getan werden konnte. Nachdem durch das Reichsvereinsgesetz eine neuer Rechtszustand geschaffen war, mußten natürlich die vorhandenen Jugendorganisationen dazu Stellung nehmen. Daraus, daß die norddeutschen Organisationen unpolitisch waren, ergab sich, daß sie keine Veranlassung hatten, irgendwelche Änderungen einzutreten zu lassen. (Sehr richtig!) Die süddeutschen Jugendorganisationen dagegen waren ausgesprochen politische Organisationen, sie unmöglich zu machen, war ja der Zweck der neuen Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes, und es war ganz selbstverständlich, daß ich auf der Darmstädter Konferenz erklärte, daß politische Jugendvereine unmöglich sind, und daß wir deshalb auf anderem Wege suchen müßten, die Jugend in sozialistischem Geiste zu erziehen und sie über das Wesen des Sozialismus aufzuklären. (Sehr richtig!) Der Vorwurf, daß die Junge Garde vor der Reaktion zurückgewichen ist, trifft nicht zu, sie hat die richtigen Konsequenzen aus dem Reichsvereinsgesetz gezogen, als sie sich auflöste. Sie hat sich damit dem bestehenden Rechtszustand angepaßt. (Sehr richtig!) Es ist gesagt, die Junge Garde hätte ohne Kampf ihre Position aufgeben dürfen. (Sehr wahr!) Mit Recht ist bereits erwidert, daß es mit unserem Verantwortlichkeitsgefühl sehr schlecht bestellt sein müsse, wenn wir die Junge Garde in einen Kampf mit der Polizei und den Gerichten hineinziehen wollten. (Sehr gut!) Wir dürfen uns doch nicht verhehlen, daß die Rechtsverhältnisse unter dem neuen Vereinsgesetz viel schlimmer liegen als früher. Nicht nur der Vorstand, der Jugendliche aufnimmt, wird in Zukunft bestraft, sondern es kann auch jeder Jugendliche unter 18 Jahren, der einem Verein angehört oder eine politische Versammlung besucht, bestraft werden. Dazu kommt, daß in einer ganzen Reihe von Städten, besonders in Berlin, fortwährend Versuche gemacht werden, unsere Organisationen zu bespitzeln. Sie können sich also denken, wie es den Jugendlichen gehen würde, und schon deshalb müssen wir uns

darüber klar sein, daß Politik in solchen Vereinen nicht getrieben werden darf. Unsere Resolution, die sachlich mit der des Gewerkschaftskongresses übereinstimmt, ist mißverstanden worden. Es wurde so hingestellt, als ob der Parteivorstand geneigt sei, die gewerkschaftlichen Fachabteilungen als Ersatz für die früheren selbständigen Jugendorganisationen anzusehen. Davon kann gar keine Rede sein. Die gewerkschaftlichen Fachabteilungen müssen hier ganz auscheiden. Sie haben ganz andere Aufgaben. Wir haben ja auch nur bei ganz wenig Gewerkschaften Fachabteilungen, nur da, wo die besonderen Verhältnisse sie bedingen. Die meisten Gewerkschaften denken gar nicht an die Gründung von Fachabteilungen, sie sind auch nicht dazu verpflichtet. Unserer Meinung nach darf die Jugend nicht nach Verufen getrennt sein, sondern im Interesse der Entwicklung des Klassenbewußtseins muß die Jugend aller Verufe an einem Ort gemeinsam den Bildungsbestrebungen zugeführt werden. Es kann auch nicht die Rede davon sein, daß irgendwie die Jugend durch unsere Bildungsbestrebungen mit dem politischen Tageskampf in Berührung kommt, politische Probleme müssen ausgeschaltet werden. Wir beabsichtigen vielmehr, im Sinne unserer Weltanschauung den Bildungstrieb der Jugendlichen zu fördern und die Lücken in ihrer Schulbildung auszufüllen. Wir haben z. B. das wieder auszuschalten, was den Jugendlichen an bhyanitisch verfallener Geschichte gelehrt wird, wir haben im Sinne der materialistischen Geschichtsauffassung die Jugendlichen zu unterweisen, wir haben ihnen in bezug auf religiöse Probleme näher zu treten, weil ja gerade auf diesem Gebiete unendlich viel gesündigt wird. Ich erinnere nur an den Satz: Jesus Christus lieb haben, ist mehr als alles Wissen. Wir haben ferner die Naturwissenschaften in das Bereich der Erörterungen zu ziehen, wir haben die Jugend über Verfassungsfragen und volkswirtschaftliche Fragen aufzuklären. Daneben darf auch die körperliche Pflege der Jugend nicht vernachlässigt werden. Am meisten erörtert in den großen Diskussionen der letzten Zeit ist die Frage der besonderen Jugendorganisationen. Aus Absatz 5 der Resolution folgerte man, daß jede selbständige Bewegung der Jugendbewegung unterdrückt werden sollte. Davon ist keine Rede. Niemand denkt daran, etwa die Arbeiterjugend unter Kuratel zu stellen, sie schulmeistern zu wollen. Wir müssen aber immer im Auge behalten, daß in allen Fragen, bei denen die Jugend organisatorisch herangezogen werden kann, immer das politische Moment ausgeschaltet und immer das Bildungselement in den Vordergrund gestellt werden muß. Daher sind alle die Vergleiche, nach denen man der Jugend in der sozialdemokratischen Partei weniger Bewegungsfreiheit geben wolle, als selbst die Christlichen, besonders die Katholischen, angeblich ihren Jugendorganisationen geben, ganz hinfällig. Als ich das gelesen habe, habe ich mir gesagt: Heiliger Nepomuk! Wenn es uns einfiel, der Jugend selbst in der lossten Organisationsform so wenig Bewegungsfreiheit zu geben wie die katholische Kirche, welcher Sturm würde da losgehen! Die katholische Kirche denkt ja gar nicht daran, irgendwie der Jugend Selbständigkeit zu geben. Man braucht nur die Grundsätze zu lesen, die an die Präses übermitteln werden, und die Mahnungen an die Meister zu hören, die sich um das Wohl der Lehrlinge und Gesellen kümmern sollen. Dann ist gesagt worden: selbständige Organisationen sind deshalb notwendig, weil sie das beste Erziehungsmittel sind, das Verantwortlichkeitsgefühl des einzelnen zu stärken, Persönlichkeiten zu erziehen und Charaktere zu entwickeln. Das beruht zum Teil auf Uebertreibung. Es kommt vielmehr auf den Geist an, der in den Organisationen herrscht, als auf die Form. Die sozialdemokratische Partei hat ohne feste Organisationen das Sozialistengesetz überwunden und auch in der lossten Organisationsform Charaktere erzogen und Idealismus in die Herzen ihrer

Anhänger verpflanzt. Das wird bei der empfänglicheren Jugend erst recht möglich sein.

Vor allem ist der Absatz 5 unserer Vorschläge, die auch die Zustimmung der Generalkommission gefunden haben, so aufgefaßt worden, als ob das Wort „besondere Jugendorganisationen“ die Selbstverwaltung der Jugend vollständig ausschließen solle. Das ist damit durchaus nicht gesagt. Es soll nur gesagt werden, daß die Jugend sich nicht ziellos selbst überlassen werden soll. Die Hamburger Genossen haben, während die Parteigenossen sich darüber stritten, das Problem eigentlich praktisch schon längst gelöst. Sie haben eine im gewissen Sinne muster-gültige Organisation eingerichtet und zugleich eine Form, die durchaus im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen steht und unsere Absichten trifft, und da heißt es im § 5 an der Spitze: „Den jungen Leuten soll die Selbstverwaltung ihrer Organisation möglichst vollständig überlassen werden.“ Auf die Hamburger Organisation hat ja auch dem Gewerkschaftskongreß Robert Schmidt in seinem Schlußwort auch schon ausdrücklich Bezug genommen. Mit dem Wort „besondere Jugendorganisationen“ soll nur ausgesprochen werden, daß wir eine autonome Jugendorganisation nicht haben wollen. (Sehr richtig!) Aber damit komme ich auch gleich auf die Schwierigkeit des Problems. Es kann gar nicht die Rede davon sein, daß Partei und Gewerkschaften unter den bestehenden gesetzlichen Verhältnissen irgendwie sich Organisationen der Jugend angliedern. Eine solche Organisation mit größtmöglicher Selbstverwaltung kann nur angegliedert werden an Bildungsorganisationen, die einen ganz ausgesprochen unpolitischen Charakter haben. In Hamburg haben wir solche Bildungsorganisationen, auch in Leipzig und Dresden; in Berlin haben wir die Arbeiterbildungsschule und werden wahrscheinlich in der nächsten Zeit einen Bildungsausschuß bekommen, wie ja überhaupt eine Bewegung im Gange ist, möglichst überall solche unpolitischen Bildungsausschüsse hervorzurufen.

Vor allem muß selbstverständlich in bezug auf die Altersgrenze Vorsorge getroffen werden. Die Resolution besagt darüber nichts, die ganze Frage wird ja einer Kommission überwiesen werden. Wir stimmen wohl alle dem zu, was auf der Generalversammlung der Jungen Garde gesagt ist: Wenn die Jugend das 18. Jahr erreicht hat, hat sie die Pflicht, sich der politischen und gewerkschaftlichen Organisation anzuschließen (Zustimmung), der gewerkschaftlichen auch schon vor dem 18. Jahre, soweit sie organisationsfähig ist. Nun erwarte ich ja ganz bestimmt, daß die bestehenden Vereine, soweit sie sich nicht wie die süddeutschen aufgelöst haben, sich den Verhältnissen anpassen und keinen Widerstand leisten werden. Ich kann erklären, daß selbst, wenn das nicht der Fall sein sollte, weder vom Parteivorstand noch von der Generalkommission irgendwelcher Versuch gemacht werden wird, etwa der Jugendorganisation das Genick zu brechen. Ich betone das gegenüber den Preberörterungen der letzten Zeit, als ob es sich um eine Erdbebung, eine Abwürgung von Partei wegen handle. Selbstverständlich müssen wir neben diesen Bildungsbestrebungen auch für die politische Aufklärung der Jugend sorgen. In den Vereinen kann es nicht geschehen, deshalb ist es notwendig, unter allen Umständen in den einzelnen Städten, wie es die Resolution verlangt, Agitationskomitees einzurichten. In der Begründung des Vereinsgesetzes motivierte die Regierung die Nichtaufnahme einer Bestimmung über die Jugendlichen damit, daß es auch auf anderem Wege möglich sei, an die Jugend heranzukommen. Diesen Beweis wollen wir allerdings liefern. Vor allem werden diese Komitees sich zu befassen haben mit der wichtigen Frage der Agitation für die künftige Zeitung für die jungen Arbeiter. Dieses Blatt muß die politische Aufklärung der Jugend betreiben, das Notwendige über den Sozialismus in einer Form

fagen, die der Jugend zugänglich ist, besonders auch in bezug auf das Wesen des Militarismus, die Zusammenhänge von Militarismus und Kapitalismus.

Selbstverständlich wird sich die Aufklärung der Jugend nicht beschränken auf die Jugend von 14 bis 18 Jahren, sondern wir werden auch die Jugendlichen von 18 bis 20 Jahren in den Wahlvereinen aufklären müssen. Wir haben jetzt bereits auf beide bestehende Jugendorgane zirka 20 000 Abonnenten. Es wird leicht sein, wenn ein solches Blatt gegründet wird, in ganz Deutschland dafür eine Abonnentenzahl zu finden, die sich vor dem Ausland nicht mehr zu vertriehen braucht. * Es ist in der Resolution auch Bezug gekommen auf den Lehrlingschutz. In dieser Frage wollen ja Gewerkschaften und Jugendorganisationen ohne Differenzen gemeinsam arbeiten. — Die Zahl der bisher organisierten Jugendlichen ist freilich noch verhältnismäßig gering.

Wir haben nach der letzten Gewerbebezahlung im Jahre 1895 nahezu 3 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen erwerbstätig gehabt im Alter von 14 bis 18 Jahren. In den evangelischen Jünglingsvereinen sind etwa 120 000 Jünglinge organisiert und in den katholischen zirka 200 000 bis 240 000. Gegenüber dieser großen Zahl nimmt sich unsere Jugendbewegung noch ziemlich gering aus mit ihren etwa 10 000 bis 12 000 Organisierten. Wir haben alles Interesse daran, möglichst einmütig und einheitlich in dieser Frage der Organisierung der Jugendlichen vorzugehen; sie wird nur zweckmäßig gelöst werden können, wenn Partei und Gewerkschaften Hand in Hand gehen. Zum Beispiel sind uns die konfessionellen Bildungsvereine noch weit voraus in bezug auf die Beschaffung von Lokalen, in denen sich die Jugendlichen im Winter treffen können. Hier müssen noch sehr viel Kosten aufgewendet werden, wenn wir gleichwertiges schaffen wollen. Auch ein gut geleitetes Jugendorgan als Agitationsmittel wird wahrscheinlich in den ersten Jahren größere Zuschüsse erfordern. Ich kann deshalb nicht annehmen, daß sich ein großer Widerstand gegen diese gemeinsamen Abmachungen von Partei und Gewerkschaften, wie ich sie dargelegt habe, geltend machen wird. Sie werden mit mir darin einig sein, daß wir vermeiden müssen, auf diesem Gebiete Differenzpunkte zu schaffen. Es darf nicht so kommen, daß, wenn der Parteitag über die Frage der Jugendorganisationen beschließt, dann die Gewerkschaften sagen können: Das paßt uns nicht, wir werden abseits stehen und uns um die ganze Sache nicht kümmern. Nein, Partei und Gewerkschaften haben das größte Interesse daran, daß diese Frage gemeinsam gelöst wird in einer Weise, die sowohl Partei wie Gewerkschaften befriedigt. Wenn Sie in diesem Sinne die Abmachungen, die wir getroffen haben, besiegeln, dann werden nur ganz wenige Jahre vergehen und wir werden den Vorsprung, den die konfessionellen Verbände vorläufig haben, eingeholt haben. Wir werden dann neben der großen politischen Partei und der großen Gewerkschaftsbewegung auch in Deutschland eine Jugendbewegung haben, die sich in der ganzen Welt sehen lassen kann. (Lebhafte Beifall.)

Zur Berichterstattung über die

Einigungsverhandlungen zwischen den Zentralverbänden und den Lokallisten nimmt nunmehr das Wort:

Partei sekretär Ebert-Berlin: Wir haben Ihnen über diese Einigungsverhandlungen im schriftlichen Bericht bereits Mitteilung gemacht. Danach ist festgestellt, daß es durch die Verhandlungen gelungen, etwa 5000 Lokallisten den Zentralverbänden zuzuführen. Ueber die Zahl derjenigen, die bei der Freien Vereinigung verblieben sind, kann bestimmt nicht mitgeteilt werden. Einmal sind außer den geschlossenen mit ihren Vereinen Uebergetretenen auch eine große Anzahl Einzelmitglieder von den Lokalvereinen in die Zentralverbände über-

gegangen. Und zweitens waren die Angaben der Freien Vereinigung über ihren früheren Mitgliederbestand stets mit größter Vorsicht aufzunehmen. Jedenfalls steht heute fest, daß die Freie Vereinigung mit dem bei ihr verbliebenen Rest der Mitglieder für den gewerkschaftlichen Kampf nirgends mehr ernstlich in Frage kommen kann. — In der politischen Haltung der Lokallisten ist seit dem letzten Parteitage eine wesentliche Aenderung nicht eingetreten. Sie sind zwischen Sozialismus und Anarchismus hin- und herpendelnd, und der Rest der Mitglieder, der bei der Freien Vereinigung verblieben ist, hat sich schließlich ganz offen zu den anarchisierenden Bestrebungen der Syndikalisten in den romanischen Ländern bekannt. Auf ihrem letzten Kongreß im Januar d. J. hat die Freie Vereinigung zwar nicht ihr früheres Programm geändert, sie gab ihm aber eine andere Interpretation, hat diese Interpretation für authentisch erklärt und weiter bestimmt, daß sie für die Geschäftsleitung und für die Redaktion der „Einigkeit“ verbindlich sein soll. Auf einige Punkte dieser Programmrede muß ich hinweisen, um darzutun, daß unsere Charakterisierung der Freien Vereinigung gerechtfertigt ist. So sagte der Referent: „Wir müssen uns das Organ der französischen Syndikalisten zum Muster nehmen, das nicht hin- und herpendelt, das nicht anarchisiert, aber auch nicht parlamentarisch-sozialdemokratisch, sondern einfach ein Organ der syndikalierten Gewerkschaften ist, die sich aus Interessenvertretungen zusammensetzen — das bedeutet Syndikalismus —, die aber, weil sie gewerkschaftler sind, auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Dieser Kampf kann jedoch nach ihrer Meinung nicht durch Beteiligung an der Gesetzgebung geführt werden; sie verstehen darunter nicht, daß sie irgendeiner politischen Partei angehören müssen, sondern sie meinen, den Klassenkampf auf wirtschaftlichem, auf ökonomischem Gebiete durch Generalstreik, action directe, Sabotage, die sogenannte passive Resistenz usw. führen zu müssen. Wenn wir uns die Lesefälle unseres auf dem 7. Kongresse beschlossenen Programms ansehen, wo es heißt, daß wir die auf Beseitigung der Klassenherrschaft gerichteten Bestrebungen unterstützen, die begründet sind in der sozialistischen Weltanschauung und ihren Ausdruck finden in der Propaganda für die Idee des Massen- resp. Generalstreiks, und diesen Satz richtig verstehen und auslegen wollen, so unterscheiden wir uns in keiner Weise von den syndikalistischen Gewerkschaften in Frankreich, Italien und anderen Ländern. . . .“ Auch in bezug auf die Stellung zum Massenstreik hat man eine neue Interpretation gegeben, die zur Charakterisierung der Freien Vereinigung wesentlich ist. Der Referent sagte: „Wir müssen definieren, daß wir nicht nur den Massenstreik, sondern jeden Solidaritätsstreik, bei dem es sich um die Verbesserung der Lage der Arbeiter, um die Herbeiführung höherer Menschenrechte handelt, mitzumachen haben. All dies gehört zum Massenstreik, solange es sich nicht um einen politischen Massenstreik, das heißt, um einen Streik des Parlamentarismus wegen handelt. Diesen lehnen wir ab, denn es ist ein Ding der Unmöglichkeit, Arbeiter aller Art nur zu dem Zwecke zur Niederlegung der Arbeit zu bewegen, um dadurch irgendein Wahlrecht zu einem Stadt- oder Landesparlament zu erreichen.“ Es ist zweifellos, daß die Freie Vereinigung sich mit dieser Programmklärung in offenen Gegensatz zur Sozialdemokratie gestellt hat. Allerdings hat man nicht den Mut gehabt, das offen und klar zum Ausdruck zu bringen, man treibt vielmehr ein erbärmliches Versteckensspiel, indem man sich hinter einer parteipolitischen Neutralität versteckt. Das, was man jahrelang den Zentralverbänden zum Vorwurf gestellt hat, die angebliche parteipolitische Neutralität, das hat jetzt die Freie Vereinigung zu ihrem Grundsatz erklärt. Wie nun aber diese Neutralität, auf die auch die Redaktion der „Einigkeit“ verpflichtet ist, gegenüber der Sozial-

demokratie geübt wird, dafür nur ein Beispiel. In der Nummer 26 der „Einigkeit“ vom 27. Juni d. J. wird in bezug auf die Sozialdemokratie gesagt: „An der hündischen Ergebenheit der bezahlten Schreiber der Parteipresse, an den feixilen feinhirigen Redakteuren liegt es, daß die deutsche Sozialdemokratie entweder so gut wie nichts oder schlimmer noch, nur tendenziös Entstelltes von der Geringschätzung und dem Hohn erfährt, welchen die ausländischen Genossen der ohnmächtigen, feigen deutschen Dreimillionenpartei zuteil werden lassen, die nichts weiter kann, als ihren Parteigeboten, den Führern, nachlaufen, die die revolutionäre internationale Aufgabe des Sozialismus preisgegeben haben, aus Eitelkeit, Schwäche und Bequemlichkeit oder um sich eine gute Einnahme zu sichern.“ (Hört! hört!) Ich glaube, diese Probe genügt, um Ihnen zu zeigen, wie man in der Praxis die parteipolitische Neutralität übt. Man hat sich diesen Grundsatz einfach aus Zweckmäßigkeitsgründen geschaffen. Die Erfahrung lehrt nämlich, daß die Freie Vereinigung in der Regel an solchen Orten aufsteht, wo infolge gewerkschaftlicher Kämpfe Differenzen, Unstimmigkeiten zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Gewerkschaftsleitung entstanden sind. Da sucht dann die Freie Vereinigung ihr Süppchen zu lochen. Und bei dieser Gelegenheit ist es ihr auch lieb, wenn sie sich den harmlosen Charakter der parteipolitischen Neutralität geben kann. Das ist auf dem Kongreß von einem Redner ziemlich unverblümt zum Ausdruck gekommen. Er sagte nämlich: „Auf Grund dieses Kommentars — das ist die Programmrede — können wir in der Agitation den Gegnern klarmachen, daß wir nicht Anarchisten sind.“ Man kann mit Fug und Recht sagen, daß die Hauptbetätigung der Freien Vereinigung heute nur noch besteht in gemeiner, perfider Bekämpfung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften. (Sehr richtig!) Diesem Treiben muß nun endlich ein Ende bereitet werden, wir müssen eine klare, unzweideutige Scheidelinie ziehen zwischen uns und jenen. Diese bietet unsere Resolution. Sie ist so aufzufassen, daß nicht allein die Mitgliedschaft, sondern jede Betätigung für die Freie Vereinigung der Gewerkschaften unvereinbar ist mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie.

Nun noch einige Worte zu der Stellung gegenüber dem Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband, dem sogenannten Wiesenthal'schen Verband. Schon auf dem Mannheimer Parteitag hat die Kontrollkommission gelegentlich einer Beschwerde die Entstehungsgeschichte dieses Verbandes nachgeprüft und hat dabei festgestellt, daß die früheren Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes nach entstandenen Differenzen ihr Beschwerderecht nicht ausgenutzt haben, sondern sofort zur Gründung des Wiesenthal'schen Verbandes geschritten sind. Die Kontrollkommission hat damals gesagt, daß diese Zerspaltung entschieden zurückgewiesen werden müsse. In Essen lag dann ein Ausschließungsantrag gegen Wiesenthal vor. Bei ihrem Bericht zu diesem Antrag hat die Kontrollkommission erklärt, daß die Gründung und Existenz dieser Sonderorganisation im Interesse des Klassenkampfes auf das schwerste zu verurteilen sei. Die Parteitage haben dem zugestimmt und es liegt kein Anlaß vor, von dieser grundsätzlichen Auffassung abzuweichen, die insbesondere auch nach den Vorlesungen der letzten Zeit sich als richtig erwiesen haben. Ich erinnere nur an das Verhalten dieser Organisation bei dem augenblicklich in Berlin tobenden Kampfe im Holzlegergewerbe. Auch mit diesem Verbands sind seit Essen Einigungsverhandlungen gepflogen worden, ich habe dem Bericht in dieser Beziehung nichts hinzuzufügen und bitte Sie, auch hier unserem Antrag zuzustimmen. Wenn auf jener Seite der ernsthafte Wille vorhanden gewesen wäre, sich dem Beschlusse des Essener Parteitages anzuschließen, dann hätte es auch in diesem Falle zu einer Einigung kommen müssen.

Zum Schluß einige Worte zu den gewerkschaftlichen Streitigkeiten in Solingen. Dieser Streit hat in den letzten Jahren überaus scharfe und

heftige Formen angenommen. Dem Parteivorstande und der Generalkommission ist es aber in den letzten Wochen gelungen, auch hier zwischen den streitenden Parteien Einigungsverhandlungen anzubahnen. Diese Verhandlungen sind freilich noch im Stadium der Vorberhandlungen, so daß über den Stand der Dinge hier nichts Bestimmtes gesagt werden kann. Ich bin aber beauftragt vom Vorstand und von der Kontrollkommission, den Parteitag dringend zu bitten, den Streit in Solingen hier nicht zu erörtern, aus taktischen Gründen. Der Parteitag hat jedenfalls den einmütigen Wunsch, daß es den Verhandlungen gelingen möge, den in Solingen seit langem bestehenden Bruderzwist beizulegen. (Lebhafte Zustimmung.)

Noch ein Wort zum Antrag 7: Ich bitte Sie, ihm nicht Ihre Zustimmung zu geben, schon mit Rücksicht auf die Verhältnisse in Solingen. Dagegen hoffe ich, daß Sie unsere Resolution einmütig annehmen werden. Es gilt eine klare Scheidelinie zwischen uns und den Elementen zu ziehen, die absichtlich und bewußt bestrebt sind, die Einheit und Geschlossenheit des proletarischen Klassenkampfes zu stören. (Lebhafte Beifall.)

Vorsitzender Singer: Das Wort zur Berichterstattung über die Tätigkeit des Bildungsausschusses hat Genosse Schulz.

Heinrich Schulz-Berlin: Es ist gestern mehrfach auf den Vereinstag der Arbeitervereine hingewiesen worden, der hier in Nürnberg vor 40 Jahren getagt hat. Auch ich möchte kurz auf ihn Bezug nehmen. Die Arbeiter- und Arbeiterbildungsvereine, die zu einem Verbands vereinigt waren, standen unter bürgerlicher Leitung. Neben zweifelhaften Politikern wie Max Hirsch, Eugen Richter und Sonnemann gehörten zu diesen Führern auch wohlmeinende Gelehrte wie Kosmähler, Wuttke, Büchner und F. A. Lange. Aber es war keine Klarheit im Willen vorhanden. Das „Bildungsprogramm“, das Max Hirsch entworfen hatte, umfaßte Unterricht in Elementarfächern, im Singen, Zeichnen, in der Buchführung, im Englischen, im Französischen und daneben auch in der Volkswirtschaft, in Gesetzeskunde, Geschichte und in den Naturwissenschaften. Demgegenüber gab es in den Arbeiterbildungsvereinen aber auch bereits Männer mit proletarischem Klasseninstinkt, die gegen die „Bildungsbüferei“, wie Bebel sich später einmal ausgedrückt hat, Front machten. Diese Männer mit proletarischem Gefühl hielten politische und wirtschaftliche Aufklärung für das wichtigste. Auch F. A. Lange, ein wirklicher Arbeiterfreund, stellte sich an ihre Seite und verlangte in seiner „Arbeiterfrage“ die dienende Unterordnung der Bildungsbestrebungen unter die dringenderen Zwecke der politischen und genossenschaftlichen Aktion.

Hier in Nürnberg erfolgte der endgültige Bruch mit den bürgerlichen Volksbildungsaposteln. Ein Jahr darauf konnte die Gründung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei erfolgen. In Nürnberg hatte die Richtung gesiegt, die die Befreiung der Arbeiter nicht durch breite Büttelpuppen bürgerlicher Wissenschaft und durch Wohlwollen erreichen wollte, sondern durch den Klassenkampf, und die die Selbständigkeit der Arbeiterklasse auch in geistiger Beziehung für notwendig hielt. Ihr galt die politische und ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse als das Ziel und als Mittel hierzu der rücksichtslose politische Kampf. So ist es bis heute geblieben, und die Sozialdemokratie ist groß und stark dabei geworden. Aber dieses Programm bedeutet nicht den Verzicht auf die Arbeiterbildung, sondern nur den Verzicht auf die „Bildungsbüferei“, auf das Vielerelei der Bildung ohne Beschränkung auf bestimmte Zwecke. Die Bildungsarbeit galt von vornherein als ein wichtiges Hilfsmittel im Klassenkampf. In diesem Sinne waren unsere besten Männer, waren

Rassalle und Mary Lehrer; ihre Schriften waren wertvolle Bildungsmittel, und Mary hat sogar, obwohl er kein Redner war, in Brüssel und London nationalökonomische Vortragskurse abgehalten. Und zu diesen Männern der Wissenschaft gesellten sich die schlichten Arbeiter, die sich durch Erweiterung ihrer Dorf- und Volksschulbildung zu bewunderungswürdigen Führern des Proletariats emporgearbeitet haben. Ich nenne nur Grillenberger, Meißner, Dreesbach, Ehrhart und Muer, besonders Muer, dem sein Lehrer in der Dorfschule weisrätig, es werde im Leben nichts aus ihm. Nun, wir sind voll aufzufrieden mit dem, was er geworden ist. (Lebhafte Zustimmung.) In diesem Sinne hat die Sozialdemokratie seit ihrem Bestehen Arbeiterbildung betrieben, und unser heutiger Bildungseifer ist deshalb nichts Neues in Ziel und Stoff. Wohl aber ist er neu im Hinblick auf die Methode und die Intensität. Wir betreiben die Arbeiterbildung intensiver als früher, weil wir in den letzten Jahren immer schmerzlicher empfunden haben, daß der Ausdehnung der Partei in die Breite ihre Weiterentwicklung in die Tiefe nicht genügend entspreche; die Methode aber ist eine andere, weil bei dem ungeheuren Wachstum der Partei bessere Mittel gefunden werden mußten, um an die Massen heranzukommen, weil es ferner heute nicht mehr so leicht ist, die Partei, ihr Programm, ihre Stellung in Staat und Gesellschaft, ihre Aktionen zu erfassen und sich durch die Literatur und durch die Zeitungen hindurchzufinden, und weil das alles leichter und besser ist, je besser die theoretische Grundlage bei dem einzelnen und bei der Masse ist.

Eigentlich ist es erst zwei Jahre her, daß die Partei die Bildungsangelegenheiten in diesem Sinne planmäßig in die Hand genommen hat. Dabei wurde die Arbeit noch durch die Reichstagswahlen 1907 und in Preußen durch die diesjährigen Landtagswahlen beschränkt. Um so erstaunlicher ist es, was in dieser kurzen Zeit erreicht worden ist; es ist ein glänzendes Zeugnis für die Arbeitsenergie und die Lebenskraft der Partei. (Sehr richtig!)

Ueber die Parteischule will ich jetzt nicht sprechen. Ich behalte mir vor, in der Diskussion oder im Schlußwort darauf einzugehen, falls es durch den Verlauf der Debatte notwendig werden sollte. Nur ein kurzes Wort jetzt über die Stellung der Parteischule im Rahmen der ganzen Bildungsarbeit. Sie hat die Aufgabe, einen kleinen Kreis von etwa 30 geeigneten, also intellektuell befähigten und moralisch charaktervollen Genossen ein halbes Jahr lang systematisch zu unterweisen, vornehmlich in der Theorie, in der Volkswirtschaft, im wissenschaftlichen Sozialismus, in der sozialen Entwicklung, in der Geschichte, nebenbei auch in einigen praktischen Fächern; vornehmlich in der Theorie, denn wir sind der Meinung, daß der einzelne in seiner verantwortlichen Parteistellung um so rascher, zuverlässiger und richtiger seine Entscheidung in jedem aktuellen politischen oder wirtschaftlichen Einzelfall treffen kann, je tiefer und je gefestigter seine theoretische Einsicht ist, und daß auch der einzelne — was ja von jedem Parteischüler nach bestem Wissen und Können verlangt wird — um so besser andere aufklären und belehren kann, je klarer er selbst über die sozialen und ökonomischen Zusammenhänge und die daraus erwachsende sozialistische Theorie unterrichtet ist. (Sehr richtig!)

In diesem Jahre kann der Bildungsausschuß zum erstenmal auch über praktische Tätigkeit berichten und sie der Kritik des Parteitages unterbreiten. Ich verweise dabei auf die den Delegierten vorliegenden Druckfachen, auf das Winterprogramm, auf die Musterkataloge und auf die Einführungen in Dramen und Opern. Die Durchberatung der Leitfäden des Mannheimer Parteitages über Volkserziehung und Sozialdemokratie hat er noch nicht vornehmen können; es ist aber notwendig, daß der Parteitag die Anschauungen in dieser Frage klärt und die Stellung der Sozialdemokratie festlegt. Im nächsten

Jahre muß das endlich geschehen, da auch bei den Beratungen des Bildungsausschusses gelegentlich Meinungsverschiedenheiten auftauchen, die auf die Verschiedenartigkeit der grundsätzlichen Auffassung zurückzuführen sind. Uebrigens sind wir in der praktischen Bildungsarbeit stets einig gewesen. Das wichtigste Stück waren die Wanderkurse. Wir sind bei ihrer Schaffung von der Ansicht ausgegangen, daß ein Wissensgebiet in mehreren Vorträgen gründlicher behandelt werden kann als in einem Vortrag. Da es aber zurzeit noch an Kräften für wissenschaftliche Vortragskurse fehlt, so hat der Bildungsausschuß diese wenigen Kräfte planmäßig zu konzentrieren und in Form der Wanderkurse ebenso planmäßig zu dezentralisieren versucht. 5498 Teilnehmer sind durch sie im letzten Jahre gegangen, ein deutlicher Beweis für den Bildungseifer im Proletariat. In diesem Winter wird voraussichtlich die Anstellung weiterer Wanderredner notwendig sein. Es sollen besonders Wanderredner für Geschichte und Naturwissenschaft gewonnen werden. Für das nächste Weihnachtstfest soll ein erheblich erweitertes Verzeichnis von empfehlenswerten Jugendschriften herausgegeben werden mit einem Anhang, das besondere Schriften für die arbeitende Jugend vom 14. bis 18. Lebensjahr aufführt und selbstverständlich auch die parteigenössigen Schriften besonders berücksichtigt. Der Bildungsausschuß bittet die Parteigenossen, in ihrer Heimat zu Weihnacht Jugendschriftenausstellungen zu veranstalten, besonders unter Berücksichtigung auch der bildenden Künste, namentlich des künstlerischen Wandschmucks, der dazu beitragen kann, das Proletariat eher etwas wohllicher und angenehmer zu gestalten. Einige Wochen vor Weihnachten beabsichtigt der Bildungsausschuß gemeinsam mit dem Parteivorstand an die Redaktionen und Verlage der Parteiblätter den Wunsch zu richten, bei ihren Empfehlungen offenbare Schandbücher auszuschießen, was ja eigentlich selbstverständlich wäre, aber leider noch nicht überall geschieht. Das neue Verzeichnis mit seinen 200 Nummern dürfte allen Ansprüchen genügen. In der Bibliothekfrage haben wir die Wahrheit des Dichtervortes an uns erfahren: Leicht beieinander wohnen die Gedanken, doch hart im Raum stoßen sich die Sachen! Die Schaffung der Musterkataloge war eine viel schwierigere Aufgabe als wir vorausgesetzt hatten. Dem kleinen Büchlein, das Ihnen jetzt vorliegt, sehen Sie nicht an, aus welchem dicken Folianten es entstanden ist. Die Schwierigkeit war für uns, Bücher auszuscheiden, um zu den ganz billigen Katalogen zu kommen. Sie sollen das Bibliothekswesen der kleinen Arbeitervereine, der politischen und gewerkschaftlichen, fördern. Nunmehr können wir auch an die Regelung des Wanderbibliothekwesens herantreten. Ueber die Einführungen in Dramen und Opern brauche ich wohl kein Wort weiter zu sagen. Ich spreche nur den Wunsch aus, daß die kleinen Festchen bei Volksvorstellungen recht fleißig benutzt werden mögen.

In zwei Punkten mußte der Bildungsausschuß zu einem negativen Ergebnis kommen: der Herstellung eines Referentenverzeichnis für wissenschaftliche Vorträge und der Schaffung einer Klassikerbibliothek. Geplant ist die Verbreitung eines Flugblattes gegen Scherl's Emporkletterei in Städten, in denen Scherl sich in Arbeiterkreisen einzunisten versucht. Der Schaffung von populär gehaltenen Broschüren elementar einführenden Charakters ist bisher noch nicht nähergetreten worden.

Die Schaffung einer Weltgeschichte, wie sie die „Schwäbische Tagwacht“ angeregt hat, ist ein schöner Gedanke, aber schwer durchführbar. Er wird im Auge behalten werden. Die „Vergiftete Arbeiterstimme“ wünscht vom Bildungsausschuß prägnante Fragestellung bei etwaigen Kontroversen in der Partei. Das wird der Bildungsausschuß aber dankend ablehnen. Die „Bremer Bürgerzeitung“ wünscht eine Verständigung der Wanderredner über ihre Setz-

sätze, um jetzt zutage tretende kleine Differenzen in der Auffassung zu vermeiden. Derartige Konferenzen sind schon ins Auge gefaßt. Was die kritischen Meinungsäußerungen gegen den Bildungsausschuß anlangt, so glaubt Baerer-Harburg, ein Genosse von der alten Garde, der Bildungsausschuß sei überflüssig, auch ohne ihn hätten sich früher tüchtige Kämpfer herangeschult. Das letztere ist richtig, aber neue Verhältnisse brauchen neue Maßnahmen. Südekum hat auf dem Würzburger Gautag der bayerischen Genossen gemeint, der Bildungsausschuß, „wie er sich in Berlin gebildet habe“, sei wenig fruchtbringend. Es komme auf Bodenständigkeit an. Diese Kritik trifft den bestehenden Bildungsausschuß gar nicht. Zunächst hat sich in Berlin gar kein Bildungsausschuß gebildet, sondern der Mannheimer Parteitag hat einen zentralen Bildungsausschuß der Partei Deutschlands eingesetzt. Sodann will der Bildungsausschuß nicht eine Bildung von oben herab, wie Südekum meint, sondern im Gegenteile von unten herauf, wie ein vorurteilsfreier Blick auf seine bisherige Tätigkeit beweist. Der jetzt existierende Bildungsausschuß kann auch gar nicht bodenständig sein, weil es sich für ihn nicht um bodenständige, um preussische oder bayerische Wissenschaft handelt, sondern um die gemeinsamen elementar-theoretischen Grundlagen des Klassenkampfes. Auch die Wanderbibliotheken, die Südekum dankenswerterweise ins Leben gerufen hat, sind nicht bodenständig. Im übrigen entspricht es gerade den Wünschen des zentralen Bildungsausschusses, wenn neben ihm möglichst viele lokale und provinzielle Bildungsausschüsse errichtet werden, die dann nach lokalen und bodenständigen Rücksichten verwaltet werden können.

Auch auf den Artikel „Arbeiterbildung“ in der Begrüßungsnummer der „Fränkischen Tagespost“ muß ich mit einigen Worten eingehen, da er, wenn auch nicht unmittelbar, so doch mit unverkennbarer Absicht seine Spitze gegen den Bildungsausschuß richtet. Beiläufig möchte ich bemerken, daß auch dieser Artikel beweist, wie notwendig die Besprechung und endgültige Beschlußfassung über die Mannheimer Leitsätze, über Volkserziehung ist, damit solche geradezu grotesken Behauptungen in Zukunft nicht mehr möglich sind, wenigstens nicht als sozialdemokratische Auffassungen ins Land hinausgehen können; (Sehr gut!) Behauptungen, die in Einzelheiten den Eindruck machen, als wären sie nur aufgestellt, um zu beweisen, daß man auch geradezu entgegengesetzte Anschauungen als sie bisher in der Partei üblich, mit einem Schwall schöner Worte und mit einem Schein logischer Berechtigung umkleiden kann. (Sehr gut!) Was richtig an dem Artikel ist, das ist die alte Parteianschauung: daß wir nicht Allverweilsbildung zu treiben haben, sondern nur solche Bildung, die den Arbeiter zur Entscheidung über politische und ökonomische Fragen befähigt. Wir wollen dem Artikel auch noch zugestehen, daß eine indifferente Masse, die nicht geschult und zur selbständigen Entscheidung und Verantwortlichkeit erzogen ist, leicht von gewissenlosen Demagogen irreführt werden kann. Aber wie erreichen wir denn diese wünschenswerte Schulung der Masse? In diesem Punkt unterscheide ich mich grundsätzlich von dem Artikelsschreiber. Er spricht es mit dankenswerter Offenheit aus: Wozu Theorie? Wozu Werttheorie? Wozu materialistische Geschichtsauffassung? Die Massen brauchen das nicht zu wissen, nur der Lehrer der Masse. Ich frage zunächst: Warum der Lehrer, wenn er es nicht zu lehren braucht? Vielleicht nur zu seinem Privatvergnügen? Oder um ihm das stolze Bewußtsein zu verschaffen, daß er mehr weiß, als die dumme Masse? Daß er über der Masse steht? Daß er klug genug sein übervolles Herz zu wahren weiß? Und dann: Wer ist denn beim Massenbewußten Proletariat Lehrer und wer ist Schüler? Der Schüler von heute ist Lehrer von morgen. Und mancher Lehrer von heute wäre besser, zum Schüler herabzusteigen und von ihm zu lernen. (Sehr gut!)

In der Parteischule haben mir Lehrer mehr als einmal gesagt, daß sie selbst aus dem Unterricht, aus dem Verkehr mit den Schülern, aus dem proletarischen Empfinden, Denken und unmittelbaren Anschauen der Dinge durch die Arbeiter sehr viel gelernt haben, auch für die Theorie. Und weil ich keine Raste von Lehrern beim Proletariat anerkenne, darum auch nicht den etwas wegwerfend klingenden Begriff „Masse“, für den die Theorie angeblich keinen Wert hat, sondern „höchstens Schaden kann“, wie es in dem Artikel heißt, die nur so ein geistig minderwertiges Leben in der Tiefe unterhalb der „Lehrer“ führt. Wo fängt denn die Masse an? Meint man unter „Masse“ das, was wir Indifferente, Mitläufer nennen? Für die freilich wäre die methodische Unterweisung im theoretischen Sozialismus noch verfrüht oder doch schwer möglich; sie stellt sich auch gar nicht dazu. Für die sind die Wanderkurse und ähnliche Veranstaltungen auch gar nicht bestimmt. Meint man aber unter „Masse“ die Scharen der hunderttausende organisierter Sozialdemokraten, die zehntausende der durch die Wanderkurse erfahrenen Funktionäre und bildungseifrigen Genossen, dann zeugt es von einer im Klassenkampf und unter Partei- und Kampfgenossen ganz unangebrachten Arroganz, wenn der Lehrer hochmütig den besten Teil seines Wissens für sich behält und sagt: Für euch sind einige von mir ad zurechtgemachte Anwendungen der Theorie gut genug, das Geheimnis aber, wie man diese Anwendungen selbst machen kann, behalte ich für mich, das „schadet höchstens“! Auf die Anwendung kommt es gerade an. Es ist bisher sozialistische Anschauung gewesen und wird es hoffentlich auch bleiben, daß die Beherrschung der Theorie des Sozialismus auch allein die Fähigkeit entwickelt, in den tausend Fragen der Praxis den richtigen Weg zu finden. Die sozialistische Theorie ist geradezu ein Kompaß auf dem weiten uferlosen Meere der praktischen Tätigkeit. Wer über sie im Klaren ist, darf sich weit hinauswagen, er wird nie den richtigen Weg verlieren. Wer dagegen die Theorie hochmütig mißachtet, dem fehlt die Richtschnur, der kommt in Gefahr, von Fall zu Fall nach opportunistischen Erwägungen zu handeln. Und wer gar sagt: Ich will ja theoretische Klarheit, aber nur für die Lehrer und Führer, die Masse will ich nur für unmittelbare Aktionen erziehen, für Aktionen, die allerdings nur ich wegen meiner tieferen Einsicht voraussehen und vorbereiten kann, der ist noch nicht frei von der alten bürgerlichen Auffassung, daß die Masse geleitet und geschoben werden muß. Von dieser Auffassung hat sich die deutsche Arbeiterschaft vor 40 Jahren hier in Nürnberg freigemacht. Sie hat sich selbst für mündig erklärt, für fähig, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, sie hat damals ihren bürgerlichen Lehrern den Laufpaß gegeben, und Männer aus der Masse waren es, die entgegen den Mahnungen ihrer bisherigen Lehrer mit stolzer Entschlußkraft und proletarischer Intelligenz die deutsche Arbeiterschaft auf die eigenen Füße gestellt haben. Auf diesen eigenen Füßen ist sie seitdem vortwärtsgeschritten, von Erfolg zu Erfolg. Die proletarische Masse wird sich auch nicht wieder an das Gängelband nehmen lassen. Und das verhindert sie allein dadurch, daß sie die Kenntnis und die Pflege der Theorie nicht ein Monopol der Führer sein oder werden läßt, daß sie wie bisher eine möglichst innige Verbindung von Theorie und Praxis pflegt: daß sie dem Theoretiker nicht die Teilnahme an der praktischen Arbeit erspart, und daß sie dem schlichten Arbeiter nach Möglichkeit einen Einblick in die befreiende Weite unserer sozialistischen Theorie gewährt. In diesem Sinne ist der Bildungsausschuß bisher tätig gewesen. Ich gebe mich der festen Hoffnung hin, daß dieser Parteitag diese Grundzüge der Sozialdemokratie in bezug auf die Bildungsfragen neu befestigen wird und damit der weiteren Tätigkeit des Bildungsausschusses eine klare Richtschnur geben wird. (Lebhafter Beifall.)

Schluß der Vormittags-Sitzung 1 Uhr.

Nachmittags-Sitzung.

Singer eröffnet um 3 Uhr die Sitzung mit der Mitteilung, daß ein Begrüßungsschreiben von der Freien Jugendorganisation aus Altona eingegangen ist.

Der Antrag 7 ist zurückgezogen mit Rücksicht auf die Erklärung des Berichterstatters, daß seine Annahme die Verhandlungen mit den Lokalorganisierten in Solingen erschweren könnte.

Hierauf wird

der Bericht über Kasse und Presse

entgegengenommen.

Kassierer Bericht: Nachdem es in den letzten Jahren fast so aussah, als ob wir mit unseren Parteifinzen dauernd im Zustand der Reichsfinzen bleiben sollten, ist in diesem Jahre eine Besserung insofern eingetreten, als wir wenigstens nicht mit einem Defizit vor den Parteitag treten. Weit her ist es mit dem erzielten Ueberschuß ja gerade auch nicht. Daß wir mit einem Ueberschuß abschließen konnten, verdanken wir in erster Linie unseren Genossen in Hannover, Zwickau und Harburg, die in anerkannter Weise bemüht waren, die Darlehen, die sie für ihre Parteigeschäfte erhalten hatten, möglichst schnell wieder an die Zentralkasse zurückzuzahlen. Im übrigen würde sich unser Abschluß wesentlich besser gestalten, wenn unsere lieben Parteigenossen bei der Berechnung der an die Zentralkasse abzuführenden prozentualen Beiträge nicht immer von einer bedenklichen Schwäche befallen würden, unter deren Einfluß sie sich zugunsten der Lokalkasse und zuungunsten der Zentralkasse verrechnen. (Weiterkeit.) Wertwürdigerweise zeigt sich diese Erscheinung im Osten und Westen, im Norden und Süden bei den ältesten wie den jüngsten Parteiorganisationen in gleicher Maße. So hat, um aus der Menge dieser Fälle nur das nächste Beispiel herauszugreifen, die Organisation des Wahlkreises, in dem wir tagen, sich um 3000 Mk. zu ungunsten der Parteikasse verrechnet. Sie meinte jedenfalls, daß statt der 20 Proz., die sie statutengemäß abzuliefern verpflichtet war, 12 Proz. auch genügen. (Weiterkeit.)

Die genaue Feststellung der Summe, um die die Parteikasse in dieser Weise zu kurz gekommen ist, läßt sich in diesem Jahre noch nicht machen, weil das Geschäftsjahr der Parteikasse mit der Abrechnungszeit der lokalen Organisationen um einen Monat differiert. Die Parteigenossen des Königreichs Preußen ohne Groß-Berlin haben 20 000 Mk. rund an Beiträgen zu wenig abgeliefert, Bayern 9500 Mk. Das Königreich Sachsen hat über den Pflichtteil hinaus 5300 Mk. mehr an die Parteikasse abgeliefert, Württemberg desgleichen 600 Mk. Bezüglich der bairischen Organisation ist leider eine Kontrolle nicht möglich, weil gerade die größte und bei der Berechnung der Beiträge ausschlaggebende Organisation dieses Landes sich dem Berliner Parteivorstand gegenüber Schweigegebot auferlegt hat. (Weiterkeit.) Die betreffenden Parteigenossen meinen wahrscheinlich, der Berliner Parteivorstand kann lange warten, ehe es uns gefällt, ihn in unsere Töpfe gucken zu lassen. (Weiterkeit.) Das Großherzogtum Hessen hat bis auf eine Differenz von 8 Mk. seinen Pflichtteil eingefandt. Von den Kleinstaaten haben Sachsen-Weimar, Sachsen-Meinungen und Reuß ä. L. zusammen 876 Mk. über den Pflichtteil abgeliefert. Die übrigen Kleinstaaten haben zusammen 3500 Mk. zu wenig abgeliefert. Bremen hat bis auf eine kleine Differenz ebenfalls den Pflichtteil eingefandt. Für Südbad ist eine Kontrolle nicht möglich, weil auch diese Genossen Anhänger des Schweigegebots sind. Insgesamt sind mindestens 33 000 Mk. zu wenig an die

Parteikasse abgeliefert worden. An die Spitze aller Leistungen haben sich diesmal unsere Hamburger Parteigenossen gestellt, indem sie das 4½fache des Pflichtteils abgeliefert haben. Sie haben damit sogar noch die Genossen von Groß-Berlin geschlagen, die nur das 2½fache des Pflichtbeitrages abzuliefern vermochten. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß unsere Genossen von Groß-Berlin ganz gewaltige Aufwendungen für die Provinz Brandenburg machen und daß der Landtagswahlkampf des letzten Jahres immense Summen verschlungen hat. Die Genossen der übrigen Organisationen sollten sich jedenfalls Berlin und Hamburg auf diesem Gebiete, soweit es in ihren Kräften steht, zum Muster nehmen, und sich vor allem bei der Abrechnung größerer Korrektheit befleißigen, damit in Zukunft in dieser Beziehung nicht wieder ein Tadel ausgesprochen werden muß.

Die Mitteilungen, die ich nun noch über den Stand der Parteipresse zu machen habe, sind leider nicht enfsert so günstig wie die Angaben, die dem vorigen Parteitag unterbreitet werden konnten. Bei der schweren wirtschaftlichen Krise, unter der die Arbeiterchaft Deutschlands leidet, dürfte es eigentlich nicht überraschen, wenn die Ergebnisse noch viel ungünstiger wären. Im vorigen Jahre konnten wir einen ungewöhnlich hohen Gewinn von 21 917 neuen Abonnenten der Parteipresse konstatieren. In abgelaufenen Jahre hat die Parteipresse in den Verbreitungsbezirken, in denen die Krise noch verhältnismäßig milde eingeseht hat, ebenfalls noch eine Zunahme zu verzeichnen gehabt von insgesamt 45 000 neuen Abonnenten. Dafür haben aber leider eine ganze Reihe anderer Blätter große Verluste an Abonnenten erlitten, so daß insgesamt nur ein Gewinn von 11 582 neuen Abonnenten geblieben ist. Ohne die Abonnenten der „Neuen Zeit“ und ohne die Empfänger der in recht hohen Auflagen hergestellten Monatsblätter, aber einschließlich der Abonnenten der „Gleichheit“ hat die Parteipresse gegenwärtig 1 061 289 Abonnenten gegenüber 1 049 707 im Vorjahre. Wir haben also das Errungene nicht nur festgehalten, sondern noch eine beachtliche Zunahme erzielt. Wenn Tausende von Arbeitern im Berichtsjahre ihr Organ mit schmerzlichen Herzen abbestellt haben, so lag das eben an den wirtschaftlichen Verhältnissen. Wenn das leibliche Brot nicht mehr beschafft, der Hunger der Kinder nicht mehr gestillt werden kann, so muß der Proletarier vorübergehend auf die gewohnte geistige Kost verzichten. — Verhältnismäßig günstig sind die Einnahmen der Parteipresse gewesen. Während im Vorjahre bei einem Zuwachs von über 200 000 neuen Abonnenten und einer Gesamteinnahme von 5 962 270 Mk. aus Abonnementgeldern gegen das vorausgegangene Jahr eine Mehreinnahme von 1 128 810 Mk. konstatiert werden konnte, zeigt das abgelaufene Jahr bei einem Zugang von nur 11 582 neuen Abonnenten eine Einnahme aus Abonnements in Höhe von 6 782 359 Mk. Das bedeutet gegen das Vorjahr ein Mehr von 820 089 Mk. Dies ganz ungewöhnlich günstige Ergebnis läßt sich nur so erklären, daß ein hoher Prozentsatz der im Vorjahre gewonnenen neuen Abonnenten nicht bereits ein ganzes Jahr zahlende Abonnenten gewesen sind, sondern erst am Ende des Berichtsjahres neu gewonnen wurden. — Gleich günstig sind die Einnahmen aus Inseraten. Im Vorjahre betrug bei einer Gesamteinnahme von 3 466 539 Mk. aus Inseraten die Zunahme gegen das Vorjahr 595 463 Mk. Im abgelaufenen Jahr betrug die Gesamteinnahme aus Inseraten 4 205 322 Mk. Das ist gegen das Vorjahr ein Mehr von 738 783 Mk. Nun ist freilich zu besürchten, daß die wirtschaftliche Krise noch nicht ihren Höhepunkt hat, ihre schlimmsten Wirkungen vielmehr erst noch kommen und auch unsere Presse hart treffen werden. Das müssen wir eben ertragen. Die meisten der Parteio rgane sind glücklicherweise geschäftlich soweit sicher gestellt, daß sie einen Stoh aushalten können und den Schwächeren, noch in der Entwicklung Begriffenen, muß eben mit Mitteln

der Gesamtpartei über die kritische Periode fortgeholfen werden. Die Presse ist unsere wichtigste Waffe im Kampfe gegen den Kapitalismus; für ihre Erhaltung darf kein Opfer zu groß sein. Dann wird der schließliche Erfolg, das verhängt uns die bisherige Entwicklung, sicher nicht ausbleiben. (Bravol)

Den Bericht

ber Kontrollkommission

erstattet **Raden-Dresden**: Die Kontrollkommission hat auch im verflossenen Jahre die ihr zustehenden Arbeiten nach bestem Können erledigt. Sie hat die Prüfung der Geschäfte in Berlin und Stuttgart vorgenommen und alles in bester Ordnung gefunden, so daß ich namens der Kontrollkommission den Parteitag bitte, dem Parteivorstand Decharge zu erteilen. Die uns überwiesenen Beschwerden haben wir einer eingehenden Behandlung unterzogen, um nach bestem Ermessen entscheiden zu können.

Die Kontrollkommission mußte sich auch mit Beschwerden befassen, die nicht in ihr Ressort fielen, die sie aber, um sie zur Erledigung zu bringen, dem Parteivorstand zur Entscheidung überwies. So beschwerte sich Friedrich Höbmann in Riedrat bei Welbert, weil er in den sozialdemokratischen Volksverein in Welbert nicht als Mitglied aufgenommen wurde, obgleich er innerlich schon lange zur Partei gehöre. Er glaubte, die Nichtaufnahme sei erfolgt wegen seines Austritts aus dem Metallarbeiterverband. Wir überwiesen diese Beschwerde dem Parteivorstand zur weiteren Behandlung.

In Hagen hatte ein Schiedsgericht den Genossen Apenborn wegen Beteiligung an einem Werksfächtenklatsch eine Rüge erteilt. Hiegegen wendet sich Genosse Apenborn. Die Kontrollkommission mußte diese Beschwerde zurückweisen, weil das in Frage kommende Schiedsgericht kein solches war, wie es das Organisationsstatut vorschreibt.

Der Genosse Otto Moritz-Hamburg führte Beschwerde über den Parteivorstand. Der Sachverhalt ist folgender:

Vor ungefähr fünf Jahren fand eine Parteiberammlung des 3. Hamburger Wahlkreises statt, worin einige derbe Worte fielen, die zur Klage führten. Genosse Moritz ist nun der Ansicht, daß der Genosse Schmelzmeier die gefallenen Worte nicht richtig wiedergegeben habe und er dadurch im Nachteil gekommen sei. Moritz stellte darauf an den Vorstand des 3. Wahlkreises den Antrag, den Genossen Schmelzmeier aus der Partei auszuschließen. Der Vorstand hat den Antrag Moritz abgelehnt.

Moritz ist nun der Ansicht, sein Antrag hätte vom Vorstand einer der nächsten Mitgliederberausammlungen vorgelegt werden müssen. Da dies nicht erfolgt ist, verlangt Moritz vom Parteivorstand eine Untersuchung der Angelegenheit und die Feststellung des genauen Inhalts der damals gehaltenen Reden. Der Parteivorstand sah sich außerstande, diesem Verlangen nachzukommen und lehnte ebenso das Verlangen der Herausgabe eines von Moritz an den Vorsitzenden des 3. Wahlkreises gerichteten Briefes und die Beschwerde des Genossen Moritz ab. Die Kontrollkommission konnte nach genauer Prüfung des vorgelegten reichlichen Aktenmaterials dem Parteivorstand nur beipflichten und die Beschwerde des Genossen Moritz ablehnen. Die Kontrollkommission möchte deshalb beim Parteitag anregen, ob bei einer eventuellen Revision des Parteistatuts die Frage der Verjährung nicht in Erwägung gezogen werden sollte.

Der Genosse Keiling erregte durch seine Handlungsweise, indem er den Genossen Schaub als Berichterstatter von Büdesheim denunziert hatte, sowie durch seine Teilnahme als Turner an einer Ovation, welche dem Grafen Oriola vor seinem Schlosse gebracht wurde, das Mißtrauen der dortigen Partei-

genossen. Deshalb ist Keiling aus dem Wahlverein des Wahlkreises Friedberg-Büdingen ausgeschlossen worden. Das angerufene Schiedsgericht gab dem Keiling eine scharfe Rüge und hob den Ausschluß aus der Partei auf, schloß Keiling aber aus dem Wahlverein aus. Gegen diesen Schiedspruch wandte sich der Wahlverein mit der Begründung, daß es nicht zweierlei Mitglieder geben könne.

Die Kontrollkommission erachtete die Beschwerde des Wahlvereins für berechtigt, hob den Beschluß des Schiedsgerichts auf und schloß den Keiling aus der Partei aus.

Der Genosse Karl Schröder, Zimmerer in Düsseldorf, wurde wegen Streikbruch (Zusammenarbeiten mit Streikbrechern) aus der Partei ausgeschlossen. Dagegen legte er Berufung ein. Schröder ist Polier, ihm wurde gestattet, bei der Arbeit zu verbleiben, jedoch mit Streikbrechern nicht zusammen zu arbeiten. Dies war jedoch nicht zu verhindern. Schröder erhielt bei seiner Anfrage, wie er sich zu verhalten habe, vom Hauptvorstand in Hamburg keine Auskunft.

Es fehlen im wesentlichen der Wortlaut des Ausschlußantrages sowie die Daten über den Verlauf des Streiks. Bei dieser unklaren Sachlage konnte Streikbruch nicht festgestellt werden, die Kontrollkommission hat deshalb das Urteil des Schiedsgerichts aufgehoben.

Durch Urteil des Schiedsgerichts wurde der Tischlermeister Genosse G. Beege-Berlin aus der Partei ausgeschlossen. Im Vorjahr lief der zwischen dem Holzarbeiterverband und den organisierten Unternehmern abgeschlossene Tarif ab, die Tischler traten in eine Lohnbewegung und erstrebten zugleich eine Verkürzung der Arbeitszeit. Die Unternehmer aber lehnten die Forderungen ab und beschloßen, vor Ablauf des Tarifes die Arbeiter auszusperrn. Beege, welcher dem Verein Berliner Tischlermeister angehörte, sperrte seine Leute ebenfalls aus und erklärte, daß er in ähnlichen Fällen ebenso handeln würde. Die Kontrollkommission konnte sich dem Urteil des Schiedsgerichts nur anschließen.

Martin Szymanski in Jümenau wurde auf Antrag des dortigen Sozialdemokratischen Vereins durch ein Schiedsgericht aus der Partei ausgeschlossen. Er hatte unserem Genossen, der Gemeindevertreter war, Mitteilungen über Lohnkürzungen der städtischen Arbeiter gemacht, und dieser hatte seiner Ansicht nach die Sache im Gemeinderat nicht richtig vertreten und ihn als Gewährensmann genannt. Darüber war Szymanski erbost und verlangte sein Schreiben zurück. Da es ihm nicht wiedergegeben wurde, klagte er auf Herausgabe, wurde aber abgewiesen. Das Schiedsgericht erachtete ihn für unwürdig und sprach ihm die Parteimitgliedschaft ab. Die Kontrollkommission hat dies Urteil aufgehoben.

Die Schriftsetzer Baher und Clauber vom Sonneberger „Volksfreund“ waren mit der Druckerei in Differenzen geraten und entlassen worden. Zu ihrer Rechtfertigung benutzten sie ein bürgerliches Blatt. Das Schiedsgericht erblickte hierin mit 5 gegen 2 Stimmen eine ehrlose Handlung, und mit 4 gegen 3 Stimmen wurde der Ausschluß vollzogen. Die Kontrollkommission konnte auf eine materielle Prüfung des Falles verzichten, da sie dem materiellen Einspruch des Beschwerdeführers über die Befangenheit der Schiedsrichter stattgab. In dem Schiedsgericht haben die drei Kläger bezw. angegriffenen Angeklagten des „Volksfreund“ als Schiedsrichter gesessen. Eine solche Zusammensetzung eines Gerichtshofes widerspricht den elementarsten Grundsätzen einer unbefangenen Rechtsprechung. Die Kontrollkommission hob das Urteil auf.

Der letzte Fall endlich betrifft den Zimmerpolier Rudolf, der des Streichbruchs beschuldigt wurde, da er während eines Streiks der Bauarbeiter Lehrlingsarbeit beaufsichtigt und geleitet hatte. Ein Schiedsgericht lehnte den Antrag auf Ausschluß aus der Partei ab und erteilte Rudolf nur eine Rüge; weil sein Verhalten nicht einwandfrei war. Die Kontrollkommission hat das Urteil aufgehoben, sie erblickte in der Handlungsweise Rudolfs einen Streichbruch und stimmte deshalb dem Ausschlußantrage zu.

Schließlich habe ich noch eine traurige Pflicht zu erfüllen. Auch in diesem Jahre hat der Tod wieder einen treuen Genossen aus den Reihen der Kontrollkommission gerissen, Franz Josef Ehrhart. (Die Mitglieder des Parteitagcs erhoben sich von den Plätzen.) Jahrelang war Ehrhart uns ein treuer Mitarbeiter, wir werden stets in Ehren seiner gedenken. (Beifall.)

Diskussion zum Geschäftsbericht.

Haase-Königsberg beantragt, sämtliche Anträge über die Jugendorganisation (Anträge 28—50 und die auf der Frauenkonferenz dazu gefaßten Leitfäden) einer 17gliedrigen Kommission zu überweisen, deren Bericht an das Plenum dann die Grundlage der Diskussion sein soll. Der Parteisekretär Müller habe der Resolution des Parteivorstandes eine Auslegung gegeben, die vielfach von der sehr vieler Genossen abweiche. Dies erfordere eine genaue Prüfung des Materials und diese sei um so notwendiger wegen des neuen Vereinsgesetzes.

Der Parteitag stimmt dem zu. In die Kommission für die Jugendorganisation werden gewählt: Brandler-Bremen, Dr. Frank-Mannheim, Grünwald-Mühlhausen, Haase-Königsberg, G. Müller-Berlin, Müller-Böln, Ritter-Muppig- Templin, Rudolf-Frankfurt, Sänger-München, Scheib-Leipzig, Robert Schmidt-Berlin, Heinrich Schulz-Berlin, Stolten-Hamburg, Wels-Berlin, Westmeyer-Stuttgart, Klara Zeilin-Stuttgart, Luise Zies-Hamburg.

Singer: Um falsche Auslegungen für die Zukunft zu verhüten, stelle ich fest, daß wenn auch Müller in die Kommission gewählt ist, damit nicht ausgesprochen werden kann, daß der Parteivorstand zur Teilnahme an solchen Kommissionen nur dann berechtigt ist, wenn ausdrücklich eines seiner Mitglieder von dem Parteitag hineingewählt ist. Ich nehme an, daß es Ueberzeugung des Parteitages ist, daß dem Vorstand an sich das Recht zusteht, in solchen Kommissionen die Meinung des Parteivorstandes zu vertreten. (Zustimmung.)

Von den zum Geschäftsbericht vorliegenden Anträgen werden unterstützt: Zum Punkt Bildungsausschuß die Anträge 53 und 54, zur Lokalistenfrage die Anträge 6 und 130; zum Punkt Frauenorganisation, der gesondert diskutiert werden wird, die Anträge 21 bis 24, 125 und 127. Nicht unterstützt werden die Anträge 25 und 52.

Allgemeines, Presse, Bildungsausschuß und Lokalistenfrage.

Reinert-Hannover: In seinem schriftlichen Bericht sagt der Parteivorstand: „Die Kosten für die Agitationskalender wurden wieder für einige Bezirke ganz oder zum Teil von uns getragen, so u. a. für Ost- und Westpreußen, Pommern, Mecklenburg, Posen, Schlessen, Hessen-Nassau, Rheinprovinz.“ Wir haben deshalb auch ein Recht, hier über diese Kalender ein Wort zu reden, und zwar sind ein unerträglicher Mißstand die beigegebenen Inserate. Der vom Parteivorstand herausgegebene ostpreussische Kalender enthält eine Unmasse von Inseraten (Hört! hört!), die allmählich anderen Bezirken angeboten werden, und die bei weiterer Verbreitung ein öffentlicher Skandal für die

Partei zu werden drohen, und die wir auf dem Lande zur Agitation unmöglich verwenden können. Da sind Inserate drinnen: „Wir verschenken 100 000 Musikinstrumente“, das ist schon kein Inserat für den Kalender. Von der Solinger Stahlindustrie: Zu Weihnachten Glockengeläute mit Posaunenchor der Geburt Christi usw. Teilweise sind Inserate aus dem Auslande in dem Kalender enthalten. Inserate, vom Parteivorstand unterföhrt, die in der Parteipresse als Schwindelinserate bezeichnet werden. Dann Kalender mit lauter Inseraten von Gastwirten; das ist doch keine Ausführung der Essener Alkoholresolution; wir wollen doch dem Landarbeiter etwas Gutes bringen, und fällt er nun auf solche ausländische Inserate hinein, so agitieren wir direkt gegen uns.

In diesem Jahre wurde von einem Parteigenossen ein verlockendes Angebot für Inserate gemacht; und es besteht die Gefahr, daß wir allmählich die Kalender so ausstatten, daß sie ihren Zweck vollständig verfehlen. Wir müssen beschließen, daß der Parteivorstand Kalender mit Inseraten nicht unterföhren darf, sonst kommen wir schließlich noch zu Flugblättern mit Inseraten. Wir haben auf früheren Parteitagcn uns mit einem aus dem Brandenburgischen stammenden Antrag beschäftigt, der die Förderung der antimilitaristischen Agitation verlangt. Wie wird diese Idee nun in der Agitation gefördert? In dem Brandenburgischen Kalender, dem Märkischen Landboten von 1908 (Hört! hört!), steht seit gedruckt: Die Schlacht bei Sedan mit Musik, Hurzarufen und Gebet und viele tausend andere Märkische usw. bringen meine sehr laut und beuillich sprechenden Sprechapparate. Ist denn das die Vertretung der Ideen, die man hier so oft gerade aus der Marx-Brandenburg auf dem Parteitag durchzubringen sucht. Da sagt man doch: Genossen! Wir machen antimilitaristische Agitation, aber kauft diese Musikapparate, dann habt ihr die Schlacht bei Sedan mit Gebet und Hurzarufen. (Heiterkeit.) Dieser Zustand der Inserate ist genau so auch im „Wahren Jakob“. Wir sind doch in der Partei so weit, daß wir nicht nötig haben, unsere Agitation uns durch Inserate bezahlen zu lassen. Es ist nötig, daß die Agitationsmittel für die Landbewohner, die wir für uns gewinnen wollen, nicht geschäftlichen Interessen dienen. (Beifall.)

Singer teilt mit, daß der Antrag 23 zurüdgezogen ist.

Gisner-Nürnberg: Der Referent des Bildungsausschusses, Genosse Schulz, hat einige Bemerkungen über die gegenwärtig mit Recht so beliebte „fränkische Tagespost“ gemacht, die mir Anlaß geben, einige sachliche Ausführungen über die Bildungsfrage zu machen. Ich bin in diese Diskussion wider meinen Willen hineingezogen worden. Eine beiläufige Bemerkung in der Nürnberger Parteitagssammlung, in der ich besonders betonte, daß ich nicht der Meinung wäre, daß man einen Antrag über die Parteischule einbringen solle, ist in die Presse gekommen und hat in der Folge zu einer Diskussion Anlaß gegeben. Ich halte die Frage der Parteischule in der Tat noch nicht für reif, glaube aber, daß sie in kurzer Zeit reif werden wird. Bis dahin können wir die eingehende Erörterung dieser Frage vertagen. Ich meine, die Parteischule ist schon heute in einer sehr erfreulichen Umwandlung begriffen. Sie verdankt ihre Entstehung — das wird zwar jetzt gezeugnet, ist aber dennoch wahr — dem Mangel an geistigen Kräften in der Partei. Man hat also durch die Parteischule den Wunsch erfüllen wollen, mehr Redakteure, mehr Arbeitersekretäre usw. zu gewinnen. Im ersten Semester wurde die Sache auch so gemacht. Da hat man die Parteigenossen aus der Arbeit herausgerissen und hat sie in Berlin ausgebildet. Jetzt ist man schon zu einer verständigeren Auffassung gekommen. Jetzt bildet man Parteifunktionäre aus. Man gibt einigen Parteigenossen unter großen Opfern die Möglichkeit, sich ein halbes

Jahre wissenschaftlich unterrichten zu lassen. Dagegen läßt sich im Grunde wenig sagen, wenn die Opfer den Ertrag wert sind. Ich sehe in einer solchen halbjährigen Bildung vor allem den Vorteil, daß eine Anzahl von Parteigenossen Ehrfurcht vor der Wissenschaft erlangen; denn mit dieser Ehrfurcht entwickelt sich auch die geistige Bescheidenheit. Je mehr der Mensch weiß, desto mehr ist er überzeugt, wie wenig er eigentlich weiß. (Sehr richtig!) Ich sehe also in der Parteischule wesentlich den Wert, daß die an ihr unterrichteten Parteigenossen dem häufig herrschenden Mißbrauch nicht verfallen, daß jemand, der ein wissenschaftliches Buch gelesen hat, am Abend sich schon hinsetzt und einen wissenschaftlichen Vortrag hält. (Sehr gut!) Die Parteischule hat den Zweck und nur den Zweck, bei einigen Parteigenossen die Möglichkeit zur Weiterbildung zu geben, und wenn die 30 Parteischüler in jedem Winter Genies gleich Karl Marx wären, so würden sie doch nicht die Möglichkeit haben, als vollendete Lehrer aufzutreten. Ich würde es bedauern, wenn es wahr wäre, was Schulz zu meinen scheint, daß die Parteischule dazu berufen ist, wissenschaftliche Lehrer auf die Provinz loszulassen. Wenn das erreicht wird, dann sollte man diese Schüler, die in einem halben Jahre so glänzende Resultate geben, lieber gleich an der Parteischule zu Lehrern machen. Wenn man liest, daß Parteischüler, die eben ein halbes Jahr Unterricht genossen haben, dann sofort einen Zyklus von 20 und einigen Vorträgen über die Werttheorie halten, so glaube ich, liegt darin nicht die genügende Hochschätzung vor der Schwierigkeit der Wissenschaft und vor allem nicht die genügende Achtung vor dem Lehrerberuf im Proletariat. (Sehr gut!) Ich bin überzeugt, alte Parteigenossen, wie Bebel, Singer, Segitz, die ein mühseliges Leben der wissenschaftlichen Durchbildung hinter sich haben, würden heute nicht den Mut haben, über die schwierigste nationalökonomische Frage vor Arbeitern einen Zyklus von 20 Vorträgen zu halten. Die Parteischule soll Schüler ausbilden, aber zwischen einem Schüler und einem Lehrer ist ein großer Unterschied. Wenn auf der Parteischule Lehrer mit Hohenzollernscher Schnellreife erzeugt werden sollten (Heiterkeit), so bedauere ich die Partei, die von solchen Lehrern unterrichtet werden soll. Das steht in dem ausgezeichneten Artikel, von dem ich wünschte, daß er zur Grundlage der Diskussion überall da gemacht wird, wo Bildungsbestrebungen im Gange sind, den Genosse Maurenbrecher in der „Fränkischen Tagespost“ geschrieben hat. (Lachen.) Man sagt: es gibt eigentlich keinen so großen Unterschied zwischen Lehrern und Schülern. Gewiß, es ist ein altes Wort, daß der Lehrer vom Schüler wie der Schüler vom Lehrer lernt. Aber um Volksschullehrer zu werden, um bloß die Elementarkenntnisse des Lesens und Schreibens den Kindern beizubringen, gehört eine außerordentlich große und umfangreiche Vorbildung. Lehrer, wie wir sie brauchen — ich rede gar nicht davon, ob akademische oder nicht akademische Vorbildung vorhanden ist —, wachsen nicht in einem halben Jahre, sie erwachsen aus einem Leben der Arbeit und nur der Arbeit, sie fallen nicht vom Baum, sie müssen sich entwickeln. Der Genosse Maurenbrecher, der jetzt Lehrer in unserem Bezirk Nordbayern ist, hat die unmaßgebliche Meinung ausgesprochen, daß man in der Massenbildung nicht mit den schwierigsten theoretischen Problemen anfangen soll, sondern von unten einseitlich aufbauen soll. Der Genosse Schulz ist, soviel ich weiß, Lehrer an der Parteischule. Eine der ersten Aufgaben eines Schülers liegt darin, daß er lernt, Gedrucktes und Gelesenes richtig aufzufassen. Wenn man das von einem Schüler verlangt, so meine ich, müßte man es auch von einem Lehrer verlangen. (Sehr gut! und Unruhe.) Es müßte denn sein, daß es umgekehrt, wie Genosse Maurenbrecher meint, Dogma wird, daß zwar der Schüler etwas von materialistischer Geschichtsauffassung und historischer Dialektik wissen muß, aber nicht der Lehrer. Maurenbrecher ist der Meinung,

daß der Schüler anfangen muß mit dem Unterricht in den Tatsachen, mit der Kenntnis der großen Entwicklungslinien der Menschheit, mit der unmittelbaren lebendigen Anschauung. Wenn Sie einmal ältere Programme unserer Arbeiterbildungsschule in Leipzig, zur Zeit als Liebknecht noch Lehrer war, durchsehen, so werden Sie finden, daß er ungefähr dieselben Themata behandelt hat, wie es hier Maurenbrecher für die Massenbildung vorschlägt. Es scheint mir in der Tat eine Gefahr zu sein, daß man mit den schwierigsten theoretischen Problemen anfängt, anstatt erst einmal mit den Stoffen des menschlichen und gesellschaftlichen Lebens zu beginnen. Es ist gewiß viel leichter, gewisse dialektische Formen zu begreifen als die große stoffliche Anhäufung zu beherrschen. (Die Redezeit ist abgelaufen.) Ich muß schließen. Ich will nur noch sagen: es liegt in dem Artikel Maurenbrechers keine Verachtung der Theorie, sondern eine Hochschätzung der Theorie, die darin besteht, daß man es eben nicht für möglich hält, wie Genosse Schulz, von vornherein die große Masse mit den schwierigsten ökonomischen Problemen zu beschäftigen, sondern daß man, wie wir im Gau Nordbayern es tun, einen mächtigen Unterbau elementarer Kenntnisse herstellt und auf deren Grundlage dann die theoretische Weiterbildung vollziehen wollen. (Beifall, Zischen, erneuter Beifall.)

Lehmann-Mannheim vermißt in dem Bericht nähere Angaben über die Verbreitung der Unterhaltungsliteratur der Partei und bedauert, daß die Satire in der Parteipresse zu wenig Beachtung findet. Früher haben wir uns auf mehreren hintereinander folgenden Parteitagungen mit der Zeitschrift „Neue Welt“ beschäftigt und haben allseitig ihren Inhalt kritisiert. Das scheint geholfen zu haben; man scheint heute mit dem Inhalt des Blattes zufrieden zu sein. Vielleicht hilft häufigere Kritik auch beim „Wahren Jakob“. Der „Wahre Jakob“ bietet nach meinem Dafürhalten nicht das, was er bieten sollte. Er wird daher auch in der Parteipresse sehr selten zitiert, viel seltener als Gottlieb im „Tag“ oder der „Simplicissimus“. In der Tat ist er heute mehr ein Familienblatt geworden, er ist nicht das satirische Blatt, das mit scharfer Karikatur die Dinge kennzeichnet. Auch hat man bei den Karikaturen häufig den Eindruck, als habe der Zeichner weder die betreffende Person gesehen noch auch eine halbwegs gute Photographie. In dieser Beziehung könnte besseres geleistet werden.

Stuhls-Hamburg bekräftigt den Antrag 130. Wenn wir mit den lokalen Gewerkschaften fertig werden wollen, müssen wir gegen alle lokalistischen Organisationen Stellung nehmen. In Hamburg gibt es zum Beispiel außer der freien Vereinigung lokalistische Organisationen der Bauhilfsarbeiter und zirka 800 Mitgliedern, der Hausdiener und Kontorboden mit 1400 Mitgliedern und die bekannten Affordmurer mit 400 Mitgliedern. Alle unsere Bemühungen, uns mit ihnen über eine Vereinigung zu verständigen, sind erfolglos geblieben und die Führer der Gewerkschaften werden von diesen mit Schmutz beworfen. Wir müssen auch daran denken, daß Neubildungen lokalistischer Organisationen außerhalb der freien Vereinigung stattfinden können. Auch wenn in Solingen die Verhandlungen zu keinem Erfolge führen, würden die Inserate im Kalender haben die Genossen in Hannover durchaus recht. Arbeiter, die auf solche Inserate hereinkommen und betrogen werden, schieben dann der Sozialdemokratie häufig die Schuld zu. Es trifft auch nicht zu, daß so hohe Einnahmen durch die Annoncen erzielt werden; man vergißt die Satz- und Papierkosten. — Was den Vorstandsbericht im allgemeinen anbetrifft, so habe ich die Beobachtung gemacht, daß das Zusammenarbeiten des Parteivorstandes mit den örtlichen Funktionären ein besseres werden müßte. In

wichtigen Fragen gehen die Informationen vom Parteivorstand oft recht spät ein. Ich erinnere an die Maifeier und auch daran, daß der Organisationsentwurf zur Frauenorganisation uns erst viel später zugeht, als der vertrauliche Entwurf in der „Gleichheit“ veröffentlicht war. Bei wichtigen Fragen sollten zuweilen auch Konferenzen mit den einzelnen Sekretären stattfinden, wie das in der Genossenschaftsbewegung der Fall ist. Wenn in Fragen wie der Maifeier vorher mit den örtlichen Funktionären eine Verständigung stattfindet, wird es viel leichter sein, die Beschlüsse in den örtlichen Organisationen zur Annahme zu bringen. Auch muß der Parteivorstand versuchen, mehr Fühlung mit den örtlichen Organisationen zu bekommen dadurch, daß er mehr an den Provinzkonferenzen und Landesversammlungen teilnimmt, wie es zum Teil ja geschieht. Dann werden Reibereien und Mißverständnisse sich leichter vermeiden lassen. In der Parteipresse werden vielfach Meinungen vertreten, die nur von den Redakteuren ausgehen und sich mit der Meinung der Parteigenossen nicht decken. Auch aus diesem Grunde ist es besser, wenn der Parteivorstand immer in Fühlung mit den örtlichen Organisationen steht.

Rosa Luxemburg-Berlin: Wenn ich das Wort ergreife, so nicht, um gegen die Kritik an der Parteischule zu protestieren, sondern im Gegenteil, um mich zu beklagen über den Mangel einer ernsten sachlichen Kritik. Die Parteischule ist ein neues und sehr wichtiges Institut, das von allen Seiten ernsthaft gewürdigt und kritisiert werden muß. Ich muß selbst bekennen, daß ich von Anfang an der Gründung der Parteischule mit größtem Mißtrauen begegnet bin, einerseits aus angeborenem Konservatismus (Heiterkeit), andererseits, weil ich mir im stillen Kämmerlein meines Herzens sagte, eine Partei, wie die sozialdemokratische, muß ihre Agitation mehr auf eine direkte Massenwirkung einrichten. Meine Tätigkeit an der Parteischule hat diesen Zweifel zu einem großen Teil gehoben. In der Schule selbst, in einem stetigen Kontakt mit den Parteischülern, habe ich gelernt, das neue Institut zu schätzen, und ich kann aus vollster Ueberzeugung sagen: Ich habe das Gefühl, wir haben damit etwas Neues geschaffen, dessen Wirkungen wir noch nicht überblicken können, aber wir haben etwas Gutes damit geschaffen, das der Partei Nutzen und Segen bringen wird. Allerdings ist noch manches zu kritisieren, und es wäre ein Wunder, wenn das nicht der Fall wäre. Wenn ich auch die Anregung auf eine Veränderung in der Auswahl der Schüler ablehne — denn wir haben als Lehrer die Erfahrung gemacht, daß die bisherigen Resultate ausgezeichnet sind, so daß ich mir ein besseres Elitekorps gar nicht wünschen möchte —, so finde ich doch einiges an dem Lehrplan auszusetzen. In dem Lehrplan müßte mit an erster Stelle die Geschichte des internationalen Sozialismus stehen. (Sehr richtig!) Auch die Wanderlehrer des Bildungsausschusses sollten diese Frage mehr würdigen, anstatt sich nur auf nationalökonomische Lehren zu beschränken. Die Geschichte des Sozialismus ist in knapper Form viel leichter darzulegen, ohne daß der Gegenstand darunter leidet, als die Nationalökonomie. Die Geschichte des Sozialismus ist für uns als Kampfpartei die Lebenslehre. Wir empfangen daraus immer neue Anregungen. (Sehr richtig!) Die Schule krankt ferner daran, daß das Verhältnis der Parteioorganisationen zu ihren Schülern nicht das richtige ist; es müßte von Grund aus umgestaltet werden. Es kann jetzt vorkommen, daß Parteioorganisationen Schüler in die Schule schicken, wie den Sündenbock in die Wüste, um sich nachher nicht mehr darum zu kümmern, was aus ihnen wird (Sehr richtig!), ohne ihnen einen genügenden Wirkungskreis zur Verfügung zu stellen. Allerdings besteht auf der anderen Seite auch die Gefahr, daß an die Parteischüler, wenn sie einen Posten haben, gar zu große Anforderungen seitens der Genossen gestellt werden. (Sehr richtig!) Die Genossen werden sagen: Du warst an der Parteischule, nun zeige einmal fründlich

und auf jeder Stelle, was du gelernt hast! Solche Hoffnungen werden die Parteischüler nicht erfüllen können. Wir haben uns bemüht, ihnen von erster bis zu letzter Stunde klarzumachen, daß sie noch kein fertiges Wissen haben, daß sie noch weiterlernen, daß sie ihr ganzes Leben lang lernen müssen. Wenn auch die Parteischüler später Gelegenheit bekommen müssen, das Gelernte nutzbringend zu verwerten, so muß man andererseits doch auch dies berücksichtigen. Also es gibt ernste Gesichtspunkte genug, um die Frage der Parteischule nach allen Seiten hin zu kritisieren. Aber solche Kritik, wie sie Eisner übt, ist nicht angebracht. Eisner hat eine so große Ehrfurcht vor der Wissenschaft, daß mir davor bange wird; ich fürchte, der Wissenschaft im allgemeinen und besonders der sozialistischen Wissenschaft bei Eisner geht es so wie dem armen Klopstock, auf den Lessing die geflügelten Worte sagt:

„Wer wird nicht unsern Klopstock loben?
Doch wird ihn jeder lesen? Nein,
Wir wollen weniger erhoben
Und fleißiger gelesen sein.“

(Heiterkeit.) Ein weiterer Beweis, wie leichtfertig die Kritik von Eisner ist, ist das Beispiel, daß er uns als strahlendes Gegenstück zu der Parteischule entgegengehalten hat den Nürnberger Richter (Heiterkeit), den man sich hier geschaffen hat in Gestalt des Genossen Maurenbrecher. Maurenbrecher soll als einziger Lehrer hier dem Proletariat die gesamte Bildung übermitteln. Sein Glaubensbekenntnis hat er in einem, wie Eisner meint, ausgezeichneten Artikel in der „Fränkischen Tagespost“ niedergelegt, worin es heißt: Wir treiben zubiels Theorie! Muß die Masse die Wertheorie kennen? (Sört! hört!) Muß die Masse wissen, was materialistische Geschichtsauffassung ist? Ich wage die Keckerei und sage: nein! Der Lehrer muß das wissen — um es in der Tasche zu behalten. (Eisner: Nein, das steht nicht da, das haben Sie zugefesselt.) Natürlich, das habe ich zugefesselt. „Aber für die Massenbildung hat das alles direkt keinen Wert, kann höchstens schaden.“ Das habe ich nicht hinzugefügt, das hat Maurenbrecher gesagt. (Sört! hört!) Und weiter sagt er: „Die Theorie ist in ihrer zwar unbeabsichtigten, aber doch sehr häufig vorhandenen Wirkung oft geradezu eine Erödung der Kraft zum Entschluß und zum Handeln.“ Die materialistische Geschichtsauffassung, die 40 Jahre einer glänzenden Entfaltung des Massentampfes in Deutschland und der Welt geschaffen hat, jene Theorie von Marx und Engels, die dem russischen Proletariat vorangeleuchtet hat in der größten Tat des Anfanges des Jahrhunderts, in der russischen Revolution, soll die Kraft zum Entschluß und zum Handeln erlöten! (Sört! hört!) Aber Eisner, Maurenbrecher und andere urteilen nach sich selbst, sie glauben, auf sie wirkt die materialistische Geschichtsauffassung, wie sie sie verstehen, in der Weise, daß sie ihre Tatkraft läßeln, und deshalb wünschen sie, daß auf der Parteischule nicht Theorie, sondern hauptsächlich der Stoff gelehrt wird, die stoffliche Seite des Lebens. Sie haben gar keine Ahnung davon, daß das Proletariat den Stoff aus dem täglichen Leben kennt, das Proletariat kennt „den Stoff“ besser als Eisner. (Lebhafte Zustimmung.) Was der Masse nützt, ist die allgemeine Aufklärung, die Theorie, die uns die Möglichkeit gibt, den Stoff zu systematisieren und zu einer tödlichen Waffe gegen die Gegner zu schmieden. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn mich irgend etwas überzeugt hat von der Notwendigkeit der Parteischule, der Verbreitung des Verständnisses für die sozialistische Theorie in unseren Reihen, so ist es die Kritik von Eisner. (Lebhafte Zustimmung.)

Rnauer-Sonneberg: Die Masse der Parteigenossen, die ja in der Hauptsache eine schlechte Volksschule besucht hat, kann die Erödung der Parteischule

nur mit Freuden begrüßen. Die Kontrollierung der Parteigeschäfte ist sehr notwendig. Daß das Parteiblatt für Königsberg Jahr für Jahr 17 000 Mk. verschlingt, damit kann es nicht so weiter gehen. Die Sonneberger Parteigenossen haben ihre Presse aus eigener Kraft gegründet und erhalten dieselbe auch ohne jeden Zuschuß. — Die Parteipresse muß den Verhältnissen des Bezirks angepaßt werden; die Mittel brauchen wir zur Agitation. In einer großen Reihe von Wahlkreisen fehlt es an den nötigen Mitteln zur Agitation, so unter anderem in Meiningen I. Eine Anzahl Parteigeschäfte müßten wie der „Vorwärts“ ihre Ueberflüsse der Partei zur Verfügung stellen. Was den Bericht der Kontrollkommission anlangt, so darf doch nicht jemand aus formalen Gründen recht bekommen, der absolut im Unrecht ist. Wie darf man zulassen, daß jemand zur bürgerlichen Presse läuft und die eigene Parteipresse herunterreißt.

Braun-Königsberg: Die außerordentlich absprechende Kritik Leinerts am ostpreussischen Kalender, mit dem wir unter den größten Mühen gegen strupellose Gegner und nicht ohne Erfolg seit 10 Jahren arbeiten, hätten wir nicht erwartet, glauben sie auch nicht verdient zu haben. Die Inserate unseres Kalenders geben ihm kein Recht, von einem Skandal für die Partei zu sprechen. Wir haben doch die Inserate nicht aufgenommen, um Musikinstrumente und böhmische Bettfedern zu empfehlen, sondern um dem Parteivorstand die Ertragung der Kosten für den Kalender zu erleichtern und den Kalender selbst möglichst umfangreich zu gestalten. Es leiteten uns dieselben Motive, von denen sich alle Zeitungsoverlage unserer Partei leiten lassen, wenn sie Inserate in ihren Blättern veröffentlichen. Schwindelinserate haben wir stets zurückgewiesen und ich bestreite, daß der von Leinert so unerhört scharf verurteilte Kalender für 1908 solche enthält. Und dann noch eins: Leinert ist bereits seit einem Jahr im Besitz des Kalenders. Riefen die Inserate so gewaltige Entrüstung bei ihm hervor, dann hätte er längst Gelegenheit gehabt, die beim Vorstande oder auch bei mir, bei unserem Zusammensein in Berlin anzubringen. Auch hätte er viel eher Anlaß gehabt, sich über Kalender zu entzweien, die in ihm näher liegenden Bezirken erschienen sind. Jedenfalls muß ich es mit aller Entschiedenheit zurückweisen, wenn eines unserer wirksamsten Agitationsmittel sehr zum Schaden für unsere so schwere Werbearbeit als ein Skandal für die Partei bezeichnet wird. Wir stehen im äußersten Osten auf dem exponiertesten Posten der Partei. Die stetige Abwanderung aus dem Osten nach dem Westen — und das sage ich auch besonders dem Genossen gegenüber, der den hohen Preßauschuh für Königsberg manierte — bringt es mit sich, daß wir fortgesetzt Urboden zu beackern haben, daß die Früchte unserer sozialistischen Saat nicht zum wenigsten erst im Westen aufgehen. Das sollten die Genossen aus dem Westen beachten und uns nicht durch derartige unberechtigte Vorwürfe, wie sie Leinert hier erhoben hat, unsere mühsame und aufopfernde Arbeit erschweren.

Weis-Berlin: Braun hat mir einen Teil meiner Ausführungen gegen Leinert schon vorweg genommen; aber wenn dieser von dem brandenburgischen Kalender sprach, nun, der „Wahre Jakob“ erscheint nicht in Brandenburg und wird wahrscheinlich nicht von Radikalen redigiert. Und da finden Sie ein Rezept für einen schneidigen Schnurstrick für jeden schneidigen Cavalier, Nährpulver gegen Magerkeit und für schöne volle Körperformen. (Heiterkeit.) Also das trifft für den Süden und Norden zu, für radikale und anders redigierte Blätter. Wir können nur auf dem Boden diskutieren, daß man fragt, ob die Inserate überhaupt im Agitationskalender aufgenommen werden sollen oder nicht. Als Vorsitzender der Preßkommission des „Vorwärts“ weiß ich, daß häufig genug Beschwerden kommen, weil dieser oder jener trotz strengster

Prüfung der Inserate sich übervotheilt glaubte. Alle unsittlichen und offenbar schwindelhaften Inserate scheiden wir von vornherein aus. Die Inserate haben dem „Märktischen Landboten“ im letzten Jahr, allerdings einschließlich der Speise, 4300 Mk. Einnahmen gebracht. Wir konnten aber die dreifache Einnahme haben, hätten wir nicht zwei Drittel der angebotenen Inserate zurückgewiesen. Wir nehmen also schon eine Sichtung vor. — Die Anregung möchte ich unterstützen, daß der Parteivorstand öfter mit den Bezirks- und Landeskommissionen zusammentreffe. Dann würden wir Auseinandersetzungen über die Maßfeier usw. hier jedenfalls nicht haben. Daß zur Lokalistenfrage bisher sich wenigstens niemand zum Wort gemeldet hat, begrüße ich, es beweist mir, daß der Parteitag in dieser Frage einig ist und der Resolution des Parteivorstandes einmütig zustimmen wird; auch in der Beurteilung des Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverbandes. Jetzt zeigt sich, wie unberechtigt unsere vorjährige Mäßigung gegenüber der Wiesenthal'schen Organisation war. Wären wir damals dem Wiesenthal gegenüber konsequent vorgegangen, dann wären diese Schweinereien nicht möglich geworden, dieser Verrat, den sie jetzt beim Streik der Kohleleger durch Vermittlung von Streikbrechern gemeinsam mit Lebius, dem gelben Verband und den Hirsch-Dunderthälen begangen haben. Der Allgemeine deutsche Metallarbeiterverband hat jedenfalls für Berlin aufgehört zu existieren, übriggeblieben ist die Streikbrecheragentur Wiesenthal, Lebius und Compagnie, Hauptgeschäft Berlin, Ackerstraße 123. (Zustimmung.)

Singer: Ich wäre am Schluß der Sitzung darauf eingegangen, tue es aber nun schon jetzt. Ich wollte den Parteitag ersuchen, die Akten der Ausschlußsache Wiesenthal, die im vorigen Jahre auf diesen Parteitag verschoben worden ist, der Beschwerdef Kommission zu überweisen, damit dieser Parteitag damit zu Ende kommt. (Zustimmung.)

Grunwald: Vor einigen Tagen erschien in der „Fränkischen Tagespost“ ein Artikel Eisners, der sich mit der Frage der Begriffsbildung beschäftigte. Wenn man mit diesem Artikel seine heutige Rede vergleicht, so muß man sich fragen, ob der Artikel von derselben Person geschrieben worden ist. Denn eine solche begriffsverwirrende Rede, wie sie heute Eisner im Anschluß an eine Art Kritik der Parteischule gehalten hat, wird schwerlich ihresgleichen finden. Da ist es natürlich auch gar kein Wunder, wenn in einer solchen allgemeinen Fassung, die in einzelnen Sätzen alle mögliche Deutung zuläßt, jeder etwas findet, womit er einverstanden sein könnte. Man wird z. B. Eisner gewiß recht geben, daß der Beruf des Lehrers einer der schwersten und verantwortungsvollsten ist, aber dann daraus zu folgern, Arbeitern, die ein halbes Jahr die Parteischule besucht haben, nachdem sie jahre-, vielleicht jahrzehntelang in der praktischen Politik tätig gewesen sind, das Lehren zu unterlagen, ist nur möglich, wenn man alles in einen Topf wirft. Denn diese Arbeiter, die dann von der Parteischule kommen, wollen nicht über alles mögliche und unmögliche unterrichten, den Ehrgeiz haben sie gar nicht, sondern sie wollen über ganz konkrete theoretische und praktische Fragen ihre Bildung weitergeben, nicht Lehrer schlechthin sein. Da schadet es auch gar nichts, und wir sehen es in der Partei wiederholt bewiesen, wenn einmal jemand über ein Thema redet, das seine bescheidenen Kräfte übersteigt. Das Goethe'sche: „So laßt mich scheinen, bis ich werde“ hat einen großen und tief sinnigen Inhalt (sehr richtig!), daß wir in das, was wir uns vornehmen, selbst wenn wir es zunächst nur zu scheinen vermögen, hineinwachsen und es dann auch wirklich werden. Und in diesem Sinne hat es nichts geschadet, daß unter den Tausenden von Arbeitern, die als Lehrer aufgetreten sind, dieser oder jener seine Kräfte überhäuft hat. Und sie alle würden nicht zu ihren Erfolgen kommen,

wenn sie diese allgemeine ästhetisierende Theorie sich zum Vorbild genommen und sich dabei gefürchtet hätten, Dinge zu erörtern, die vielleicht und tatsächlich anderen Klassen, als sehr schwierige, ja als unmöglich zu lösende Probleme scheinen müssen. Indes, ich kann mir vorstellen, daß ästhetische Literaten bürgerlicher Tendenz in Fragen der Werttheorie nicht hineinzuwachsen können; aber Arbeiter, die die Praxis dieser Werttheorie jahrzehntelang am eigenen Leibe gespürt und sich dann theoretisch unterrichtet haben, können durchaus ehrlicher Weise darüber lehren. Noch weiter als Eisner geht ja Maurenbrecher, und der hat nicht nur diesen Artikel in der „Fränkischen Tagespost“, die ja immerhin noch ein Parteiorgan ist (Heiterkeit), geschrieben, sondern auch in der „Hilfe“ noch viel konsequenter und energischer sich ausgelassen über das, was er eigentlich denkt. Und er ist ehrlich und offen genug, daß er in der „Hilfe“ nicht nur mit der gegenwärtigen Praxis des Unterrichts und Lernens ein Ende gemacht haben will, sondern radikal vorgeht und mit den Fundamentalfakten unseres Programms ein Ende gemacht wissen will. In der „Hilfe“ beschränkt er sich nicht mehr darauf, daß die Theorie nicht den Massen gelehrt werden dürfe, sondern er verlangt, daß man diese Theorie überhaupt aufgeben soll, also auch für die Lehrer. (Hört, hört!) Er schreibt: „Die Frage, ob es überhaupt möglich sein wird, jemals eine Produktionsordnung zu finden, die allen Menschen das volle und glückliche Leben als Kulturmenschen ermöglicht, ist mit Mitteln geschichtlicher und psychologischer Erfahrung nicht zu erledigen.“ (Hört, hört!) Das heißt also mit anderen Worten, das, was wir in der Praxis durch den täglichen Kampf um die politische Macht erreichen wollen, ist eine Sache, die durch die geschichtlichen und psychologischen Erfahrungen nicht zu erledigen ist. Das heißt nicht nur die Theorie aufgeben, sondern auch den ganzen geschichtlichen praktischen Kampf einfach für unmöglich, erfolglos, ziellos erklären. Wer das haben will, der mag zu allem anderen gut sein, aber zu einem Lehrer des Klassenbewußten Proletariats scheint er mir der möglichst ungeeignete Mann zu sein. (Lebhafter Beifall.)

Verten-Düsseldorf: Die Düsseldorf-Parteiengenossen sind sehr unzufrieden gewesen mit dem Beschluß der Kontrollkommission, den Ausschluß Schröbers aufzuheben. Was ich aber besonders rügen muß, das ist, daß die Kontrollkommission es nicht für notwendig gehalten hat, irgendeine Begründung an die Parteiorganisation zu schicken. — Die Parteischüler sind doch zum allergrößten Teil Genossen, die schon jahrelang in der Arbeiterbewegung tätig sind und deren Grundbegriffe schon längst erfaßt haben und nur noch eine systematische Ausbildung erhalten. Der Vergleich mit dem Volksschullehrer, der erst ein paar Jahre studieren muß, zeigt eine Art bürgerlicher Auffassung der ganzen Angelegenheit. Wenn Eisner die Werttheorie eine sehr schwierige Frage nennt, so hat er ganz gewiß recht, mancher lernt es sein Leben lang nicht. (Heiterkeit.) Als Genossin Luxemburg von dem Wirkungskreis sprach, der den Schülern der Parteischule eröffnet werden müsse, rief Eisner: Sehr richtig! Nun, in Hof hat man in diesem Frühjahr einen Redakteur gesucht, ein Hofer Genosse war im letzten Kursus einer der beschäftigten Parteischüler und hat sich gemeldet. Und was taten die Genossen von Hof? Sie stellten einen Parteiengenossen an, der kurz vorher noch der nationalliberalen Partei angehörte. (Hört, hört!) Lassen Sie den Beschluß, daß die Parteischule weiter ausgebildet wird; Mängel sind selbstverständlich vorhanden.

Inzwischen ist ein Antrag 131 Wies-Bremen eingegangen.

Wies-Bremen: Die Beweise liegen vor, daß es den Kritikern der Parteischule nicht auf Verbesserung, sondern auf Beseitigung des Instituts ankommt. Eisner ist ja offen genug, das in seinem Artikel in der „Tagespost“ zuzugeben.

Eisner findet hier Elitezuchtung, während er wohlwollend für eine Massenbildung der Partei eintritt. Der Artikel Maurenbrechers zeigt, wie sich diese Leute die Massenbildung denken: In der Vermittlung von zusammenhängenden Tatsachen! Sie wollen eine willenlose Masse, die sie gängeln können, die nicht in der Lage ist, sich den Zusammenhang der geschichtlichen Tatsachen zu erklären. Die Partei hat alle Ursache, denjenigen Leuten, die seit einigen Jahren systematisch versuchen, die Arbeiter von dem zielklaren Wege abzuweisen, sie auf Wege zu verleiten, die nicht zur Eroberung der politischen Macht führen, sondern lediglich dazu dienen, einzelnen rechtsstehenden Sozialdemokraten und linksstehenden Liberalen die Masse für ihre sozialreformerischen Bestrebungen. — Ich kenne viele Parteiengenossen, die nicht die Parteischule besucht haben und doch Vorträge über die Werttheorie halten. (Heiterkeit.) Welcher Vorwurf soll also darin liegen, daß ein Genosse aus der Parteischule 26 Vorträge darüber gehalten hat? Er hat die Vorträge gehalten, um im kleinen Kreise intelligenter Genossen sich selbst fortzubilden. (Sehr richtig!) Wir haben alle Ursache, das zu fördern. Der Ausdruck „Elitebildung“ ist demagogisch. Wir können dies Institut nur begründen; wir wollen es nicht nur erhalten, sondern in sachgemäßer Weise ausbauen und erweitern. Ich denke es mir so, daß etwa ein dreimonatiger Sommerkursus außer dem halbjährigen Winterkursus eingeführt wird, um damit den Genossen, die zum Teil die Parteischule schon besucht haben oder geistig auf hoher Marke stehen, die Möglichkeit zu weiterer systematischer Fortbildung zu geben. Wir haben alle Ursache zu einem Votum des Parteitag, das der Befriedigung über die Parteischule Ausdruck gibt. Das Wohlwollen der Genossen, die fortgesetzt Unterminierungsarbeiten leisten, für die Massenbildung ist sehr durchsichtig: ihnen kommt es nicht auf die Art des Unterrichts, sondern auf den Inhalt dessen an, was in der Parteischule gelehrt wird. (Beifall.)

Eisner-Nürnberg: „Die Arbeiter selbst, wenn sie . . . die Arbeit aufgeben und Literaten von Profession werden, stiften stets „theoretisch“ Unheil an und sind stets bereit, sich an Wirrköpfe aus der angeblich „gelehrten“ Klasse anzuschließen.“ Das hat nicht der Genosse Maurenbrecher geschrieben, sondern Karl Marx. (Hört, hört!) Ich halte dies Zitat für sehr übertrieben. Marx goß da seinen Kerger über den einstigen Berliner Parteiengenossen Most aus; aber alles, was Maurenbrecher geschrieben hat, reicht bei weitem nicht an diese schwere Beurteilung der Arbeiter heran, daß sie überhaupt nicht einmal die Möglichkeit haben, Theoretiker zu werden. Wie gesagt, ich halte diesen Satz für übertrieben. Ich bin der Meinung, daß jeder normale und gesunde Mensch die Fähigkeit hat, alle Fragen der Menschheit mit einiger Mühe zu verstehen. Aber es handelt sich gar nicht um die psychologischen Erwägungen, die die Genossin Luxemburg und Genosse Grünwald angestellt haben, daß die Arbeiter wegen ihrer proletarischen Klassenlage in die Probleme der Werttheorie leichter eingeführt werden können als bürgerliche Gelehrte — wie Karl Marx. Wogegen ich mich gewendet habe, ist lediglich der Anspruch, daß ein halbes Jahr durchgebildete Genossen sofort als Lehrer auftreten. Sie haben hier Parteischüler gehört, deren Argumente darin bestehen, daß Parteiengenossen, die es wagen, über die Parteischule anderer Meinung zu sein, nicht mehr zur Partei gehören. (Zuruf: Hat niemand gesagt!) Das hat mein Korredner in seinen Schlussausführungen sehr deutlich gesagt. Wenn das die Erziehung ist, dann wäre allerdings mein Mißtrauen bedeutend verschärft worden. Ich halte es durchaus für nützlich, wenn Parteifunktionären die Möglichkeit gegeben wird, ein halbes Jahr sich wissenschaftlich zu betätigen. Ja, ich schließe auch die Redakteure nicht davon aus, und ich persönlich würde großen Wert darauf legen, einmal von den Nürnberger Genossen ein halbes

Jahr beurlaubt zu werden, um zu den Füßen der Genossin Luxemburg neue Wissenschaft zu lernen. (Seiterkeit.) Das würde mir nichts schaden und der Genossin Luxemburg auch nicht. Im übrigen hat sie in der ersten Hälfte ihres Vortrages, worin sie eigentlich gegen mich polemisieren mußte — denn wenn ich etwas sage, muß die Genossin Luxemburg gegen mich polemisieren (Sehr gut! und Lachen) —, hat die Genossin Luxemburg in der ersten Hälfte genau dasselbe gesagt wie ich, nur natürlich viel besser und tiefer als ich. Sie hat genau dasselbe gesagt wie Maurenbrecher (lebhafter Widerspruch und Zustimmung), namentlich daß man in erster Linie Geschichte lehren muß. Es handelt sich nicht darum, ob wir Marxisten sind oder nicht, sondern es handelt sich um die Methode des Unterrichts und vor allem darum, daß wir nicht durch eine Halbbildung einen Anspruch unter gewissen Parteigenossen erzeugen, den kein Parteigenosse der älteren Schule bisher erhoben hat. Es ist eine neue Mode, nicht eine alte Mode, daß Parteischüler mit diesem Plomb auftreten und dann, mit der Fülle der Wissenschaft des Jahrhunderts ausgerüstet, als ob jeder von ihnen ein Karl Marx oder ein Lassalle wäre, gegen andere polemisieren. (Anruhe.) Bescheidenheit ist der Anfang der Bildung. (Zuruf: Wie lange ist Maurenbrecher Genosse?) Maurenbrecher ist zwar noch nicht sehr lange Genosse, aber er hat sich schon jahrelang wissenschaftlich betätigt. Man spricht von einem Münberger Trichter. Nürnberg und der Gau Nordbavarn ist gegenwärtig in der Lage, am meisten für die Volksbildung zu tun, denn auch in Berlin haben es die Parteigenossen noch nicht dazu gebracht, die Wissenschaft so hoch zu schätzen, daß sie einen Lehrer im Hauptamt anstellen, der nichts weiter tut, als die Genossen zu unterrichten. Maurenbrecher ist bei uns auch keineswegs der einzige Lehrer, er ist nur gewissermaßen als Zentrum der Bildungsbestrebungen gedacht. Hier bei uns ist der einzige Versuch gemacht, wirklich systematisch von unten heraus in einem bestimmten Bezirk wissenschaftliche Bildung zu verbreiten. Auch mein Kollege Weill hält Vorträge; ich fordere Frau Luxemburg auf, auch mal zu meinen Füßen zu hören: ich habe den Ehrgeiz, wenn mir meine Zeit es gestattet, die nötigen Vorbereitungen zu treffen, vier Vorträge über Karl Marx zu halten. Sie können versichert sein, daß ich über nichts spreche, was ich nicht vorher gearbeitet habe. Ich pflege mich zu allen meinen Vorträgen gründlich vorzubereiten. Mehr als je ist es heute notwendig, den Massen einmal elementare Bildung einheitlich beizubringen. Wer wie ich gesehen hat, daß die Bildungsbestrebungen der Massen daran scheitern, daß ihnen die einfachsten Begriffe und Worte fehlen, der wird mir beipflichten. Ich habe nichts gegen die Parteischule, sofern der Parteivorstand gleichzeitig die Mittel aufbringen kann, dies Problem der Massenbildung zu lösen. Dann mag die Parteischule nebenher existieren und sich vergrößern. Unsere heutigen Arbeiter haben es viel schwerer als die Führer, die die Partei groß gemacht haben. Unsere Führer haben mit den einfachsten theoretischen Erörterungen angefangen, mit den großen allgemeinen Gesichtspunkten. Heute ist die Partei nicht mehr eine wissenschaftliche Gruppe, sondern eine große politische Partei. Jedes Zeitungsblatt, das heute hinausgeht, enthält eine solche Fülle von Stoff, daß ich behaupte, daß kein Blatt von den großen Massen vollständig verstanden werden kann. Das liegt nicht daran, daß die Massen heute dümmer geworden sind, sondern daß die Ansprüche sich außerordentlich gesteigert haben. Ich erinnere mich eines wunderschönen Aufsatzes von Mollenbuhr, wie er anfang, sich zu bilden, wie er im engeren Kreise Schüler gelesen hat und wie er allmählich erst zehn Minuten reden konnte, dann 15 und 20 Minuten und auch dann noch nicht mit der Wissenschaft des ganzen Jahrhunderts ausgerüstet. Er hält heute noch keine 20 Vorträge über Werttheorie. (Mollenbuhr: Ich habe einen Zyklus

von sechs Vorträgen gehalten.) Wenn Mollenbuhr darüber redet, dann hat er ein Recht dazu, er hat zwar nicht ein halbes Jahr in der Parteischule gebracht, aber sein ganzes Leben dem Studium der Arbeiterbewegung gewidmet. Ich hatte eigentlich die Absicht, Maurenbrecher zu verteidigen, ich verzichtete aber darauf und will nur bemerken, daß mein Vordredner aus dem Artikel von Maurenbrecher etwas ganz Falsches herausgelesen hat. Das beweist, daß die Parteischule allerdings in diesem Falle ihre Zwecke gründlich verfehlt hat, denn der ganze Artikel von Maurenbrecher läuft doch darauf hinaus, die Massen nicht zur wehrlosen Herde zu machen, sondern im Gegenteil die Menschen denkfähig zu machen und sie zu selbständigem Handeln und kräftigem Willen zu erziehen.

Wagt-Merjeburg tritt dafür ein, daß Genossen, die noch lokalistischen Organisationsansichten anheben, aus der Partei ausgeschlossen werden. Der Teil der Zimmerer der freien Vereinigung, der in den Zentralverband übergetreten ist, besteht gerade aus den Leuten, die immer für die Partei gearbeitet haben, während die, welche bei der freien Vereinigung geblieben sind, nichts für die Partei getan haben. Wohl behauptet die „Einigkeit“ immer, daß 90 Proz. ihrer Anhänger politisch organisiert sind. Es fragt sich aber, welcher politischen Partei sie angehören. Ich bitte den Parteitag, in dieser Sache endlich Schluß zu machen. Wer nicht für uns ist, der ist wider uns. (Bravo!)

Leinert-Hannover: Wels hat mir gegenüber darauf hingewiesen, daß mit den Inseraten 4300 Mk. eingenommen worden sind. Dabei sind aber die Kosten des Drucks und Papiers nicht berechnet. Ich mußte diese Sache hier zur Sprache bringen, nachdem uns in Hannover ein Zirkular zugeschickt war von demjenigen, der die Inserate in alle Kalender bringen will. Es galt zu verhüten, daß die Inseratenplage allgemein in Deutschland Eingang findet. Bei den Kalendern, denen der Parteivorstand Zuschüsse gibt, können wir wohl eine Kontrolle über die Reinheit der Agitation verlangen. Daß ich mit meinen Ausführungen die radikale Richtung habe treffen wollen, ist schon deshalb ausgeschlossen, weil ich mich ja auch mit derselben Schärfe gegen die Annoncen im „Wahren Jakob“ gewendet habe.

Klara Zettin: Ich möchte einige Ergänzungen zu dem anführen, was unsere Genossin Luxemburg betreffs der Notwendigkeit gesagt hat, die Geschichte des Sozialismus sowohl dem Bildungsstoff der Parteischule hinzuzufügen, wie auch dem Bildungsstoff, der durch die Wanderturse des Bildungsausschusses vermittelt wird. Der Bildungsausschuß stimmt durchaus dem Gedankengange zu, den Genossin Luxemburg in dieser Beziehung entwickelt hat. Er hat auch bereits alle einleitenden Schritte getan, damit die Wanderturse nach dieser Richtung hin ausgebaut werden. Das kann aber nicht eher geschehen, als die Kräfte vorhanden sind, die dem Bildungsausschuß eine gewisse Garantie dafür bieten, daß die Geschichte des Sozialismus auch in einem wirklich gründlichen und befruchtenden Sinne vorgetragen wird. Es handelt sich um Kurse, die vorbereitet werden müssen. Ich bin aber überzeugt, es wird gar nicht lange anstehen, bis durch die Wanderturse die sehr berechtigten Anforderungen unserer Genossin Luxemburg erfüllt werden. — Ich möchte dann einiges erwidern auf die Ausführungen Eisners. Eisner hat für die Bildungsbestrebungen die Lösung ausgegeben: Zurück auf die Methoden, auf die Art und Weise der theoretischen Bildung, wie sie in den Anfängen der sozialistischen Arbeiterbewegung praktiziert worden ist, und er hat als muster-gültig auf den Entwicklungsgang Mollenbuhrs hingewiesen. Genossen, wenn wir auf die als Muster aufgestellten Bildungsmethoden und den entsprechenden Bildungsinhalt zurückgreifen wollten, so würden wir die 40 Jahre der theoretischen Entwicklung, die seitdem verfloßen sind, aus der Geschichte der

Partei streichen. Wir haben aber nicht 40 Jahre umsonst gearbeitet, sind nicht 40 Jahre lang umsonst mit der sozialistischen Erkenntnis unter die Massen gegangen. Es ist jetzt eine ganz andere geistige und sittliche Atmosphäre, ein ganz anderer Boden der Auffassung bei den Arbeitern vorhanden als vor 40 Jahren, und wir können deshalb auch einen weit höheren, theoretisch geklärten Bildungstoff durchdringen, zusammenfassen und den Massen übermitteln, als es in jenen Zeiten geschehen ist. Die Massen bringen heutzutage für die sozialistische Erkenntnis und Theorie eine ganz andere psychologische Disposition mit als in den Zeiten, wo es galt, in geistiger Beziehung die Arbeiterbewegung erst von der bürgerlichen Ideologie überhaupt loszutrennen. Genosse Eisner hat sich entschieden dagegen verwahrt, daß die Parteischüler hinausgehen unter die Masse, um zu lehren, nachdem sie durchaus nicht fertig gelernt haben, sondern erst die tiefste nachhaltigste Anregung erhalten, um weiterzulernen. Aber wie liegen die Verhältnisse in der Partei, in den Gewerkschaften? Die Proletarier können nur arbeitend, können nur wirkend etwas werden, nach dem pädagogischen Grundsatz, daß Lehrend gelernt werden muß. Das gilt auch für die Parteischüler. Um diesen Grundsatz in seiner ganzen Tragweite verwirklichen zu können, müssen sie meiner Ansicht nach ein Wirkungsfeld haben, sich arbeitend, lehrend betätigen, nachdem sie die Parteischule verlassen haben. Rollenbuhr ist gerade ein lebendiges Beispiel dafür, was ein Proletarier lehrend und lernend auch in theoretischer Beziehung werden kann. Er hat den besten Beweis der theoretischen Reife, arbeitet und lehrend als Agitator unter den Massen, als Parlamentarier im Reichstag und im letzten Winter in Berlin erbracht, wo er abwechselnd mit der Genossin Lugeburg die nämlichen theoretischen Probleme wie diese behandelt hat in großen, von Hunderten besuchten Volksversammlungen. — Es ist mit Bezug auf die theoretische Bildung der Genossen von einem Artikel Maurenbrechers in der „Hilfe“ gesprochen worden. Ich muß sagen, ich glaubte zu träumen, als ich davon hörte. Seit wann ist denn der Parteitagtsbeschuß von Dresden außer Kraft gesetzt, daß Sozialdemokraten an gegenrassischen Blättern nicht mitarbeiten sollen über Fragen, die das Lebensinteresse der Bewegung berühren? Gelten Parteitagtsbeschlüsse, die jeden Genossen binden sollen, nicht mehr für den Genossen Maurenbrecher? (Lebhafte Zustimmung.) Ich finde es seinerseits ja ganz begreiflich, daß er die „Hilfe“ für die Veröffentlichung seines Artikels gewählt hat, nach dem alten französischen Sprichwort: „Car on revient toujours à premiers amours“, zu deutsch: „Alte Liebe rostet nicht“. (Große Heiterkeit.) Wenn ich das auch menschlich begreiflich finden kann, so stehe ich doch nicht an zu erklären, daß es meiner Ansicht nach keine ungeeigneterer Tribüne für Erörterungen über unsere Grundsätze geben kann als jenes Blatt, das systematisch, planmäßiger wie jedes andere, darauf ausgeht, die Sozialdemokratie zu forumpieren, auseinander zu loben, auseinander zu beßen, auseinander zu schimpfen. (Lebhafte Sehr richtig!) In diesem Blatt des Bloßfreisinn sollte ein Sozialdemokrat am allerletzten schreiben. (Lebhafte Zustimmung.) In Dresden wurde uns von den Hausgenossen und Hausfreunden bürgerlicher Blätter erklärt, daß das Mitarbeiten von Sozialdemokraten an bürgerlichen Organen vor allem dem Zweck diene, Erkenntnis über das Wesen der sozialistischen Bewegung in bürgerliche Kreise zu tragen. Ist das aber Erkenntnis vom Wesen der sozialistischen Theorie, wenn es in dem Artikel Maurenbrechers heißt, daß die Verwirklichung der sozialistischen Produktionsordnung nicht als Ergebnis der historischen Erfahrung erachtet werden darf, daß er lediglich eine „regulative Idee“, Sache des Glaubens und Hoffens sei. Was heißt das anderes, als daß wir die Auffassung preisgeben, daß der sogenannte sozia-

listische Zukunftsstaat mit geschichtlicher Notwendigkeit kommen muß, als das Resultat der eigengesetzlichen Entwicklung der ganzen Gesellschaft. Was heißt das anderes, um mich populär auszudrücken, als daß der Sozialismus als Wissenschaft zurückgeführt wird nicht nur auf die sozialistischen Utopisten, sondern hinter sie, daß er aus einer wissenschaftlichen Erkenntnis in eine pschafische Glaubensformel verwandelt wird. Ich glaube, es ist unbedingt notwendig, mit aller Schärfe auszusprechen, daß Persönlichkeiten, die in ihrer eigenen theoretischen Reife noch einen derartigen Grad der Unentwickeltheit und Verwirrtheit bekunden, am allerlehten berufen sind, das Proletariat über den Sozialismus zu unterrichten und lehrend und führend voranzugehen. (Stürmische Zustimmung.) Wer eine derartige Auffassung vertritt, die im letzten Grunde ein Faustschlag gegen die klare, festgemurzelte wissenschaftliche Erkenntnis ist, welche die Sozialdemokratie bemüht ist, jeden Augenblick unter die Massen zu tragen und zum Leitstern ihrer Praxis zu machen, sollte erst noch still bescheiden im Kämmerlein der Theorie sitzen bleiben, um dort lernend sich zur Kenntnis der sozialistischen Theorie durchzumauern, ehe er daran geht, die sozialistische Auffassung zu revidieren. (Langer lebhafter Beifall.)

Dr. Lensch-Leipzig: Ich hatte geglaubt, bei dieser Diskussion lediglich mit einer persönlichen Bemerkung davonzukommen; aber die Frage, die jetzt angeschnitten ist, veranlaßt mich doch zu einigen Ausführungen. Zunächst aber muß ich mich mit einer Neuerung des Genossen Müller vom Parteivorstand beschäftigen. Müller hat in seinem Referat einen Witz gemacht, was ihm ja öfter passiert. (Heiterkeit.) Er sagte, die „Leipziger Volkszeitung“ hätte deshalb einen akademisch gebildeten Redakteur gesucht, damit Lensch in der Redaktion einen satisfaktionsfähigen Kollegen hat. Ich muß sagen, der Scharfsinn dieses Witzes hat mich niedergeschmettert. Ich frage Müller, ob er den Witz ganz allein gemacht habe; denn er schien mir so geistreich, daß ich anfangs glaubte, der Witz sei gewissermaßen Kollektivarbeit der geistvollsten unserer Parteigenossen, nämlich des Parteivorstandes. (Heiterkeit.) Aber Müller sagte, daß er ihn ganz allein gemacht habe. Sie sehen daraus, welche strahlende Geistesfadel wir am Parteisekretär Müller besitzen. (Heiterkeit.)

Die Debatte über die Parteischule ist ja in erster Linie von Nürnberg durch Artikel der „Fränkischen Tagespost“ inszeniert. Da besteht allerdings in weiten Parteikreisen der Eindruck, daß die Polemik gegen die Parteischule nicht geführt worden wäre, wenn an Stelle von Lugeburg, Unrow und der übrigen sogenannten Radikalen die sogenannten Revisionisten als Lehrer tätig wären. (Sehr wahr.) In der „Fränkischen Tagespost“ war ja gesagt, daß keineswegs die Absicht bestehe, die Parteischule aufzuheben, man wolle nur die Parteilehrer aus Berlin wegziehen. Das ist nach meiner simplen Auffassung genau das selbe, als wenn man einem Käfer die Beine austreißt, so daß das arme Tier vollständig bewegungslos bleibt. An sich ist es ja schwer, auf die Einwendungen von Eisner einzugehen; nicht etwa, weil sie so außerordentlich treffend und richtig wären, sondern im Gegenteil wegen ihrer Allgemeinheit, so daß man in der Tat nicht weiß, was man gegen solche allgemeine Behauptungen sagen soll. Er fordert uns auf, das Problem der Massenbildung gründlich zu studieren. Dieses Problem ist im Grunde ja nichts anderes als ein Problem des Kapitalismus; und die Grundanschauungen, die er über das Problem der Massenbildung selbst hat, hat er dadurch dokumentiert, daß er den Artikel von Maurenbrecher über das Schellendaus lobte als einen „ausgezeichneten“ Artikel, der der gesamten Debatte als Grundlage dienen sollte.

Genoffin Duzenburg hat Ihnen ja schon einige Blüthen aus diesem Artikel vorgelesen, und Eisner selbst legt Wert darauf, daß möglichst viel daraus vorgelesen wird. Ich will diesen Wunsch als höchlicher Parteigenosse erfüllen. Es heißt da:

„Wer wirklich verstehen will, was Marx uns gebracht hat, muß erstens wissen, was vor ihm da war: also Wilhelm von Humboldt, Hegel, Gerbinus, Panke, um nur die Deutschen zu nennen. Und er muß zweitens wissen, was seitdem von anderen gedacht und geleistet wurde. Eine einfach erklärende Lektüre der betreffenden Marx'schen Stellen führt wahrhaftig nicht zu ihrem wirklichen, d. h. zu ihrem sie richtig begrenzenden und einordnenden Verständnis. Und mit der Wertlehre ist es nicht anders. Ihr müßt mindestens Thomas von Aquino, Ricardo, Marx und Böhm-Bawerk kennen, ehe Ihr über Werttheorie reden wollt.“

Thomas von Aquino ist ein seit mehreren Jahrhunderten verfallener Heiliger der katholischen Kirche. (Weiterkeit.) Man kann also nach den Anschauungen von Maurenbrecher und Eisner, der sich mit ihm solidarisch erklärt, über die Werttheorie nicht sprechen, wenn man nicht weiß, was der heilige Thomas von Aquino dazu sagt. (Weiterkeit.) Nun wurde der Name Molkenbuhr in die Debatte geworfen. Und Molkenbuhr gestand uns ja, daß er nicht nur einen, sondern sogar 6 Vorträge über die Werttheorie gehalten hat. Aber ich frage ihn, ob er denn auch vorher den Thomas von Aquino gelesen hat. (Große Weiterkeit. Weibel ruft: Den haben wir alle nicht gelesen. — Pfannkuch: Aber Trohne hat ihn gelesen. — Weiterkeit.) Ja, dann versteht Ihr ja alle nichts von der Werttheorie. (Erneute Weiterkeit.) Aber über diese Anschauung ließe sich reden, wenn Maurenbrecher sie wirklich konsequent und jedesmal vertreten würde. Wenn Sie aber mal die Vorrede zu seinem Buch über die Hohenzollernlegende zur Hand nehmen, dann finden Sie darin eine höchst merkwürdige Auseinandersetzung; er sagt, er habe leider nicht Zeit gehabt, sich intensiv mit dem Thema zu beschäftigen; wer von seiner Arbeit als politischer Schriftsteller leben will, der muß eine hurtige Feder haben, der kann nicht solche Studien treiben, wie es sonst notwendig wäre. (Hört! hört!) Dieses Wort von der gründlichen Durchbildung erinnert mich an den bekannten Witz von Boerne, daß der Deutsche, wenn er sich einen Fleck aus dem Rock reiben will, vorher erst Chemie studiert. (Sehr gut!) Hiernach müßte man erst vorher Thomas von Aquino lesen, ehe man über die Marx'sche Werttheorie spricht. Die Mitarbeit von Maurenbrecher an der „Gilde“ erscheint in merkwürdigem Lichte, wenn man sich darauf besinnt, daß Raumann Maurenbrecher, als er zur Partei übertrat, mit den Worten geleitete: Gehe hin und wirke im Sinne des Nationalsozialismus. (Hört! hört!) Genau so, wie Maurenbrecher sich in diesem Artikel ausgesprochen hat, über den Unterschied zwischen den Elitensachen und den Parteigenossen, die zu dumm sind, um die Werttheorie und den historischen Materialismus oder, wie Eisner sagen würde, die historische Dialektik zu begreifen, genau so hat Professor Sohn sich in früheren Jahrgängen der „Gilde“ ausgesprochen: „Was ist die Masse? Die Masse ist die zum Leiden geborene Herde, keineswegs das wirkliche Volk, sie ist das Unvoll, und nur die wenigen, die aus der Masse hervorrage, sind diejenigen, auf die es in der Weltgeschichte ankommt.“ Sohn wurde später den Nationalsozialisten zu reaktionär, und er schwankte in der Tat nach rechts ab, und jetzt haben wir nun die Tatsache zu verzeichnen, daß der Sozialdemokrat Maurenbrecher in dieser Frage dieselbe Anschauung hat.

Diese erheblichen Widersprüche, die in den Ausführungen von Maurenbrecher liegen, müssen natürlich auf irgendeine Weise erklärt werden können. Ich erkläre sie mir dadurch, daß Maurenbrecher als früherer Theologe gewohnt

ist, das Kamel des Glaubens durch das Nadelöhr der Vernunft zu treiben. (Weiterkeit und Beifall.)

Liepmann - Berlin: Eisner hat unter anderem gesagt, es wäre Aufgabe des Parteivorstandes, für einen gründlichen Unterricht der Masse zu sorgen und sie mit einer gründlichen Elementarbildung zu versehen. Ich habe mit meinem untergeordneten Menschenverstande bisher geglaubt, daß das Aufgabe des preussischen Staates oder der anderen Vaterländer sei, die ja auch nicht imstande gewesen sind, die Aufgaben zu lösen, die Eisner kurzerhand dem Parteivorstand zuweist. Vielleicht fassen wir eine Resolution darüber, dann wird es ja gehen. (Weiterkeit.) Das ist ungefähr die Sachkenntnis, mit der man darüber spricht. (Sehr gut!) Eisner hat es wieder für nötig gehalten, den Berlinern einen Stieb zu versehen. Er sagte, die Berliner haben, noch nicht einmal Lehrer angestellt. Ja, das ist ja eben das Unglück, daß man ohne Sachkenntnis über alles mögliche spricht. Die Berliner haben nicht einen Lehrer angestellt, sondern sie haben Hüllen von Vorträgen halten lassen. Wir haben vor 1½ Jahren sogar Eisners Freund, Maurenbrecher, einen Zyklus von historischen Vorträgen halten lassen, so vorurteilslos waren wir. (Hört! hört!) Wir haben auch einen Zyklus von naturwissenschaftlichen Vorträgen veranstaltet, und Molkenbuhr hat einen Zyklus von Vorträgen über Nationalökonomie gehalten. Es tut mir ja leid, daß Molkenbuhr den Thomas von Aquino nicht kennt und nicht so qualifiziert war wie Maurenbrecher. Aber ich kann versichern, daß die 2500 Leute, die den Vorträgen von Frau Duzenburg und Molkenbuhr gelauscht haben, den Sinn dieser Vorträge begriffen haben, davon befriedigt waren und profitierten. Ich erinnere weiter daran, was wir sonst für die Volksbildung tun, wie wir in Berlin die Arbeiterbildungsschule zu fördern suchen. Ich gehe darauf nicht ein, um die Zeit des Parteitages nicht in Anspruch zu nehmen. Das was Eisner hier gegen die Berliner ausgesprochen hat, wenn auch in veredelter Weise, trifft nicht zu. Es ist nicht richtig, daß wir in Berlin nicht genug für die Ausbildung der Massen oder für die Ausbildung des einzelnen getan haben. Wenn man sich hier auf dem deutschen Parteitage hinstellt und es fertig bringt, der größten Organisation im Reich einen solchen Stieb zu versehen, dann sollte man sich doch vorher wenigstens über die Tatsachen informieren. (Sehr gut!)

Brandler - Bremen: Eisner und Maurenbrecher suchen die Parteigenossen systematisch über die Tätigkeit der Parteischnle und der Parteischnler irrezuführen, weil sie sich selbst über die Grundlagen nicht klar sind. Als Beweis möchte ich anführen nur die eine Unklarheit, die darin besteht, daß diese Genossen den Massen eine Unmenge von Einzel-tatsachen beibringen wollen, ohne sie in den Stand zu setzen, diese Tatsachen im richtigen Zusammenhang zu würdigen. Was uns fehlt und was uns die Parteischnle lehren soll, ist die methodische Gedankenarbeit, die es uns ermöglicht, die Gesetze der kapitalistischen Produktion sowie alles geschichtliche Geschehen zu begreifen, um danach unser Handeln einzurichten. Den Genossen aus bürgerlichem Lager mag es an diesen Einzel-tatsachen fehlen, das ist begreiflich, weil sie von einer ganz anderen Seite zu uns kommen. Uns fehlen diese Tatsachen nicht, weil wir sie tagtäglich erleben müssen. Es ist durchaus falsch, zu behaupten, daß die Parteischnler sofort ihr frischerworbenes Wissen über die Werttheorie an die Masse hängen. Sie suchen sich durch Vorträge im kleinen Kreise, so ist es wenigstens bei uns in Bremen, die erforderliche Klarheit zu verschaffen und die Diskussion bewegt sich in kleinem, begrenztem Rahmen. Es ist die reine Demagogie, wenn Eisner und Maurenbrecher behaupten, daß die große Masse in die theoretischen Grundlagen des Sozialismus eingeführt wird. Es ist

ebenfalls Demagogie, wenn sie so tun, als handle es sich bei den Parteischülern um Leute, die sich früher gar nicht mit Programm und Theorie des Sozialismus beschäftigt hätten. Die Parteigenossen halten sorgfältige Auswahl und schicken nur die tüchtigsten unter sich auf die Parteischule, die jahres- und jahrzehntelang, jedenfalls viel länger als Maurenbrecher, für die Partei gearbeitet haben, damit sie ihre Erfahrungen dort sichten lernen. Die Agitation Eisners und Maurenbrechers läuft nur darauf hinaus, die Parteischule zu beseitigen, und zwar von hinten herzu, da sie nichts Kräftiges gegen sie einwenden können. Gerade Leute, wie Maurenbrecher einschließlich Eisner, sind die ungeeignetsten Lehrer des Proletariats. (Sehr gut!) Das lehrt uns auch, bei der Wahl der Lehrer vorsichtig zu sein und nicht Leute damit zu betrauen, die die Verimpfung und Gehirnverkleisterung systematisch betreiben. (Sehr gut!)

Damit schließt die Diskussion über diesen Punkt.

Der Bericht der

Mandatsprüfungskommission

wird entgegengenommen; ihn erstattet

Wolbersky-Berlin: Der Parteitag ist besucht von 312 Delegierten, dazu kommen: von Mitgliedern des Parteivorstandes 9, von der Kontrollkommission acht, vom Bildungsausschuß einer, 27 Reichstagsabgeordnete, je ein Vertreter der „Neuen Zeit“ und der „Vorwärts“-Redaktion, außerdem 10 auswärtige Gäste. Im ganzen sind also 369 Parteigenossen anwesend. Beanstandungen und Proteste lagen uns nicht vor, deshalb beantragen wir sämtliche Mandate für gültig zu erklären.

Das Wort wird nicht verlangt. Sämtliche Mandate werden für gültig erklärt.

Eine Reihe Zuschriften sind eingegangen. Darunter Begrüßungsschreiben der Partie socialiste revolutionaire russe und der sozialdemokratischen Partei Schwedens.

Die Weiterbehandlungen werden auf Dienstag 9 Uhr vertagt.
Schluß 7 Uhr

Zweiter Verhandlungstag.

Dienstag, den 15. September 1908 — Vormittags-Sitzung.

Singer eröffnet die Sitzung 8¼ Uhr mit der Mitteilung von Begrüßungsschreiben. Es ist eine längere Erklärung des Genossen Maurenbrecher eingegangen:

„Verhindert, persönlich in die Debatten des Parteitags eingzugreifen, kann ich zu einigen in der gestrigen Sitzung gegen mich gerichteten Angriffen nur diese Erklärung abgeben. Der Artikel in der national-sozialen „Hilfe“, den Grundwald und Frau Zetkin erwähnten, trägt die Überschrift: *M a r x o b e r K a n t*? Er ward, wie aus den ersten Sätzen des Artikels zu sehen ist, auf Aufforderung des Herausgebers der „Hilfe“ geschrieben und setzt sich mit der Forderung auseinander, die Sozialdemokratie solle in ihrer theoretischen Grundlegung auf Kant statt auf Marx zurückgehen. Diese Forderung lehnt er ab und gibt die Gründe an, warum nach meiner wissenschaftlichen Ueberzeugung ein Zurückgehen auf Kant heute unmöglich ist. Der Artikel ist wissenschaftlich gehalten, erscheint in einem Blatte mit zum guten Teil wissenschaftlich gebildeten Leserkreis, bemüht sich, das Recht der sozialdemokratischen Methode gegen einen Univeritätsprofessor zu erweisen, ent-

hält nicht eine Silbe, die nicht auch in einem sozialdemokratischen Organ stehen könnte und ist mit vollem Namen und Wohnort unterzeichnet. Er kann also unmöglich unter die bekannte Dresdener Resolution fallen. Der eine Satz, den der Genosse Grundwald aus einem Zusammenhang von sechs Spalten herausgepickt und dann noch herstückelt hat, lautet wörtlich folgenbermaßen:

„Aus einem Problem für die aktuelle Politik wird die Vergesellschaftung der Produktionsmittel auch für die Marginalen immer mehr zur „regulativen Idee“, die einer ganzen Reihe aktueller Probleme Richtung und letztes Ziel setzt. Die Frage, ob es überhaupt möglich sein wird, jemals eine Produktionsordnung zu finden, die allen Menschen das volle und glückliche Leben als Kulturmenschen ermöglicht, ist mit den Mitteln geschichtlicher und psychologischer Erfahrung nicht zu erledigen. Es ist eine Frage des Glaubens und Wollens, des Hoffens und Zielsetzens; die Idee einer solchen Gesellschaftsklasse ist die notwendige Konsequenz (fantisch gesprochen: die transzendente Verantwortung) des Lebensinstinktes einer wach gewordenen Arbeiterklasse.“

Diesen Schluß, der das positive Bekenntnis zum Sozialismus als Ziel unseres Wollens und Handelns enthält, hat der Genosse Grundwald dem Parteitag einfach untergeschlagen. *Mag Maurenbrecher.*

Der Parteitag nimmt von dieser Erklärung Akt, sie geht mit zu Protokoll. Nunmehr beginnt die Diskussion über den gestern zurückgestellten Abschnitt des Geschäftsberichts über die

Frauenorganisation.

v. Elm begründet seinen Antrag 127. Der Antrag des Parteivorstandes ist zu zwingend und trägt den praktischen Bedürfnissen der einzelnen Bezirke im Lande nicht genügend Rechnung. Mein Standpunkt in der Frage der Frauenorganisation ist der des Zusammenwirkens der Frauen und Männer. Die Männer haben dasselbe Interesse an der Betätigung der Frauen wie diese selbst. Gewiß sind besondere Veranstaltungen berechtigt, Einrichtungen von Abenden, um die Frauen praktisch und theoretisch zu schulen, besondere Versammlungen für ihre ganz besonderen Interessen und unter Umständen auch Frauenkonferenzen, nur darf es nicht für alle Orte vorgeschrieben werden; denn unter Umständen ist es nicht durchführbar, und dann entsteht Pant und Streit. Die Frauen sollten den Männern auch etwas Urteil über ihre Bedürfnisse zugestehen, das ist aber nicht der Fall. Der Antrag auf Streichung der besonderen Frauenbildungsvereine aus der Resolution ist auf dem Parteitag der Frauen nur mit 33 gegen 26 Stimmen gefallen. Bezüglich der Delegation von Frauen durch besondere Frauenversammlungen hat man in der Frauenkonferenz gesagt, es sei absolut notwendig, eine Frau mitzudelegieren, weil die Parteitage eine Schule seien, auf welchen die Frauen noch etwas lernen könnten. Das bestritte ich nicht, aber auf den Parteitagen werden unter Umständen Lebensfragen der Partei entschieden; ob da eine Frau delegiert werden soll, das soll man ganz ruhig den Genossen am Ort überlassen. Wenn man von Gleichberechtigung redet, soll man doch endlich damit aufhören, Sonderrechte für die Frauen zu verlangen. (Zustimmung.) Die Frauen verlangen: Kommt den Frauen ganz entgegen, aber gegen uns haben sie immer Mithrauen. Mithrauen schließt ein gedeihliches Zusammenarbeiten aus. Die Frauen verfallen immer wieder in den Fehler, in ganz zwingender Form zu reden. Der Antrag der Frauenkonferenz ist ganz unmöglich annehmbar, da heißt es: Pflicht der Genossen ist es, ihre weiblichen Angehörigen der Partei-

organisation zuzuführen. Als ob die Männer über die Frauen zu kommandieren haben! (Heiterkeit.) Schon um die Frauen nicht zu beleidigen, müssen wir das ablehnen. Wenn es in meinem Antrag heißt, jede Genossin ist verpflichtet, beizutreten, dann genügt das, denn Nichtgenossen können wir auch nicht brauchen. Ganz etwas anderes ist die moralische Pflicht für die Männer, die Frauen zu Genossinnen zu ziehen. Nehmen Sie meinen Antrag an, der ja inhaltlich dasselbe will wie der Antrag 21.

Hoffmann-Berlin zieht den Antrag 22 zurück zugunsten des weitergehenden Antrages 17.

Hipinski-Weipzig: Obwohl ich im Prinzip mit Elm übereinstimme, halte ich den Vorschlag des Parteivorstandes doch für praktischer. Er will ein Provisorium für ein Jahr schaffen, um im nächsten Jahr das Organisationsstatut entsprechend zu ändern. Ich schlage deshalb vor, den Antrag des Vorstandes dahin zu ändern, daß der zweite Satz von Punkt 4 getrichen wird, daß eine Genossin im Vorstand des Vereins sein muß. In den ständlichen Wahlkreisen ist das gar nicht durchführbar, weil keine Leute dafür vorhanden sind; das gibt auch Müller zu, aber dann darf es auch nicht in dem Beschluß eines Parteitages stehen, denn diese Beschlüsse sollen ausgeführt werden. Der Redner begründet die Undurchführbarkeit im einzelnen aus den Verhältnissen des Agitationsbezirks Weipzig, wo in zwei Wahlkreisen mit 800 zerstreuten Ortschaften nur 138 bzw. 119 Frauen organisiert sind. In solchen Wahlkreisen ist der Vorstand auch die Organisationskommission, muß in die einzelnen Orte und Sektionen hineingehen, sich die Nächte um die Ohren schlagen, um die Organisation vorwärts zu bringen. Schon jetzt ist die Arbeitskraft der Vorstandsmitglieder auf das äußerste angespannt, und wird auch ein Mitglied eine Genossin sein, dann werden die anderen Vorstandsmitglieder mehr überbürdet. Man kann doch nicht eine Frau, bloß weil sie Frau ist, in ein Amt hineinwählen, ganz gleich, ob es notwendig ist oder nicht. Wis jetzt war nicht das Geschlecht für die Besetzung eines Postens entscheidend, sondern die Tüchtigkeit, so soll es auch bleiben. Der erste Satz des Punkt 4 genügt vollkommen; er läßt die Möglichkeit offen, daß Genossinnen in den Vorstand eintreten können. Auch die Delegationsform halte ich nicht für glücklich, äußere mich aber jetzt darüber nicht, weil ich annehme, daß die Delegationsfrage auf dem nächsten Parteitag neu geregelt wird. Im Punkt 2 ersuche ich die Worte „der Männer“ zu streichen, da es Vereinsabende der Männer nicht gibt, sondern der Vereinsmitglieder, zu denen auch die Frauen gehören.

Frau Bieh-Gamburg: Ich muß zunächst meiner Verwunderung Ausdruck geben, daß, nachdem die in Frage kommenden Körperschaften zusammengetreten sind, um dem Parteitag einen Organisationsentwurf vorzulegen, uns nun hier ein ganz neuer Organisationsentwurf vorgelegt wird und noch dazu von einem Genossen, der an den Beratungen unserer Frauenkonferenz teilgenommen hat. Sie wissen, daß der Organisationsentwurf zustande gekommen ist zwischen dem Parteivorstand, den Vertretern der Berliner Organisationen und einer Anzahl Genossinnen. Ich habe es ja verstanden, daß Genosse v. Elm auf unserer Konferenz Änderungsanträge gestellt hat; ich verstehe es aber nicht, daß uns nun ein ganz neuer Entwurf vorgelegt wird. (Widerspruch.) Gewiß erkenne ich das formale Recht an, aber ich finde die Praxis merkwürdig, daß damit die Grundlage der Diskussion verschoben wird. — Man sagt nun gegen unseren Entwurf, es sei in ihm überall ein Zwang ausgedrückt. In einem Organisationsentwurf aber muß doch auch genau bestimmt werden: das muß so sein. Man wendet ein, es seien nicht überall unter den Frauen die gesigneten Kräfte vorhanden, die in den Vorstand gewählt werden können. Wo

nichts ist, hat der Kaiser sein Recht verloren. Wir haben doch aber auch in unserem Organisationsstatut für die Gesamtpartei ausgesprochen, daß die Grundlage für die politische Organisation die Kreisorganisation ist. Ja, wo in einem Kreise keine Genossen sind, können wir auch keine Kreisorganisation schaffen, und doch ist die Bestimmung notwendig, um eine Grundlage für die Organisierung zu schaffen. Und so werden auch hier die Grundlagen gegeben für das, was ist und angestrebt werden soll. Bisher hatten weibliche Vertrauenspersonen die Agitation unter dem weiblichen Proletariat zu entfalten. Wir wollen das historisch Gewordene entsprechend den neuen Verhältnissen umwandeln, an Stelle der weiblichen Vertrauensperson soll das weibliche Mitglied in den Vorstand treten. Der Name und die Stellung wird ein anderer, aber die Funktion bleibt dieselbe. Der einzige Unterschied ist, daß die weibliche Vertrauensperson aus eigener Initiative gearbeitet hat, während das weibliche Vorstandsmitglied in Übereinstimmung mit dem gesamten Vorstand zu handeln hat. Wie kann man da von einem Sonderrecht für die Frauen sprechen. Es kommt nur darauf an, mit Rücksicht auf die Eigenart des weiblichen Charakters in der Agitation die Frauen bei ihren Interessen zu packen, indem man einmal ihr Interesse als Mutter, das andere Mal ihr Interesse als Erwerbstätige, als Hausfrau usw. weckt. Kein Ehrenamt, sondern eine ernste Arbeitspflicht soll dieser Posten der Frau im Vorstande sein. Unser Antrag ist gestellt, weil wir wissen, daß die männlichen Mitglieder im Vorstand ohnehin mit Arbeit überlastet sind. Wir wünschen eine geachtete Arbeitsteilung, wie sie schon bisher durch die Anstellung der weiblichen Vertrauenspersonen bestand. Die besonderen weiblichen Zusammenkünfte sollen besonders dem Zweck dienen, das weibliche Proletariat nicht nur zu zahlenden Mitgliedern zu machen, sondern auch zu aufgestärkten, überzeugten, grundsätzlich gefestigten Sozialdemokraten.

In die Bezirksabende der Männer können die Frauen in den meisten Fällen nicht kommen, weil sie nicht nur als Hausfrauen und Erwerbstätige mit Arbeiten überlastet sind, sondern noch daneben ihre Mutterpflichten zu erfüllen haben, und zwar gerade in der Zeit, wo die Frau am regsamsten, am elastischsten ist. Wir wollen verhüten, daß der Mann allein geistig emporsteigt und die Frau geistig stehen bleibt oder immer tiefer sinkt. Elm meinte, diese Zusammenkünfte könnten zu Streitigkeiten führen, die der Parteibewegung eher schaden wie nützen; so wären das eben Kinderkrankheiten, die schließlich die Frauenbewegung überwinden muß, wie sie auch die Parteibewegung überwunden hat, leider noch nicht überall. Ihr wißt doch aus eigener Erfahrung, daß Ihr Euch oft genug so bei den Köpfen habt, wie es gar nicht schlimmer sein kann, daß Ihr Euch bei Differenzen aufs schärfste und rücksichtsloseste auseinandersetzt. Warum sollen wir denn das nicht? (Große Heiterkeit.) Genosse Elm muß wohl, — wenn er solche Befürchtungen hegt, sehr böse Erfahrungen gemacht haben. (Erneute Heiterkeit.) — Was nun den Passus der Resolution anlangt, daß es Pflicht der Genossen sei, ihre Frauen der weiblichen Organisation zuzuführen, so will ich mich auf den Wortlaut nicht verweisen. Aber ich wundere mich, daß gerade v. Elm Einspruch dagegen erhoben hat. Auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß ist eine Resolution der Tabakarbeiter, also der Kollegen des Genossen v. Elm, angenommen worden, die zum Ausdruck bringt, daß es Pflicht aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist, ihre weiblichen Angehörigen den Gewerkschaften zuzuführen. Dabei ist zum Ausdruck gebracht, daß darunter selbstverständlich nicht zu verstehen ist, daß der Mann der Frau sagt: Du sollst jetzt in den Verein eintreten, sondern man wollte damit den Umstand treffen, daß, wie Elm so hübsch auf der Frauenkonferenz gesagt hat, die Männer oft so maulfaul sind und so wenig für die Aufklärung der Frauen

tun. Das wollen wir auch zum Ausdruck bringen. Wenn aber gegen die Fassung Einspruch erhoben wird und Ihnen meine Interpretation nicht genügt, dann mag eine Umänderung im Wortlaut erfolgen. Dem Sinne nach wollen wir jedoch die Pflicht aussprechen, daß die Männer nicht nur Agitatoren draußen in der Masse sein sollen, sondern auch in ihrem eigenen Heim. — Am wenigsten kann man dagegen einwenden, daß, wenn notwendig, auch in Zukunft Frauenkonferenzen stattfinden. Ueber ihren Zeitpunkt und ihre Tagesordnung wird der Parteivorstand zu bestimmen haben. Ich bin überzeugt, daß sich die Frauenkonferenzen unbedingt als notwendig erweisen werden, weil eine ganze Reihe von Fragen, die die Frauen interessieren, keine gründliche Erörterung auf den ohnehin schon überlasteten Parteitag finden können, z. B. die Fragen des Wöchnerinnen- und Schwangerenschutzes, die Frage der Betätigung der Frauen in den Gemeinden usw. Solche Fragen, Bestimmungen des Programms, sollen dabei in den Vordergrund des Interesses und der Diskussion gestellt werden. Dadurch werden die weiblichen Proletarier selbst Träger dieser Forderungen, und die Forderungen werden zu einem revolutionären Propagandamittel unter den Massen. Just die Genossinnen wünschen ein gezieltes Zusammenarbeiten in Konsequenz der Erkenntnis, daß die Frauenfrage nur ein Teil der großen sozialen Frage ist und nur gemeinsam mit ihr durch den Sieg des Sozialismus gelöst werden kann. (Lebhafter Beifall.)

Hoffmann-Hamburg: Trotz der begeisterten Ausführungen der Genossin Zieh bitte ich Sie, dem Antrag v. Elm ihre Zustimmung zu geben, einmal aus praktischen Gründen, und zweitens, weil ja jetzt die gesetzlichen Schranken gefallen sind, die es den Frauen bisher unmöglich machten, in die einheitliche Parteio rganisation einzutreten. Nach der Auffassung der Parteigenossen und des größten Teils der Genossinnen Hamburgs müssen die Frauen sich jetzt in diesen Rahmen einfügen. (Sehr richtig!) Wir in Hamburg sind den Frauen sehr weit entgegengekommen, bei uns besteht bereits seit Jahren die statutarische Bestimmung, daß dem aus 6 Personen bestehenden Vorstand eine weibliche Person angehören muß, und tatsächlich haben wir seit Jahren in jedem der drei Vorstände eine Frau. Aber was für Hamburg möglich ist, mit seinen nahezu 4000 weiblichen Mitgliedern, ist nicht ohne weiteres für andere kleine Orte möglich. Wir wissen doch, wie schwer es dort oft hält, männliche Vorstände zu bekommen, und noch viel schwerer wird es sein, Frauen für den Vorstand zu gewinnen. Eine solche Zwangsbestimmung, wonach es Pflicht ist, eine Frau in den Vorstand hineinzuwählen, könnte doch niemals durchgeführt werden, und schon aus diesem Grunde empfiehlt es sich, aus einem Statut für die Gesamtpartei das Zwingende zu entfernen und die Hinzuziehung von weiblichen Vorstandsmitgliedern in das Ermessen der Organisationen zu stellen. Ich bin überzeugt, wenn wir agitatorisch fähige Frauen haben, dann werden die Männer das anerkennen und solche Frauen an die Spitze stellen. (Sehr richtig!) Wir haben in Hamburg in einigen Bezirken Frauen als Bezirksführerinnen, die ihre Pflicht tun, und wir sehen, daß die Genossen dort durchaus nicht engherzig sind, wenn auch hier und da mal ein Frauenhasser vorhanden ist, wie es ja umgekehrt auch Frauen gibt, die die Männer absolut nicht haben wollen. (Weiterkeit.) Den Antrag Hamburg ziehe ich zugunsten des Antrags Elm zurück. Die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung von Frauenkonferenzen kann ich trotz der Ausführungen der Genossin Zieh durchaus nicht einsehen; was dort geregelt werden soll, das kann ebensogut auf einem Parteitag geregelt werden; und wenn es einmal notwendig ist, eine besondere Frauenkonferenz anzuberufen, dann wird der Parteivorstand, dem ja ein weibliches Mitglied angehören soll, in der Lage sein, den besonderen Umständen Rechnung zu tragen.

Faberlaub-Barmen: Im Gegensatz zu meinem Vorredner bitte ich Sie, es bei den Vorschlägen des Parteivorstandes zu lassen. Auf die Frage der Delegation gehe ich nicht ein, diese Frage wird ja wohl bei der Aenderung des Organisationsstatuts überhaupt geregelt werden. Insofern ist mir allerdings ein Teil des Antrags Elm sympathisch, als auch ich die Befreiung der Frauenbildungsvereine gewünscht hätte. Wir können aber wohl von der Lokalität der Genossinnen erwarten, daß Neugründungen solcher Vereine in Zukunft unterbleiben. Ganz entschieden möchte ich empfehlen, die Genossinnen selbst wie möglich zur inneren Organisation der Partei heranzuziehen, insbesondere müssen wir strikte verlangen, daß jedem Vorstand mindestens eine Genossin angehört. Wenn man fürchtet, daß keine Genossinnen vorhanden sind, so weise ich darauf hin, daß es wohl nur selten einen Vorstand geben wird, der nur aus befähigten Personen besteht. Ich kann mir sogar denken, daß wir in kleineren Orten keinen Genossen haben, der bereit ist, den Vorsitz zu übernehmen, wohl aber eine Genossin. Es scheint fast so, als ob manche Genossen glauben, daß die Männer an sich geistig höher stehen als die Frauen. Diese Anschauung kann ich nicht teilen.

Antrag 24 wird zurückgezogen.

Schred-Bielefeld: Was Elm gesagt hat, klingt bestechend. Er stellt sich rein auf den Boden des Prinzips der Gleichberechtigung. Aber er sollte doch wissen, daß die Hauptsache ist, eine Absicht möglichst schnell durchzuführen. Und von diesem Standpunkt aus muß er das Abkommen zwischen Parteivorstand und Frauen beurteilen. Der Sinn dieses Abkommens ist, daß die Organisationsarbeiten unter den Frauen, die angesichts der früheren Gesetzgebung unterbleiben mußten, jetzt energisch in die Hand genommen werden. Dazu dient die Bestimmung, daß eine Frau im Vereinsvorstand sitzen muß. Ein neues Arbeitsgebiet ist für die Partei eröffnet, besonders in den kleineren Orten; in den Großstädten und in den Industriezentren suchten und suchten sich die Genossen ja auch schon unter den alten Ausnahmebestimmungen für die Frauen zu helfen. Aber jetzt gilt es, auch in den zurückgebliebenen Gegenden die Frauen heranzuziehen. Und wir kennen ja die Bequemlichkeit und das Ruhebedürfnis so mancher Genossen, die vor den neuen Elementen, vor den Frauen, die neuen Geist hineinbringen, ihre Ruhe haben wollen.

Ganz eng hängt auch die Frage der Jugendorganisation mit der Heranziehung der Frauen und ihrer besonderen Vertretung im Vereinsvorstand zusammen. Ich erwarte von der erstarkten Frauenorganisation im Rahmen der Gesamtpartei auch eine raschere Gewinnung der Jugendlichen. Was nun den Antrag der Frauenkonferenz über die Pflicht der Männer, ihre weiblichen Angehörigen der Partei zuzuführen, anlangt, so hat ja Frau Zieh erklärt, daß man sich nicht auf den Wortlaut versteifen soll. Wenn es hieß, es sei die Pflicht der Männer, ihre weiblichen Angehörigen über die Notwendigkeit der politischen Organisation anzugehören, aufzuklären, dann würde der Antrag einstimmig angenommen werden. Der Beschluß des Gewerkschaftskongresses kann zum Vergleich nicht herangezogen werden. Es ist doch ein Unterschied, ob man von den Männern verlangt, daß sie ihre im Erwerbsleben tätigen weiblichen Angehörigen den Organisationen, die wirtschaftliche Interessen vertreten, zuzuführen haben, oder ob man fordert, daß sie sie in die politischen Organisationen bringen, wo ein politisches Glaubensbekenntnis beim Eintritt verlangt wird. Das neue Abkommen stellt ja offenbar ein Provisorium dar. Sobald die Frauen in den politischen Organisationen sind, werden wir über die Form nicht mehr zu streiten brauchen.

Singer: Die Resolution des Frauentages hat eine Abänderung erfahren, sie lautet jetzt: „... muß es die Aufgabe der Genossen sein,

Ihre weiblichen Angehörigen aufzuklären, damit solche Mitglieder der Partei werden.“

Lipinski-Weipzig: Wenn irgend eine Parteimaßnahme die Mißstimmung der Masse hervorgerufen und die Unklarheit gefördert hat, dann ist es der von den Frauen mit dem Parteivorstand vereinbarte Vorschlag. Ohne der politischen Organisation auch nur das mindeste davon zu sagen, wurden die Vorschläge ausgearbeitet und uns dann als vertraulich ohne jede Begründung zugeschickt. Ohne Zweifel will die Vereinbarung den bisherigen Zustand in Preußen beseitigen; den Ausnahmezustand, daß die Frauen sich nicht organisieren durften, kannten wir in Sachsen nicht. Wir haben daher bereits vor Jahren die Sonderorganisation der Frauen aufgehoben und gemeinsam organisiert, mit dem Erfolg, daß statt früher 200 bis 300 Frauen in Bildungsbereinen, jetzt 4000 organisiert sind. Uns ist der Vorwurf gemacht worden, daß wir die theoretische Aufklärung der Frauen nicht wollten. Das ist nicht wahr. Wir wollen nicht Sonderorganisationen der Frauen neben der Partei. Wir wollen, daß die Einheit der Partei nicht beseitigt, daß sie nicht nach Geschlechtern getrennt wird. Wir wollen, daß alles durch die Parteiorganisation geschieht. Wir wollen gerade einen besseren Ausbau der Organisation zum Nutzen der Frauen. Wir haben bei uns die Frauen nach ihren Wünschen gefragt, sie eingehend geprüft und dann der Parteiverammlung zur Beschlußfassung unterbreitet. Während früher die Frauendelegierte von 15 bis 20 Personen zum Parteitag delegiert wurde, ist die Delegierte jetzt von einer überfüllten Versammlung gewählt worden und sie erhielt so für ihre Ausführungen einen großen Resonanzboden. Aber wir wehren uns dagegen, daß Unmögliches gefordert und vom Parteitag festgelegt wird. Darum bitten wir Sie, unseren Antrag anzunehmen.

Siebert-Altona: Im Interesse der Frauenagitation ist es notwendig, daß eine Frau im Vorstand ist. Elm sagt, Nichtgenossinnen können wir nicht brauchen; nur, er kennt doch unsere Kleinarbeit; wir wenden uns doch an das Proletariat und erziehen es in unserem Verein. Wenn man in Hamburg anerkennt, daß Frauen im Vorstand notwendig sind, so haben die Hamburger keine Veranlassung, das für die anderen Bezirke nur fakultativ zu machen.

Wadwitz-Dresden: Was der Entwurf des Parteivorstandes ausdrückt, haben wir in Dresden in allen drei Kreisen zum Teil gutgeheißen. Was aber bei uns gut und möglich ist, das sollte auch in den anderen Bundesstaaten der Fall sein. Die Resolution v. Elm ist unannehmbar. Ich meine aber, daß die strittigen Punkte in der Resolution des Parteivorstandes und der Berliner Genossinnen herausgegriffen oder gemildert werden können. Wenn man nun heute betont hat, daß die Frauenkonferenzen in Zukunft nicht mehr stattfinden sollen, ja, wie denken Sie sich denn einen Parteitag? Ist doch heute schon der Parteitag sehr mit Arbeit überlastet. Die Frauenkonferenzen haben gezeigt, daß sie von großer Wichtigkeit sind. Und ich frage Sie: haben Sie denn die Augen verbunden, daß Sie nicht die Ministerarbeit der Gegner sehen? Wollen Sie unsere Frauen in den Händen unserer Gegner wissen? Das darf nicht geschehen! Die Parteitage reichen nicht aus, wichtige Frauenfragen zu behandeln, die für die Gesamtbewegung von großem Vorteil sind. Dasselbe gilt von den Diskussionsabenden. Bei uns in Dresden, im 6. Kreis, haben sich Vorstandsmitglieder, die daran Teil genommen haben, anerkennend darüber ausgesprochen. Es ist nicht wahr, wenn man sagt, es seien Sonderbestrebungen der Frauen. Genossin Ziek hat das bereits ausführlich dargelegt. Ich möchte Sie bitten, die Resolution des Genossen v. Elm abzulehnen und die des Parteivorstandes anzunehmen. Sie sind ja ständig in der Lage, uns die Damm-

schrauben anzulegen, wenn Sie glauben, daß unsere Forderungen in den Himmel wachsen.

v. Elm: Genossin Ziek war gütig genug, mir das formale Recht zuzugestehen, gegen die Beschlüsse der Frauenkonferenz einen Antrag einzubringen. Ich sei aber eigentlich verpflichtet, für dieselben einzutreten. Wenn die Frauenkonferenzen sich in der Weise entwickelten, daß in denselben den Delegierten förmlich ein gebundenes Mandat erteilt wird, dann bin ich in Zukunft gegen die Frauenkonferenzen. (Hört! hört!) Frau Ziek ist ja lebhaft erstaunt, daß ich den Mut habe, wider den Stachel zu löden, und hier gegen die Beschlüsse der Frauenkonferenz einen Antrag zu stellen. Was die Bemerkung der Frau Ziek über den Antrag der Tabakarbeiter auf dem Gewerkschaftskongreß anbelangt, so weiß Frau Ziek doch sehr gut, daß ich nicht auf dem Gewerkschaftskongreß anwesend war, also auch nicht verantwortlich gemacht werden kann für die dortigen Anträge und Beschlüsse; aber selbst, wenn die Fassung dieselbe wäre, würde es ganz etwas anderes bedeuten. Bei dem Eintritt in die Partei handelt es sich um ein politisches Glaubensbekenntnis, bei dem Eintritt in die Gewerkschaften lediglich um die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterinnen. Gegenüber dem Genossen Siebert-Altona bemerke ich, in Hamburg haben wir 4000 weibliche Mitglieder, dort können wir sagen, es muß eine Frau die Vertreterin dieser 4000 sein. Aber wie steht es denn in den ländlichen Wahlkreisen? In unserem Wahlkreis haben wir selbst in einer Reihe von Dörfern sozialdemokratische Vereine, denen aber selbstverständlich nur eine kleine Zahl Frauen als Mitglieder angehören, unter denen in der Regel geeignete Personen für einen Vorstandsposten nicht vorhanden sind. Mein Antrag will im übrigen den Frauen inhaltlich ganz dasselbe geben, wie die Frauen es fordern, nur die Form ist gemildert, und damit hatte sich Frau Ziek auf der Frauenkonferenz ausdrücklich einverstanden erklärt und nun redet sie um die Sache herum. Ueber die Delegation zum Parteitag hat sie kein Wort gesagt. In der Frauenkonferenz sagte eine Genossin: Wir Frauen sind geborene Terroristinnen, auf mich haben nun die Zwangsbedingungen der Frauen den Eindruck gemacht (Frau Ziek: Weil ich keine Zeit dazu hatte!), als ob man die ganze Partei unter den Pantoffel der Frau bringen will (Heiterkeit), dagegen haben wir alle Veranlassung, uns zu wehren.

Die Diskussion wird geschlossen.

Frau Ziek (persönlich): Ich habe nicht erklärt: Weil v. Elm an der Frauenkonferenz teilgenommen habe, habe er zwar das formale Recht, Anträge einzubringen, aber eigentlich müßte er für die dort gefaßten Beschlüsse eintreten. Ich habe erklärt: Nachdem der Parteivorstand und die bisherigen Vertreter der Genossinnen selbst einen Organisationsentwurf vorgelegt haben, der auf der Konferenz auch bereits zur Diskussion gestanden hat, halte ich es für eigenartig, wenn er einen ganz neuen Organisationsentwurf einbringt. Ich habe erklärt, ich hätte es verstanden, wenn er es so gemacht hätte, wie auf der Konferenz, daß er Abänderungsanträge einbringt, aber nicht, daß er einen ganz neuen Entwurf einbringt, der eine ganz neue Basis für die Diskussion schafft. Ich erkläre das ausdrücklich, weil v. Elm sonst das weiter gegen die Frauenkonferenz auspielen wird.

Singer: Ehe ich die Schlüßworte erteile, mache ich Mitteilung, daß folgende Erklärung des Genossen Grundwald und der Genossin Zeitlin im Anschluß an die Erklärung Maurendrechers eingegangen ist:

„In der Erklärung des Genossen Maurendrecher, die der Vorsitzende bei Beginn der heutigen Sitzung inhaltlich wiedergab und nach der wir den Artikel des Genossen Maurendrecher in der „Stimme“ veröffentlichen wieder-

gegeben und einen Sachschluß „unterschlagen“ haben sollen, müssen wir unsererseits erklären:

1. Wir hätten mit Vergnügen den Artikel in der „Hilfe“ ganz verlesen, wenn die Redezeit von 10 Minuten nicht von selbst solche Absicht bereitelte.
2. In dem von uns nicht mehr mitverlesenen Sachschluß umschreibt der Verfasser nur, was er vorher schon gesagt hatte und was wörtlich verlesen wurde, daß die Vergesellschaftung der Produktionsmittel nicht eine geschichtliche Notwendigkeit sei, sondern lediglich eine Frage des Glaubens und Hoffens. Damit bleibt der von uns konstatierte unüberbrückbare Gegensatz Maurenbreders zum wissenschaftlichen Sozialismus bestehen.
3. Die „Hilfe“ fällt, wie leicht festgestellt werden kann, durchaus nicht unter die neutralen wissenschaftlichen Organe, an denen nach der Dresdener Resolution unter Umständen Parteigenossen mitarbeiten können. Die „Hilfe“ ist nicht ein Organ wissenschaftlicher Forschung, sondern ein Organ des politischen Kampfes und vertritt die Politik des Blockfreisinn.

Mag Brunwald. Clara Zetkin.“

Auch von dieser Erklärung nimmt der Parteitag Kenntnis; sie geht ebenfalls zu Protokoll.

Hierauf folgen die Schlussworte der Referenten zum Vorstandsbericht.

Parteisekretär Müller (Schlußwort zum Vorstandsbericht): Wesentliche Einwendungen gegen den Vorstandsbericht sind nicht gemacht worden. In der Kalenderfrage ist, wie aus den Ausführungen des Königsberger Genossen hervorgeht, Genosse Leinert doch wohl zu weit gegangen. Der Gesamthalt des Kalenders kann nicht in dem Maße durch die Inserate beeinträchtigt werden, daß man von einem Skandal reden kann. Bereits im vorigen Jahre hat der Parteivorstand über diese Inserate mit den ostpreussischen Genossen korrespondiert. Es ist nicht richtig, daß, weil wir einzelnen Bezirken Zuschüsse geben, wir deshalb den Gesamthalt der Kalender redigieren können; wir bezahlen zwei Bogen dieser Kalender. Im allgemeinen muß allerdings soviel als möglich vermieden werden, unsere Kalender mit derartigen Inseraten zu verquiden. Man soll nicht meinen, daß man dem Parteivorstand durch Aufnahme solcher Inserate Kosten erspart; bei Kalendern von zwei Bogen können wir auf die Inserate ruhig verzichten. Gegenüber dem Genossen Klühs-Magdeburg bemerke ich, daß in Essen ausdrücklich festgelegt wurde, daß zunächst davon abgesehen werden solle, den ausländischen Dienst dem Preßbureau anzugliedern. Prinzipielle Bedenken haben wir dagegen natürlich nicht, sondern es handelt sich um die Kostenfrage. Es muß erst abgewartet werden, wieweit wir die Parteipresse mit höheren Kosten belasten können. Klühs hat weiter gerügt, daß vom Parteitage aus nicht an die Presse Berichte gegeben werden. Ich kann nur bestätigen, daß der Parteivorstand das nicht gewünscht hat. Als das Preßbureau ins Leben gerufen wurde, ist ausdrücklich gesagt worden, daß die bisher bestehenden Bureaus, die sich mit der Abfassung von Leitartikeln, von Parteitageberichten, mit der Kommissionsberichterstattung in den Parlamenten usw. befassen, nicht in das neue Preßbureau aufgehen sollen. Die Sache hat aber auch andere Bedenken. Wir werden zum Beispiel in den nächsten Tagen Debatten über wichtige taktische Fragen haben, und bei der ganzen Zusammensetzung und den Aufgaben des Preßbureaus halte ich es nicht für angängig, daß es über solche taktische Fragen Berichte liefert, da doch solche Berichte immer im gewissen Sinne subjektiv sind. Ich erkenne aber auch die Notwendigkeit gar nicht an. Die Blätter, die in Betracht kommen, sind doch fast

durchweg auf dem Parteitag vertreten, dadurch daß Redakteure anwesend sind, und es ist doch nicht zuviel verlangt, wenn die Redakteure ihrem Blatt über diese Debatten etwas schreiben. (Sehr richtig!) Also zu irgendeiner Verbindung in dieser Beziehung liegt kein Anlaß vor.

Zur Parteischule ist das Wesentliche in der Debatte bereits gesagt worden. Nicht richtig ist, was Eisner sagt, daß zwischen der jetzigen Auswahl der Schüler und der Auswahl im ersten Kursus eine wesentliche Differenz besteht. Wir haben von vornherein ausdrücklich festgelegt, daß Parteifunktionäre in den Kursus aufgenommen werden sollen. Wenn das in dem ersten Kursus nicht gleich in dem Maße der Fall war wie später, so lag das daran, daß uns verhältnismäßig wenig Parteifunktionäre vorgeschlagen worden sind. Gegen den Vorschlag der Genossin Bugenburg, die Geschichte des internationalen Sozialismus in den Lehrplan aufzunehmen, hat der Parteivorstand nichts einzuwenden; das wird jedenfalls bald möglich sein. Davon kann keine Rede sein, daß wir ungeeignetes Schülermaterial bekommen haben. Auch muß ich betonen, daß die Vorträge für die Schüler zu hoch gewesen sind. Ich beziehe mich auf das Protokoll, das wir in jener Schülerkonferenz aufgenommen haben, als die Lehrer nicht dabei waren. Da konnten wir zu unserer Freude feststellen, daß gerade die Vorträge über Nationalökonomie und Theorie des Sozialismus den allergrößten Beifall der gesamten Schüler gefunden haben. Unter diesen Umständen kann man nicht davon sprechen, daß die Parteischüler mit einem unbedingten Stolz erfüllt würden, der nicht im Zusammenhang stehe mit dem, was die Parteischule nach den gegebenen Verhältnissen leisten könne. Es ist immer das Beispiel von den 22 Vorträgen über die Werttheorie angezogen worden. Ich habe noch keine solche 22 Vorträge gehalten, aber ich würde es viel bedenklicher finden, wenn ein Schüler die ganze Werttheorie in einem einzigen Vortrage behandeln würde. Gerade daß er 22 Vorträge gehalten hat, beweist, daß er sich gründlich mit der Sache beschäftigt hat.

Den Antrag, der den Parteivorstand ersucht, eine Erweiterung der Parteischule in Erwägung zu ziehen, glaube ich so deklarieren zu können, daß der Parteivorstand nach wie vor an der Entwicklung der Parteischule das größte Interesse nehmen und daß der Lehrplan erweitert werden soll. In diesem Sinne können wir uns mit dem Antrag einverstanden erklären.

Genosse Stubbe hat gewünscht, daß bei wichtigen, die Partei betreffenden Angelegenheiten in Zukunft die Leiter der Agitationsbezirke zusammenberufen werden sollen, damit sie besser informiert sind.

Ich kann namens des Vorstandes erklären, daß wir gegen diese Anregung durchaus nichts einzuwenden haben, wir haben ja bereits nach der letzten Reichstagswahl eine Konferenz der Bezirkssekretäre abgehalten; wenn das in diesem Geschäftsjahre nicht geschehen ist, so lag das daran, daß wir in der wichtigsten Frage, der Wahlrechtsfrage, die Agitationsleiter für Preußen dreimal in Berlin versammelt hatten. Jedenfalls werden wir alles tun, um eine bessere Fühlung mit den Genossen in den einzelnen Bezirken zu finden. Dadurch, daß wir die Bezirksorganisationen durchgeführt haben, ist heute die Verbindung zwischen Parteivorstand und den einzelnen Wahlkreisen ja nicht mehr so eng wie früher, wo jeder einzelne Wahlkreis direkt mit uns verkehrte. Was den Wunsch betrifft, der Parteivorstand möchte mehr als bisher auf den Provinzialparteitage vertreten sein, so erinnere ich daran, daß wir in den letzten Monaten kaum einen Provinzial- oder Bezirksparteitag haben vorübergehen lassen, auf dem wir nicht vertreten waren.

Einige Worte über die Frauenorganisation. Es ist in der Diskussion nicht genügend darauf hingewiesen, daß unser Vorschlag nur ein Provisorium für ein Jahr sein und daß im nächsten Jahre eine Regelung für die nächste

Zukunft durchgeführt werden soll. Wenn hier so scharf unterschieden wurde zwischen Soll-Vorschriften, Muß-Vorschriften und Kann-Vorschriften, so habe ich ja schon in meinem einleitenden Referat erklärt, daß es doch nur darauf ankommen kann, einen Grundsatz festzulegen, daß aber dieser Grundsatz nur dort reflexlos durchgeführt werden kann, wo die Möglichkeit dazu besteht. Der Satz, daß dem Vorstand mindestens eine weibliche Person angehören muß, hat doch keine so große Bedeutung, solange der erste Satz bestehen bleibt, daß die weiblichen Genossinnen im Verhältnis zu ihrer Zahl vertreten sind. Gegen die Streichung des Wortes „Männer“ im Absatz 2 ist nichts einzuwenden. Wir haben ja heute keine Zahlabende der Männer mehr, sondern zur Teilnahme an den Zahlabenden sind die Frauen ebenso gut verpflichtet wie die Männer, soweit es den Frauen irgend möglich ist. Auch zu einer Aenderung des Delegationsystems liegt in diesem Jahre keine Veranlassung vor, da die Vorschläge ja nur provisorisch sind, ich glaube aber, daß in Zukunft das jetzige System nicht bestehen bleiben kann. Ebensonenig werden wir in Zukunft ganz auf die Frauenkonferenzen verzichten können. Noch einige Bemerkungen über Absatz 6, der von der Mitwirkung der Parteigenossinnen im Parteivorstand handelt. Zunächst eine Berichtigung. Ich sagte in meinem Referat, daß von den Genossinnen für den Parteivorstand Frau Zieg vorgeschlagen ist. Das ist falsch, die Frauenkonferenz hat sich nicht auf eine Person festgelegt, sondern die Genossinnen Zieg und Waader genannt, aber ich wiederhole, daß in bezug auf die Personenfrage der Parteitag unter allen Umständen souverän ist, die Vertreterin der Genossinnen im Vorstand wird durch den Parteitag selbst gewählt. Im Organisationsstatut würde es, wenn diese Aenderung endgültig vorgenommen würde, im Paragraphen 16 lauten:

„Der Parteivorstand besteht aus zwei Vorsitzenden, einem Kassierer, den Schriftführern und drei Beisitzern, unter denen eine Genossin sein muß. Die Vertreterin der Genossinnen im Parteivorstand wählt der Parteitag.“

Ich glaube, daß nach dieser Deklaration die Bestimmung des Absatzes 6 vollständig klar ist. Der von der Frauenkonferenz übermittelte Antrag ist ja geändert worden. Ursprünglich hieß es, daß es Pflicht der Männer ist, ihre weiblichen Angehörigen den Organisationen zuzuführen, während jetzt von einer Verpflichtung der Männer zur Aufklärung der weiblichen Angehörigen gesprochen wird. Das ist überflüssig, denn es ist doch ganz selbstverständlich, daß jeder Genosse verpflichtet ist, seine weiblichen Angehörigen aufzuklären. Ist die Frau infolge solcher Aufklärung aber Genossin geworden, so muß sie der Organisation beitreten. Für selbstverständlich halte ich dies im Interesse der Gesamtpartei, in der in Massen die Männer und Frauen des arbeitenden Volkes vereinigt sein müssen. (Beifall.)

Ebert erhält das Schlußwort über den Teil des Vorstandsberichts, der die Lokalistenfrage behandelt. Ich habe nur einige kurze Bemerkungen zu dem Antrag Hamburg zu machen, der eine Erweiterung unserer Resolution bezweckt. Unsere Resolution war auf die Freie Vereinigung und den Allgemeinen deutschen Metallarbeiterverband zugeschnitten, wir wollten es absichtlich vermeiden, zu generalisieren, weil es sich in diesem Falle um einen wichtigen Beschluß handelt, der für den einzelnen davon Betroffenen von weittragender Bedeutung sein kann. Wenn nun aber in Hamburg die der Freien Vereinigung nicht angehörenden Lokalisten auf ihrem Standpunkt beharren und trotz der von unseren dortigen Genossen geführten Einigungsverhandlungen dem Beschluß des Eisener Parteitages nicht entsprechen wollen, so haben wir keinen Anlaß, dem Antrag der Hamburger Genossen zu widersprechen. Mit aller Bestimmtheit aber muß ich nochmals betonen, daß der so erweiterte Beschluß des Parteitages unter keinen Umständen Anwendung finden kann auf den

Industriearbeiterverband in Solingen. Damit soll diesem Verbanne natürlich nicht für alle Zeiten ein Ausnahmerecht eingeräumt werden, wir wollen damit lediglich verhindern, daß während eingewirkt wird in die dort von uns eingeleiteten Einigungsverhandlungen. Wie lange diese Ausnahmebestimmungen gelten sollen, das möchte ich auch nicht festgelegt sehen. Die neue Parteileitung wird spätestens dem nächsten Parteitag über den Ausgang der Verhandlungen in Solingen berichten, und dann ist der Zeitpunkt gekommen, wo auch hierüber endgültig entschieden werden kann. Ich gebe Stübbe auch recht, wenn er sagt, daß die so erweiterte Resolution auf alle künftigen Neugründungen Anwendung finden soll. Ich kann Sie nur bitten, dem Antrag Hamburg in dem Sinne, wie ich es vorgetragen habe, Ihre Zustimmung zu geben. (Beifall.)

Das Schlußwort für den Bildungsausschuß erhält

Schulz-Berlin: Genossin Luxemburg hat gewünscht, daß der Bildungsausschuß sowohl als auch die Parteischnule das wichtige Gebiet der Geschichte des Sozialismus, besonders des internationalen Sozialismus, mehr berücksichtige. Daß dies Gebiet bisher nicht berücksichtigt worden ist, empfinde ich selbst als schweren Mangel, aber uns wächst kein Kornfeld auf der flachen Hand, wir können nicht die Personen immer so schaffen, wie wir es möchten. Wir werden die Frage im Auge behalten und sobald es uns möglich ist, dem Wunsche Rechnung tragen. Ich muß es aber gleich zurückweisen, als ob das, was die Genossin Luxemburg gewollt hat, daselbe sei, wie das, was Laurenbrecher und Eisner wünschen. Genossin Luxemburg verlangt Geschichte des Sozialismus. Das ist etwas anderes als Geschichte, Geschichte und nochmals Geschichte, etwas ganz anderes wie die von Laurenbrecher verlangten Biographien von Napoleon, Friedrich dem Großen, Bismarck (Lachen) u. a. Diese Art Behandlung der Geschichte führt, wie Laurenbrecher in seinem Artikel selbst durchblicken läßt, sehr leicht zum Heroenkultus (Sehr richtig!), während die Geschichte des Sozialismus mit dieser falschen Heldenberehrung gründlich aufräumt. Gegenüber dem Genossen Eisner bemerke ich, daß es nicht richtig ist, daß die Parteischnule in einer Umwandlung begriffen ist; sie steht auf demselben Boden wie bei ihrer Gründung, nur sind die Umstände, unter denen sie wirkt, etwas andere geworden insofern, als durch die gegenwärtige schwere Krise die Partei und die Gewerkschaften mit der Anstellung von Beamten zurückhalten und infolgedessen eine Anzahl Schüler nicht so schnell in Stellungen gelangen. Im übrigen aber soll durch die Schule doch nicht lediglich für eine spätere Anstellung gesorgt werden, sondern zugleich auch für einen guten Nachwuchs. Eisner hat dann ein großes Wesen gemacht von der Ehrfurcht vor der Wissenschaft und von der Bescheidenheit, die die Parteischnüler angeblich vermissen lassen . . .

Singer: Ich mache den Redner darauf aufmerksam, daß der Bericht über die Parteischnule nicht mehr zur Diskussion steht, sondern nur noch der Bericht über den Bildungsausschuß.

Schulz: Ich habe in meinem Referat Ausführungen gemacht, durch die die Diskussion mit auf dieses Gebiet gelenkt worden ist; ich habe außerdem erklärt, daß ich auf die Parteischnule nicht eingehen würde, mir dies aber für das Schlußwort vorbehalte. Singer hat darauf nichts eingewendet, so daß ich dachte, er würde mir als dem Vertreter des Lehrerkollegiums dies gestatten. Ich bitte den Genossen Singer deshalb hiermit ausdrücklich, meine Ausführungen zuzulassen.

Singer: Ja, bitte sehr, aber nicht im Rahmen langer Ausführungen.

Schulz: Soweit es der Rahmen der Diskussion erforderlich macht. Ich muß mit aller Entschiedenheit Verwahrung dagegen einlegen, als ob die Parteischnule die Schüler zu arroganten, unbescheidenen Menschen macht. Es

ist den Parteischülern bei ihrem Eintritt in die Parteischnle sofort mit allem Nachdruck gesagt worden, daß sich keiner einbilden solle, daß er als fertiger Mann der Wissenschaft die Schule verlasse, sondern daß die Schule nur die Aufgabe habe, den Schülern eine Grundlage zu vermitteln, auf der sie später selbst weiterarbeiten können. Die Parteischnle hat gerade die nötige Bescheidenheit der Schüler vor der Wissenschaft herbeizuführen vermocht, wie ich mehr als einmal aus Ausführungen der Schüler deutlich genug erfahren habe. Allerdings darf man nicht vergessen, daß nicht alles Wissenschaft ist, was sich so nennt und in Form dicker Wälzer vor das Publikum tritt. (Sehr richtig!) So gut Bescheidenheit auf der einen Seite am Platze ist, so wenig angebracht ist Untwürdigkeit vor der bürgerlichen Wissenschaft an sich, die sich oft genug vor feilen Dirne kapitalistischer Interessen herabwürdigt. (Lebh. Zustimmung.) Der Schüler lernt auch leichter und schneller auf der Parteischnle, als die alten Genossen in vielen Jahren haben lernen können, denn die meisten von diesen nutzten sich die Zeit zum Lernen gelegentlich abstecken, sie mußten nachts lernen, wenn Körper und Geist ermüdet waren. Daß sie da in Jahren nicht soviel und so systematisch lernen können, wie ein Parteischnler in einem halben Jahre, der nichts weiter zu tun hat, als zu studieren, das liegt auf der Hand. Eisner hat auf ältere Parteigenossen hingewiesen, und ihren Bildungseifer sehr gerühmt. Auch ich habe die größte Hochachtung vor diesen Parteigenossen, ich habe allerdings gestern vermieden, lebende Führer oder gar solche, die im Saale anwesend sind, zu nennen. Dem Genossen Eisner ist ja auch seine Bezugnahme auf Rollenbuhr nicht gerade gut bekommen. Rollenbuhr paßte in seine Schlußfolgerung nicht hinein. Und Webel erklärte lachend, daß er Thomas von Aquino nicht gelesen habe, wir alle sind aber doch wohl der Meinung, daß er dennoch etwas von der Werttheorie versteht. Ich verrate auch wohl kein Geheimnis, wenn ich sage, daß auch Kautsky dazwischen rief, er habe ebenfalls Thomas von Aquino nicht gelesen, während Kautsky doch sicher auch etwas von der Werttheorie verstehen dürfte. Woher kommt überhaupt diese plöbliche Vorliebe für Thomas von Aquino? Ich habe in einem vielgelesenen Roman von Herman Gesse einiges darüber gelesen, aber Hermann Gesse ist bisher nicht gerade bekannt als Einführer in die Werttheorie. (Weiterleut.) Eisner hat dann mit Begehen ein Zitat aus Marx vorgetragen, das von der Wirksamkeit der Arbeiter spricht, die sich mit der Theorie beschäftigen. Wenn Marx das wirklich in einem Moment der Verärgerung über Most gesagt hat, so steht doch diesem einen Wort die ganze Lebensarbeit von Marx gegenüber und auch die Tatsache, daß Marx selbst vor Arbeitern der Internationale nationale ökonomische Vorträge, Vorträge über die Werttheorie gehalten hat, die Bernstein, wie ich höre, jetzt im Druck herausgibt. Marx muß also doch wohl der Meinung gewesen sein, daß auch Arbeiter für die Theorie Verständnis haben können. Einen Beweis dafür liefern auch zahlreiche jüngere Proletarier und Proletarierinnen, die durch fleißiges Selbststudium mit überraschendem Verständnis in die Theorie des Sozialismus eingedrungen sind. Wenn Eisner gestern gesagt hat, daß Parteischnler hier mit großem Aplomb aufgetreten seien, so erkläre ich, daß ich davon nichts bemerkt habe. Ich habe nur bemerkt, daß zwei Parteischnler hier in temperamentvoller Weise für ihre Schule eingetreten sind. In wissenschaftlicher Beziehung haben die Genossen nicht die geringste Arroganz merken lassen. (Eisner: Aber in unerschütterlichen Angriffen auf Parteigenossen!) Der Zwischenruf Eisners beweist nur, daß wir uns in gewissen Dingen nur noch sehr schwer verständigen können. Daß diese Genossen ihrer Meinung ungeschminkten Ausdruck geben, ist, glaube ich, ihr gutes Recht, das sie auch durch den Besuch der Parteischnle nicht verlernt

haben. (Sehr richtig!) Zum Schluß muß ich noch auf eine persönliche Liebeshwürdigkeit Eisners eingehen, der andeutete, ich hätte jedenfalls den Artikel Maurenbrechers nicht richtig verstanden, der nur verhindern wolle, daß man bei der Massenbildung gleich mit den schwierigsten Problemen beginne. Wenn dem so wäre, dann würde es sich bei dem ganzen Streit lediglich um eine pädagogische Frage handeln. So schlechte Pädagogen sind wir aber doch in der Parteischnle und im Bildungsausschuß auch nicht, daß wir nun gerade gegen eine elementare pädagogische Regel handeln und beim Unterricht mit dem Schwierigsten beginnen. Ein Blick in das Winterprogramm des Bildungsausschusses wird Eisner beweisen, daß dieser pädagogische Elementargrundsaß von uns ebenfalls berücksichtigt wird, und wenn Eisner die Methode unserer Lehrer kennen würde, so würden auch seine letzten Bedenken in pädagogischer Beziehung schwinden. Wenn Eisner ferner das Winterprogramm der Nürnberger Genossen mit unserem vergleicht, so wird er einen geringeren Gegensatz finden, als zwischen dem Nürnberger Programm und der theoretischen Einleitung dazu, die Maurenbrecher geschrieben hat. Maurenbrecher hat eben nicht nur pädagogische Erwägungen im Auge, sondern er will überhaupt von der Theorie für die Massen nichts wissen. Ich fordere jeden, der Augen hat zu lesen, auf, den Artikel nachzulesen, ich beschränke mich auf zwei Zitate: „Wir treiben zuviel Theorie. Muß die Masse die Werttheorie kennen, muß die Masse wissen, was materialistische Geschichtsauffassung ist? Ich wage die Kezerei und sage: Nein! Der Lehrer muß das wissen, und der theoretische Forscher mag darin weitergraben. Aber für die Massenbildung hat das alles direkt keinen Wert, kann höchstens schaden.“ (Hört! hört!) Und an einer anderen Stelle heißt es:

„Was wir für die Masse der Parteigenossen brauchen, ist nicht die „Theorie des Sozialismus“ oder „die Lehre unserer Meister“ . . .“

(Eisner: In Gänsefüßchen!) — Nur so schlimmer, wenn man die Lehren der Meister nur noch in Gänsefüßchen setzt —

„sondern es sind die Tatsachen, auf Grund deren sie Entschlüsse zu fassen gezwungen sind.“ (Eisner: Selbst denken lernen!) —

Wenn Worte noch einen Sinn haben, heißt das: Fort mit aller sozialistischen Theorie und dafür, wie es in der letzten Spalte heißt: Geschichte, Geschichte, Geschichte! Unter Geschichte werden einige Thematata genannt: „Geschichte der französischen Revolution“ — gegen die wir ja nichts haben — „des Jahres 1848, der preußischen Konfliktzeit, der politischen Parteien“, und dann die Biographien von großen Männern. Da heißt es:

„Vassalle steht uns da am nächsten; aber warum nicht auch Napoleon, Friedrich der Große, Bismarck, Disraeli und andere.“

Nichts aber steht darin von den Grundsaßen, die für uns im Bildungsausschuß maßgebend sind, deren Uebermittlung uns als das Wichtigste erscheint. Eisner brauchte ferner die etwas unklare Wendung von der elementaren Bildung als dem notwendigen Erfordernis. Nebenlich hat er sich auch auf dem Würzburger Gautag ausgesprochen, wo er sagte:

„Wenn dem Volke nur die bürgerliche Bildung von uns beigebracht wird, die ihm die staatlichen Schulen nicht geben, so ist schon viel erreicht.“

(Eisner: Sehr richtig!)

Wenn wir das ganz milde auslegen, so heißt das, daß unsere Bildungsarbeit die Fälligung der Tatsachen, wie sie auf der Volksschnle geübt wird, richtigzustellen hat. Das ist natürlich notwendig. Damit aber kommen wir lediglich zur Maurenbrecherschen Tatsachenübermittlung. Es fehlt aber alles, was wir von der eigentlichen proletarischen Bildung verlangen, die proletarische Weltanschauung, es fehlt der wissenschaftliche Sozialismus, die

richtunggebende Theorie, die Methode der materialistischen Geschichtsauffassung. Und damit fehlt das Wichtigste. Dann geraten wir in Gefahr, zu der alten bürgerlichen Bildungsschmpelei zurückzugehen, zu jener Anschauung, die auch aus dem Spruche, den ich hier oben sehr hervorzuheben scheint: „Je gebildeter ein Volk, desto freier.“ Ähnlich heißt es in dem bekannten Wort von Büchse: „Vollbildung ist Volksbefreiung“, oder wie Schmoller sagt: „Die sozialen Gegensätze sind im letzten Ende doch nur Bildungsgegenstände.“ (Eisner: Oder wie Liebknecht gesagt hat: Wissen ist Macht!) Wir können die Befreiung des Proletariats nicht durch die Bildung schlechthin erreichen, sondern wir können die Befreiung des Volkes aus ökonomischer und politischer Entrechtung nur beschleunigen, je konsequenter wir uns auf die besondere Arbeiterbildung beschränken, auf jene Arbeiterbildung, die von der sozialistischen Theorie, von der Werttheorie, vom historischen Materialismus getragen und durchleuchtet wird, die sich als einzigen Zweck stellt, die Schlagkraft, die Aktionsfähigkeit, besonders aber auch die Zielfähigkeit des Proletariats im Klassenkampf zu erhöhen, um durch den kühnen und möglichst energisch geführten Klassenkampf halbmöglichst die Freiheit für das Proletariat und damit für die Menschheit überhaupt zu erobern. Und nach der ökonomischen und politischen Befreiung die Bildung im weiteren Sinne und darum: nicht Volksbildung ist Volksbefreiung, sondern: durch Volksbefreiung zur Volksbildung! (Lebhafter Beifall.)

Gerisch (Schlußwort zu Rasse und Presse): Der Kassierer kann erfreulicherweise im Schlußwort kurz sein. (Heiterkeit.) Der Gerechtigkeit halber stelle ich fest, daß die Nürnberger Parteigenossen, die ich gestern als Beispiel angeführt habe, nicht ganz so schuldig sind, wie es nach den gemachten Feststellungen scheinen konnte. Die Hauptschuld trägt jene abscheuliche Bestimmung im Statut der bayerischen Landesorganisation, die ich schon auf einem früheren Parteitag auf das schärfste kritisiert habe, und die sobald als möglich aus dem Statut hinausgeworfen werden muß, nach welcher der Beitrag zerlegt wird in den eigentlichen Parteibeitrag und in den bekannten „Lokalzuschlag“. — Weiter habe ich aus Lübeck die Mitteilung erhalten, daß von dort ein Bericht an den Parteivorstand abgesandt wurde, der aber wohl verloren gegangen sein muß. Die Lübecker Genossen halten es also nicht mit dem Schweigegebot. — In Sachen Presse hat der Genosse Lehmann mit seiner Kritik des „Wahren Jakob“ dem Empfinden weiter Parteikreise Ausdruck gegeben. Auch die Redaktion des „Wahren Jakob“ ist sich bewußt, daß das Blatt besser sein könnte als es ist, und sie wird für jede Anregung und für Hilfe dankbar sein. Wenn also der Genosse Lehmann mal einen guten Einfall hat, dann soll er ihn dem „Wahren Jakob“ nicht vorenthalten. (Heiterkeit.) — Zutreffend war die Bemerkung des Genossen Lehmann, daß die Beschwerden über die „Neue Welt“ beruhen sind. An Stelle der vielen Klagen, die früher über die „Neue Welt“ laut wurden, ist bei allen aufmerksamen und verständigen Lesern Anerkennung und Befriedigung über das von der „Neuen Welt“ Gebotene getreten. Das Blatt ist tatsächlich noch nie so gut gewesen, wie unter der gegenwärtigen Redaktion. Es ist reichhaltig und lebendig und damit sind alle Wünsche der Leser befriedigt. — Was die Ausführungen des Genossen Knauer über die hohen Zuschüsse an die Parteipresse anbelangt, so ist dem Parteivorstand wohl bekannt, daß solche Subventionen oft die unangenehme Nebenwirkung haben, daß die Genossen in den Verbreitungsgebieten der subventionierten Blätter leicht in der Tätigkeit für ihre Presse erlahmen und sich auf die Wärenhaut legen. Der Parteivorstand prüft deshalb die Unterstützungsbedürftigkeit der einzelnen Blätter sorgfältig. Das Lied, das der Genosse Knauer speziell den Königsberger Genossen vorgesungen hat, weil Jahr um

Jahr eine so beträchtliche Summe für das Königsberger Parteiblatt ausgegeben werden muß, das haben die Königsberger Genossen von uns bereits in allen Variationen gehört. Schließlich haben wir uns aber immer wieder überzeugen müssen, daß die Unterstützung notwendig ist. Niemand würde sich mehr freuen, als die Königsberger Genossen, wenn sie nicht mehr mit diesem Konto im Vorstandsbericht belastet wären. Aber die Schwierigkeiten, unter denen unsere Königsberger Genossen den Kampf führen müssen, sind ungewöhnlich große, und deshalb dürfen wir sie auch nicht im Stich lassen.

Der Berichterstatter für die Kontrollkommission verzichtet auf das Schlußwort.

Gemäß dem Antrage der Kontrollkommission wird dem Parteivorstand für das verlossene Rechnungsjahr einstimmig Entlastung erteilt.

Es folgen die Abstimmungen.

Der Antrag 131 wird in folgender Fassung angenommen: „Der Parteitag nimmt mit Befriedigung Kenntnis von dem Bericht des Vorstandes über die Tätigkeit der Parteischule und ersucht den Vorstand, sie in der bisherigen Richtung weiter auszubauen.“

Der Antrag 6 wird mit dem von Stubbe-Hamburg beantragten Zusatz angenommen: „Daselbe gilt auch für solche lokalen Gewerkschaften, die von den örtlichen Gewerkschaftskartellen und Parteioorganisationen nicht anerkannt sind.“

Zum Punkt „Frauenorganisation“ wird der Antrag 21 angenommen unter Ablehnung des Antrages 128. Die Resolution der Frauenkonferenz 125 wird in folgender Fassung angenommen: „Nachdem die gesetzlichen Schranken gefallen, die in den einzelnen Bundesstaaten den Frauen den Eintritt in die politischen Vereine verwehrten, muß es um so mehr Aufgabe der Genossen sein, ihre weiblichen Angehörigen aufzuklären, damit sie Mitglieder der Partei werden.“

Weiter wird die Deklaration des Berichterstatters in bezug auf den Eintritt einer Genossin in den Parteivorstand angenommen und beschlossen, für ein Jahr so zu verfahren. Die Anträge 53 und 54 sind zurückgezogen.

Den Vortag übernimmt Dorn.

Der parlamentarische Bericht.

Eichhorn erstattet den Bericht unter Ausschluß der Frage der Budgetbewilligung.

Ich kann mich kurz fassen, denn Sie haben den schriftlichen Bericht sicher alle eingehend studiert. Ich kann mich auch deshalb kurz fassen, weil im allgemeinen an der Tätigkeit der Reichstagsfraktion mit Ausnahme eines einzigen Falles Kritik von Bedeutung nicht geübt wurde und endlich, weil in der politischen Lage sich wesentliches seit der vorigen Session nicht geändert hat. Der Block ist noch Trumpf, höchstens hat sich im letzten Sessionsabschnitt der forrumpierende Charakter der Blockpolitik noch etwas schärfer offenbart als im ersten. Als der Block als Ergebnis der Bülowischen Wahlmachte zustande kam, war man der Meinung, ein so heterogen zusammengesetztes Gebilde werde nicht lange Bestand haben, der Block werde die erste Session nicht überdauern, eine praktische Arbeit nicht möglich sein; und die Ergebnisse des ersten Sessionsabschnittes schienen dieser Annahme Recht zu geben. Aber man hatte außer Rechnung gesetzt das hohe Maß von politischer Verkommenheit, dessen die bürgerliche Opposition, der Liberalismus und der Freisinn, fähig ist. Die Erscheinungen der Blockpolitik sind Ihnen allen bekannt. Die Szenen, die wir im letzten Sessionsabschnitt erleben mußten, haben bei uns häufig genug fast